
H 8040 F
ISSN 1619-1404
29. Jahrgang
Nummer 170
Januar | Februar 2018
3,50 Euro
Wir müssen reden:
Christen und die Rechte
der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen

Auf unserem Titelbild: PEGIDA, Neonazi-Hooligans von HoGeSa und Christen demonstrieren gemeinsam gegen Salafisten in Wuppertal im März 2015 – photo by Roland Geisheimer / attenzione

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

es sind ungewohnte Allianzen entstanden. Der Aufstieg und Erfolg der extrem Rechten hat das gewohnte politische Feld durcheinander gerüttelt. Auf der Rechten findet zusammen, was lange getrennt war. Doch der Rechtsruck polarisiert die gesamte Gesellschaft: Für oder gegen die »Alternative für Deutschland« (AfD)? Für oder gegen rassistische Hetze? Für Gleichheit, Freiheit und Solidarität oder für reaktionären Rückschritt? Der massive Anstieg von verbalen und tätlichen Angriffe auf Geflüchtete, auf FlüchtlingshelferInnen, auf VerteidigerInnen der bundesrepublikanischen Parteiendemokratie und natürlich auf Linke aller Strömungen sowie die verbreitete Auffassung, Rassismus und rechte Ideologie müssten sanktionslos verbreitet werden dürfen, führt zu Widerstand. Auch weil plötzlich Menschen betroffen sind, die bisher nicht zur Zielscheiben wurden. So gerieten zum Beispiel konservative KatholikInnen ins Visier von AfD und »Wutbürgern«, weil sie aufgrund ihres Glaubens Geflüchtete als gleichwertige Menschen ansehen, die Hilfe brauchen. Sie fordern die Einhaltung des Grundgesetzes und bis dato gewohntgeglaubter Menschlichkeit. Für die Rechte ist schon das zu viel.

Mit teils ungewohnt deutlichen Worten kritisierten Kirchen auch die Asyl- und Flüchtlingspolitik von CDU/CSU. Schnappatmung folgte. Die Kirchen hätten sich nicht in die Politik einzumischen, befanden hochrangige PolitikerInnen der beiden Parteien mit dem »C« im Namem. Die Aufforderungen, sich aus diesen Fragen herauszuhalten, klangen bei AfD, CDU und NPD fast wortgleich. Doch die Attacken kommen auch »von rechtskonservativen Kreisen« in der Kirche, beklagte der liberal-konservative Katholik und Publizist Andreas Püttmann jüngst in dem linker Agitation unverdächtigen »Domradio«.

Klare Kante gegen Rassismus und Demokratiefeindlichkeit im Zuge zugespitzter Debatten ist eine Seite der Medaille. Zugleich haben fundamentalistische Evangelikale international Zulauf. Rechte ChristInnen sind in verschiedenen Ländern in Regierungsämtern. Der Antisemitismus von Luther spielte im Gedenkjahr 2017 für den Reformator zwar eine Rolle, ging aber in den Jubelfeiern unter. Die Ablehnung des Reformationstags als gesetzlichen Feiertag in Niedersachsen durch die Jüdischen Gemeinden zeigt die anhaltende Aktualität dieser Frage. Und auch rechte Strömungen in den Amtskirchen scheinen Mut gefasst zu haben – am bekanntesten wohl die »Lebensschützer«. Andere hoffen unterdessen, Rechte durch Gespräche auf den Pfad der Tugend zurück zu führen, etwa beim letzten »Evangelischen Kirchentag«. Das betonte auch die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Margot Käßmann, als sie der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) im Oktober 2017 ein Interview gab. Im Gespräch hielt sie zwar deutlich dem rechten Sprech der JF und den Thesen der AfD entgegen. Doch ihre Hoffnung, dass »Mit Rechten reden« helfe, geht fehl. »Gegenseitiger Respekt« als einzige Bedingung für die Debatte ist nicht ausreichend. Die extreme Rechte will nicht reden, sie will dominieren und Raumgewinne einfahren – notfalls mit Gewalt. Das ist mit dem Interview gelungen. Das prominent platzierte Gesicht von Käßmann auf dem Titel des rechten Blattes bescherte der Zeitung Reputation und Aufmerksamkeit.

Politik und Gesellschaft haben sich polarisiert – auch die Verhältnisse von Kirche, Christentum und extremer Rechter. Grund genug, sie zu vermessen und Bruchstellen aufzuspüren.

Apathie gegenüber Grenzüberschreitern

von Andreas Speit



Sebastian Kurz

Das Alter dürfte vermutlich dem Traum des Fraktionsvorsitzenden der »Alternative für Deutschland« (AfD) zuwider laufen: Im Bundestag wird Alexander Gauland im Plenum sitzen bleiben und die »Regierung jagen«, sich aber nicht auf die Regierungsbank setzen und die Republik lenken können. Auch Alice Weidel wird der 76-Jährige nicht als Vizekanzlerin begrüßen können – sollte die Entwicklung hierzulande wie in Österreich verlaufen. Die Genugtuung wird Gauland wohl nicht mehr erleben.

Ein absurdes Gedankenspiel über politische Verläufe? Warum? Im südlichen Nachbarland lief die Regierungsbildung von »Österreichischer Volkspartei« (ÖVP) und »Freiheitlicher Partei Österreichs« (FPÖ) ohne große Erschütterung. Kaum waren die Wahlen gelaufen, stellten binnen zwei Monaten Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) ihr Regierungsprogramm und -personal vor. Gelassen und zufrieden schauten sie am 16. Dezember 2017 in die Kameras. Die »First Ladies« boten dem Boulevard bereits am Wahlabend Mitte Oktober ein harmonisches Bild. Wir machen das, wir schaffen das, war die Botschaft. Ein Team, eine Linie, die in Europa, Deutschland oder Österreich kaum Kritik auslöste. Hier und da begrüßte man die wirtschaftspolitischen Ideen von Schwarz-Blau, hier und da bemängelte man die einwanderungspolitischen Vorstellungen. »Österreich rückt nach rechts«, titelte die »Tagesschau« am Abend der Regierungsvorstellung – breite Kritik löste der Regierungsantritt nicht aus. Kein Vergleich zur ersten Regierungsbildung von ÖVP und FPÖ vor 18 Jahren.

Im Februar 2000 verkündete Wolfgang Schüssel (ÖVP) die Regierungsbildung mit Jörg Haider (FPÖ). Die Zusammenarbeit wurde als Tabubruch kritisiert. In Europa löste die Regierungsbildung fast einhellig Empörung aus. Österreich war in Europa isoliert, den Regierungsmitgliedern wurde in Brüssel nicht die Hand gereicht. Jetzt, 18 Jahre später, wird ein Aufruf ehemaliger Außenminister und Intellektueller zur Ächtung wenigstens der FPÖ-MinisterInnen kaum wahrgenommen. »Wir wenden den Blick nicht ab: Dies sind die Erben des Nationalsozialismus, die in der neuen österreichischen Regierung an die Macht gekommen sind«, schrieben unter anderem der ehemalige französische Außenminister Bernard Kouchner, der Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta sowie die Unesco-SonderbotschafterInnen für Bildung über den Holocaust und die Verhinderung von Völkermorden, Beate und Serge Klarsfeld. In Wien gingen am 13. Januar auch rund 20.000 Menschen gegen die Regierung auf die Straße. Die von Kouchner und den Klarsfelds beklagte »schuldhafte Stille und Apathie« wurde jedoch nur kurz unterbrochen. Solche Regierungsbeteiligungen in Skandinavien oder Osteuropa regen schon länger ebenso wenig auf. Längst läuft die Charme-Offensive von Kurz – auch in Deutschland.

Am 17. Februar 2018 begrüßte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den Bundeskanzler von FPÖs-Gnaden. Zu seiner Koalitionsentscheidung soll er hier keine Kritik erfahren haben. In der TV-Sendung »Maischberger« durfte der 31-Jährige sich am selben Tag präsentieren. Ein Vorstellungstermin den er – ganz Medienprofi und BürgerInnenliebling – nutzte, um darzulegen, dass die FPÖ keine »Erben des Nationalsozialismus« seien, »sonst hätten wir keine Regierung gebildet«. Die Verbindungen von FPÖ-Politikern zu extrem rechten Organisationen seien nur Einzelfälle, wiegelte er ab und betonte: »jede Partei hat eine Vergangenheit«. Dass die FPÖ mit dem »Front National« die Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« im Europaparlament bildet, ist wohl auch nur so ein Einzelfall – und für ihn offenbar unerheblich. Zur extrem rechten Vergangenheit seines Vize merkte er an: »Jugendsünden sollte man auch als solche sehen, wenn sie solche sind«. Und er bat ganz höflich, dass man dieser Koalition eine Chance gebe.

Dieser Bitte kam die deutsche Kanzlerin nach: Beim Besuch erklärte sie die Regierung Österreichs nach ihren Taten beurteilen zu wollen. Pragmatismus vor Programm. Jein! Kurz wird nicht nur in der AfD geschätzt. Auch in der Union sehen ihn viele als neuen Heilsbringer. In diesem Milieu stört nicht, dass sich Kurz politisch Strache immer mehr näherte – was dieser ihm im Wahlkampf auch vorhielt. Der österreichische Kader der »Identitären Bewegung«, Martin Sellner, mit Hang zur Selbstglorifizierung, überschätzt den Einfluss von Strache nicht, wenn er auf der Konferenz »Opposition heißt Widerstand« des rechten Magazins »Compact« erklärte: Kurz hat »den Wahlkampf nicht gegen die FPÖ gewonnen, sondern mit den Themen der FPÖ« und die einzige Möglichkeit von Kurz, »Strache als Kanzler zu verhindern, war es, selbst zu Strache zu werden«. Für Sellner ist das kein Grund für Kritik. Im Gegenteil: »Das ist der Effekt, den das Klima des patriotischen Widerstands auf die Regierung ausübt«. Ein Effekt, den auch die AfD in Deutschland längst auslöst.

Mittlerweile sind auch in der Union Stimmen zu hören, die weniger auf Distanz zur AfD gehen wollen. Spekulationen über mögliche Koalitionen waren auf Landesebene bereits zu vernehmen. Getrennt und doch gemeinsam wurde bereits gegen Anti-Rechts-Projekte und Alternative-Initiativen vorgegangen. Und die neu-rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« berichtete am 5. Januar 2018, dass »eine Gruppe Unionsabgeordneter im Bundestag« bereit sei, mit den Stimmen der AfD »die weitere Aussetzung des Familiennachzuges für Flüchtlinge, mit subsidiärem Schutzstatus« durchzusetzen. Kurz versicherte, auch für ihn gebe es eine »rote Linie«. Nur wo liegt diese bei einem sich als konservativ Verstehenden, der selbst Grenzen überschreitet? Das konservative Milieu muss endlich seine Grenzen abstecken. Auch um den Grenzüberschreitungen aus den eigenen Reihen Einhalt zu gebieten. Wenn das nicht passiert, könnte Gaulands Traum doch noch Wirklichkeit werden – zu Lebzeiten.

Burschen an der Macht: Österreich unter neuer Regierung

von Heribert Schiedel



Wie nie zuvor in ihrer Geschichte wird die extrem rechte »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) heute von deutsch-völkischen Korporierten geprägt. Und dank ihres Wahlerfolges und der SteigbügelhalterInnen aus der konservativen »Österreichischen Volkspartei« (ÖVP) haben die Deutschtümelnden heute so viel politische Macht in den Händen wie seit 1945 nicht mehr. Dementsprechend weist das Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ eine korporierte Handschrift auf: Insbesondere in den Bereichen Frauen und Familie, Bildung und Demokratie drückt sich das antifeministische, heteronormative, elitäre, rassistische und autoritäre Weltbild der Burschenschaften aus.

Dem Anfang November 2017 angelobten FPÖ-Nationalratsklub gehören 51 Abgeordnete an, 20 davon sind deutschnational Korporierte, der Großteil davon Burschenschafter. Im aktuellen freiheitlichen Bundesparteivorstand verzeichnen die deutschnationalen Korporierten sogar eine absolute Mehrheit. Anders als Jörg Haider (pennale Burschenschaft »Albia«, Bad Ischl und akademische »Burschenschaft Silvania«, Wien) ist Heinz-Christian Strache (pennale Burschenschaft »Vandalia«, Wien) im Laufe seiner Obmannschaft von dieser freiheitlichen Kernklientel nicht abgerückt, sondern hat ihre Position in der Partei in den vergangenen Jahren sogar noch gestärkt. Eine Personalpolitik, die sich auch auf die programmatische Ebene auswirkt: Unter der Verantwortung Norbert Hofers (pennale Burschenschaft »Marko-Germania«, Pinkafeld) wurde 2011 das Bekenntnis zur »deutschen Volksgemeinschaft«, das unter Haider 1998 gestrichen worden war, wieder ins Parteiprogramm aufgenommen. Dass sich Hofer im verlorenen Bundespräsidentenwahlkampf 2016 erst unter massivem Druck von diesem Bekenntnis distanzierte, spricht mehr gegen als für ihn. Mit solchem, von Opportunismus motivierten Verrat hätte sich der nunmehrige Infrastrukturminister eigentlich selbst aus seiner Burschenschaft ausgeschlossen. Dass die deutsch-völkisch Korporierten trotzdem so gute Miene zum bösen Spiel machen, zeigt, was sie bereit sind, für die politische Macht zu opfern.

»Akademisches Rückgrat«

Nach der Abspaltung des »Bündnisses Zukunft Österreich« (BZÖ) im April 2005 wurde die FPÖ neuerlich zur Burschenschafter-Partei. Auch FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache räumt ein, dass das »waffenstudentische Lager« rund um die BZÖ-Abspaltung – »in der historisch größten Krise, die die Freiheitliche Partei erleben musste« – einen rettenden »Rückhalt« bedeutet und einen wesentlichen Beitrag zur »Wiedergeburt« der FPÖ geleistet habe. Die extrem rechte deutsche »National-Zeitung« erinnert ebenfalls daran, »dass es jeweils schlagende Verbindungsstudenten, in erster Linie Burschenschafter, waren, die die Partei stets dann wieder hoch brachten, wenn diese am Boden lag«. Tatsächlich bilden die deutschvölkischen Verbindungen geradezu »das akademische Rückgrat der FPÖ«, wie es 2007 in den »Burschenschaftlichen Blättern« hieß.

Schon 1986 waren Korporierte maßgeblich daran beteiligt, Haider als FPÖ-Obmann durchzusetzen. Mitte der 1990er Jahre setzte seitens der FPÖ-Spitze jedoch – zumindest nach außen hin und wohl im Blick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung – eine gewisse Absetzbewegung vom eigenen korporierten Umfeld ein. Diese wurde auf ideologischer Ebene begleitet von einer Modifikation des Deutschnationalismus und der bereits erwähnten Aufgabe des Bekenntnisses zur »deutschen Volksgemeinschaft«. Haider distanzierte sich Anfang 1995 vom Burschenschafter-Zentralorgan »Die Aula«, das damals als Stichwortgeber der rechtsterroristischen »Bajuwarischen Befreiungsarmee« (BBA) durch die Medien ging. Die im Sommer 1995 folgende Verurteilung des damaligen »Die Aula«-Verantwortlichen nach dem NS-Verbotsgesetz trug dazu bei, die einst so engen Bande zwischen »Die Aula« und FPÖ zumindest vorübergehend etwas zu lockern. In der Folge legte das von den »Freiheitlichen Akademikerverbänden« herausgegebene Monatsblatt unter der Verantwortung des ehemaligen SA-Sturmführers, NSDAP-Mitglieds und FPÖ-Nationalrates Otto Scrinzi (Verein Deutscher Studenten, Innsbruck), beinahe jede taktische Rücksichtnahme ab. Die nunmehrige Nähe der »Die Aula« zum

< Heinz-Christian Strache und Norbert Hofer nach ihrem Wahlerfolg – eigentlich würden sie lieber eine Fahne Großdeutschlands schwenken.

Neonazismus konnte und kann jedoch hochrangige FPÖ-Funktionäre von Obmann Heinz-Christian Strache abwärts nicht davon abhalten, weiter und mehr denn je dort zu publizieren oder ihr für Interviews zur Verfügung zu stehen. Ende 2011 gratulierten zahlreiche FPÖ-Spitzenkader zum 60-jährigen Jubiläum der »Aula«.

Auch im Wahljahr 2017 erlegten sich freiheitliche Korporierte in ihrem Zentralorgan »Die Aula« keine Zurückhaltung auf. So war dort im Jänner dieses Jahres die Rede von »zionistischen Netzwerke(n)«, die »deutsche Schuldkomplexe (...) zielgerichtet für eigene Geschäftsverbindungen instrumentalisier(en)" und von der US-Armee als »eine(r) Interventionstruppe zur Sicherung der Interessen von Ostküstenbanken«. Im März hieß man Donald Trump einen im Dienste des »parasitären Großkapitals« stehenden, »von der Hochfinanz installierter(n) Durchlauferhitzer zur Errichtung ihrer totalitären Herrschaft«. Im Juli echauffierte man sich über den »Allmachtsanspruch der anonymen Halbgötter in der Hochfinanz, der sich heute in der Globalisierung austobt«. Und im Oktober war in der »Aula« zu lesen: »Seit 3.000 Jahren dominiert das intelligenteste Volk auf Erden unseren Planeten.« Dieses »Volk« stehe auch hinter dem Phänomen der Migration: »Durch die Vermischung der abendländischen Zivilisation mit einem gelenkt einfallenden Heer von Analphabeten und Fast-Analphabeten (...) wird auch der abendländische Durchschnitts-IQ massiv gesenkt. Der Abstand zum Durchschnitts-IQ des bei weitem intelligentesten Volkes unseres Globus wird also weiter vergrößert. (...) Faszinierend ist, wie einer zahlenmäßig winzigen Minderheit der Siegeszug über unseren ganzen Planeten gelang.« Solch offenen Antisemitismus in ihrem »Akademiker«-Blatt versuchen Freiheitliche durch demonstrative Bekenntnisse zum Kampf gegen »islamischen« Antisemitismus und eine geheuchelte Solidarität mit Israel zu kaschieren.

Auch wenn die FPÖ nach massiver Kritik im jüngsten Wahlkampf die öffentlichen Zahlungen an »Die Aula« mittels Inseraten weitgehend, aber wohl nur vorübergehend, eingestellt hat, ist die Parteispitze von einer tatsächlichen Distanzierung noch meilenweit entfernt. Es war ja auch Strache, der dem »freiheitlichen Magazin« 2004 versichert hatte, dass er – ganz im Gegensatz zu Haider – »immer« zu ihm stehen werde. Und so fanden sich auch 2017 unter den »Aula«-AutorInnen zahlreiche FPÖ-FunktionärInnen. Zudem sitzen in den Vorständen der »Freiheitlichen Akademikerverbände« (FAV) nach wie vor die freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Wendelin Mölzer (akademisches Corps »Vandalia«, Graz) und Axel Kassegger (akademische Burschenschaft »Germania«, Graz) sowie der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Dietbert Kowarik (akademische Burschenschaft »Olympia«, Wien). Dass der FPÖ im Gegensatz zu den späten 1990er Jahren nun keine nachhaltige Distanzierung von diesem Milieu mehr abverlangt wurde, verweist auf die fortschreitende Normalisierung autoritärer und rassistischer Politik.

Burschenschaftliche Handschrift

Entsprechend der Hegemonie der gemäßigten und extremen Rechten disqualifiziert eine Mitgliedschaft in einer deutsch-völkischen Korporation nicht länger für die höchsten Ämter im Staat. Zwar soll Bundespräsident Alexander van der Bellen dem Vernehmen nach Reinhard Bösch als Verteidigungsminister abgelehnt haben, weil dieser Mitglied der Wiener akademischen Burschenschaft »Teutonia« ist, ansonsten konnte die FPÖ sich auch in Personalfragen weitgehend durchsetzen. Mit Anneliese Kitzmüller wurde etwa eine völkische Mädelschafterin (»Iduna zu Linz«, »Siegrid zu Wien«), die zudem im Vorstand der rechtsextremen »Österreichischen Landsmannschaft« (ÖLM) sitzt, für den hohen Posten der Dritten Nationalratspräsidentin nominiert. Auch das Regierungsprogramm weist eine burschenschaftliche Handschrift auf: Während in vielen Bereichen eine weitgehende Kontinuität zu den Vorgängerregierungen zu konstatieren ist und es hier nur zu einer Verschärfung des (neoliberalen und rassistischen) Kurses kommen wird, drohen die Brüche in der Frauenpolitik, die wieder fast gänzlich zur Familienpolitik werden soll, und im Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Das Schulsystem soll in seiner sozialen Selektionsfunktion noch weiter ausgebaut werden. Alle zögerlichen Versuche, mittels einer Bildungsreform zu mehr Chancengleichheit zu gelangen, sind abgedreht worden. Und die Universitäten sollen mittels Studiengebühren wieder zu dem werden, was sie waren und in den Augen der korporierten Eliten sein sollen: eine Ausbildungsstätte für Besserverdienende. Entsprechend des Verhältnisses der deutsch-völkisch Korporierten zur Demokratie sind aber nun vor allem die demokratischen Grundrechte mehr denn je bedroht. Dem freiheitlichen Innenminister Herbert Kickl, der noch 2016 in Linz vor Neonazis und extrem Rechten sprach, wurden noch weitergehende Befugnisse zur »Terrorbekämpfung« in die Hände gegeben.

Das ist dem völkischen Kern der FPÖ aber noch zu wenig: Schon vor der Angelobung der neuen Bundesregierung hatte »Die Aula« bereits einige Forderungen an diese gerichtet. So sollte »dubiosen Vereinen wie dem ‹Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes› (DÖW) der Geldhahn zugedreht werden«. Im Sinne der Nachhaltigkeit der anstehenden Wende sollte die kommende Koalition zudem »auch verfassungsrechtliche Maßnahmen andenken, um ein neuerliches Emporkommen der Grünen und ein Wiedererstarken der Roten hintanzuhalten. Die vom Wähler unmißverständlich gewünschte Veränderung soll schließlich von Dauer sein«. Solch autoritäre Wunschträume sind leider nicht unrealistisch, wie Ungarn, das von ÖVP und FPÖ immer wieder als positives Beispiel angeführt wird, zeigt. Zudem haben sich Kanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Strache im Wahlkampf geradezu einen Wettstreit darüber geliefert, wer von beiden Viktor Orbán näher steht. Dennoch werden ÖVP und FPÖ nicht gleich die Verfassung ändern – der Abbau demokratischer Rechte wird ein schleichender sein. Wahrscheinlich wird dieser Prozess an den Universitäten beginnen: Es ist zu befürchten, dass die rechts-rechte Koalition bald der »Österreichischen HochschülerInnenschaft« (ÖH) das »allgemeine politische Mandat« entziehen wird. Damit soll verhindert werden, dass die gesetzlich anerkannte Studierendenvertretung wieder zum organisatorischen Zentrum einer Bewegung gegen eine Regierung unter Einschluss der extremen Rechten wird.

Auf parteipolitischer Ebene haben die FPÖ und die sie intellektuell tragenden deutsch-völkisch Korporierten wenig Widerstand zu erwarten: Die »Sozialdemokratische Partei Österreichs« (SPÖ) hat sich als wirksame Opposition selbst ausgeschaltet, indem sie ihre grundsätzliche Ablehnung einer Koalition mit der FPÖ aufgegeben hat. Und die »Grünen« haben den Einzug in den Nationalrat knapp verpasst. Auch von der EU ist wenig Protest gegen eine Regierung unter FPÖ-Beteiligung zu erwarten, wie sich am zögerlichen Umgang mit Victor Orbán aktuell zeigt. Der autoritäre Umbau Österreichs kann also ungehindert vorangetrieben werden. Und die korporierten Seilschaften können sich nun wieder in Ministerien und in der staatsnahen Wirtschaft breit machen.

Sieg der Rechten auf Sizilien

Sizilien / Italien. Bei den Regionalwahlen am 5. November 2017 hat Sebastiano Musumeci fast 40 Prozent der Stimmen erhalten. Musumeci war als gemeinsamer Kandidat eines faschistisch-rassistischen Bündnisses aus Berlusconis »Forza Italia« (FI), der »Lega Nord« und den »Fratelli d'Italia« (FdI) angetreten. Der Kandidat der »Fünf Sterne Bewegung«, Giancarlo Cancelleri, erreichte 35,2 Prozent der Stimmen, Fabrizio Micari, der für die »Partitio Democratico« (PD) antrat, lediglich 18,9 Prozent. Das Ergebnis wird als Niederlage für die linken und demokratischen Kräfte gehandelt und als Comeback des 2011 zurückgetretenen Berlusconi interpretiert. Die Wahlbeteiligung war mit 46,8 Prozent äußerst gering.

Trotz Verbot weiter aktiv

Tampere / Finnland. Ein Bezirksgericht in Pirkanmaa hat den finnischen Ableger »Pohjoismainen vastarintaliike« (PVL) der »Nordischen Widerstandsbewegung« (NMR) verboten. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem, die Organisation würde zur Gewalt aufrufen und könne sich nicht auf die Redefreiheit berufen, da sie durch ihre Handlungen die Menschenrechte anderer verletze. Auch ein Magazin und ein Online-Shop wurden verboten. Die rassistisch-neonazistische Organisation NMR, die auch in anderen skandinavischen Ländern aktiv ist, hatte ihre Aktivitäten auch in Finnland zuletzt intensiviert. Bei einer Flugblatt-Aktion im vergangenen Jahr wurde der Antifaschist Jimi Karttunen vom PVL-Mitglied Jesse Torniainen, angegriffen und so schwer verletzt, dass er später seinen Verletzungen erlag. Der Täter wurde zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt, ein Berufungsverfahren ist derzeit anhängig. Trotz des Verbotes sollen Neonazis, die der PVL beziehungsweise der MNR zuzurechnen sind, wenige Tage später Flugblätter vor dem finnischen Parlament verteilt und an Aktionen zum finnischen Unabhängigkeitstag, unter anderem einem Fackelmarsch durch Helsinki, teilgenommen haben.

Gedenken mit Fackeln und Fahnen

Madrid / Spanien. Am 16. Dezember 2017 sind FaschistInnen mit Fackeln und Trommeln durch die spanische Hauptstadt Madrid gezogen. Anlass war das Gedenken an den Tod von Juan Ignacio Gonzalez, Gründer der extrem rechten Bewegung »Frente de la Juventud«, die zwischen 1978 und 1982 aktiv war. Gonzalez wurde am 12. Dezember 1980 in Madrid erschossen. Organisiert wurde der Aufzug von der »Asociación Cultural In Memoriam Juan Ignacio« (ACIMJI), die sich als VeteranInnen der spanischen national-revolutionären und falangistischen Bewegung sehen. Die 1.000 TeilnehmerInnen trugen Fahnen faschistischer Organisationen, zeigten den »Faschistischen Gruß« und skandierten Parolen. Aus dem Ausland nahm unter anderem eine Delegation der extrem rechten Partei »Narodowe Odrodzenie Polski« (»Nationale Wiedergeburt Polens«, NOP) an dem Gedenkmarsch und dem damit verbunden Begleitprogramm teil. Der Fackelmarsch fand bereits zum siebten Mal statt.

Klaus Hornung gestorben

Reutlingen. Am 13. Dezember 2017 ist der extrem rechte Politikwissenschaftler und Publizist Klaus Hornung im Alter von 90 Jahren verstorben. Er war seit 1962 Mitglied der CDU, war aber im Laufe seines Lebens in diversen rechten Organisationen aktiv. 1980 gründete er unter anderem die »Konservative Aktion« und später die Vereinigung »Stimme der Mehrheit«, einen Zusammenschluss rechter PublizistInnen, WissenschaftlerInnen und UnternehmerInnen, mit. Später saß Hornung im Vorstand der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« (SWG) und war von 2001 bis 2003 Präsident des »Studienzentrums Weikersheim« (SZW). Auch in der »Arbeitsgemeinschaft Traditionsverbände und Kameradenwerke« (ARGE), ein Verband, der Wehrmachtsveteranenverbände vertritt, beteiligte er sich. Als Autor veröffentlichte er mehrere Bücher, unter anderem im neu-rechten Verlag »Antaios« (2007: »Alternativen zu Hitler: Wilhelm Groener«) und im extrem rechten Tübinger Grabert-/Hohenrain-Verlag (1987: Aufsatz »Identität und Nation« im Sammelband »Handbuch zur deutschen Nation«). Außerdem schrieb er zahlreiche Beiträge in extrem rechten und rechtskonservativen Publikationen wie »Nation & Europa«, der »Deutschen Militär-Zeitschrift«, den »Burschenschaftlichen Blättern« und dem »Ostpreußenblatt«. In der »Jungen Freiheit« hatte er zeitweise eine Kolumne und gab dem extrem rechten Magazin »Zuerst!« 2010 ein Interview. Daneben hielt er Vorträge bei verschiedenen rechten Burschenschaften und zuletzt im Mai 2016 bei der »Bibliothek des Konservatismus«.



Schwerpunkt: Christen und die Rechte

Christliche Rechte: Ein Phänomen der extremen Rechten?

Christliche Religionsgemeinschaften und Kirchen haben sich in ihrer jüngeren Geschichte immer wieder gegen Demokratisierungsprozesse gestemmt und autokratische und faschistische Regimes aktiv unterstützt. Aktuell ist dies in Osteuropa zu beobachten. Doch können sie auch Trägerinnen extrem rechter Ideologien sein?

von Ursula Birsl

Können extrem rechte Ideologien auch religiös begründet sein? Der Fall des Rechtsterroristen Anders Breivik zeigt beispielhaft, wie schwierig es sein kann, diese Frage zu beantworten. Breivik, der am 22. Juli 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya 77 Menschen ermordete, sieht sich als Tempelritter auf christlichem Kreuzzug. In seinem ‹Manifest› »A European Declaration of Independence – 2083« rechtfertigt er seine Attentate als Kampf gegen »Multikulturalismus« sowie »cultural Marxism/political correctness«. Nach Breivik hat der »kulturelle Marxismus« zwei Bedrohungen für Europa hervorgebracht: den Feminismus und die vermeintliche Kolonialisierung durch den Islam. Im »dritten Buch« des ‹Manifests› ruft Breivik zum Präventionskrieg gegen diese Bedrohungen auf. Es ist ein Präventionskrieg, den er mit Verweis auf das Alte Testament durch ein Selbstverteidigungsrecht der Christen legitimiert sieht – und damit auch seine Taten.

Sind der Bombenanschlag in Oslo und die Hinrichtungen auf Utøya somit einem im Grundsatz säkularen beziehungsweise antiklerikalen oder einem christlichen Rechtsterrorismus zuzuordnen? Oder ist das »christliche Abendland« lediglich als Synonym für »Volk« und »Nation« zu verstehen, das zudem die Möglichkeit bereithält, ganz Europa als Schicksalsgemeinschaft zu definieren? Oder speist sich aus dem christlichen Glauben des Attentäters das ideologische Fundament seiner Weltanschauung und seines Terrorakts? Breiviks »Deklaration der europäischen Unabhängigkeit« lässt beide Interpretationen zu, wie die Rekonstruktion seines Werdegangs durch die norwegische Journalistin Åsne Seierstad zeigt. Interessant an der Biografie von 2014 ist, dass Breivik sich nach Seierstad als gläubig, nicht aber als religiös bezeichnet. »Gott« als transzendente Autorität oder der »Gottesstaat«, also die Theokratie als Gegenentwurf zu einer demokratischen Gesellschaft und einem demokratischen Staat, sind bei ihm kein Thema.

Anders verhält es sich bei der 1970 gegründeten »Priesterbruderschaft St. Pius X.« unter dem Dach der katholischen Kirche oder der regional einflussreichen evangelikalen charismatischen Freikirche »Gospel Forum Stuttgart« (vormals »Biblische Glaubensgemeinschaft«). Das Ziel beider Organisationen ist der Gottesstaat. In einem Gottesstaat, einer Theokratie, ist Gott der Souverän, der seine (männlich gedachten) Vertreter im Diesseits findet, die in ihrer Lebensführung vollkommener sind als andere. Ist dieses Ziel allein schon extrem rechts? Dieses Ziel und Denken sind in jedem Fall dezidiert antidemokratisch: Der Souverän findet sich nicht in der Gesellschaft, sondern in einer transzendenten Autorität. Damit wird die Demokratie ihres Wesens beraubt, und zwar der Chance, Konflikte um Interessen auszutragen und politische Herrschaft immer wieder kritisch zu hinterfragen. Gott kann nicht kritisch hinterfragt werden und damit auch nicht die politische Herrschaft seiner Vertreter im Diesseits, im Innerweltlichen. Aber handelt es sich hierbei dann nicht »nur« um eine politische Religion oder um eine Politisierung von Religion und nicht zwingend um extrem rechte Bestrebungen?

Nur: Welche Religion – vor allem eine monotheistische und innerweltlich orientierte – ist nicht auch eine politische Religion? Religion und Politik sind in der Konsequenz nicht voneinander zu trennen. Die christlichen Kreuzzüge des 11. bis 13. Jahrhunderts zeugen zudem von der Gewalt und dem kriegerischen Potenzial einer monotheistischen Religion, wenn sie weniger religiöse denn (herrschafts-)politische, strategische und wirtschaftliche Ziele verfolgt.

Der Politikwissenschaftler Mathias Hildebrandt hält es in dieser Zuspitzung allerdings für falsch – auch angesichts der Zunahme religiös legitimierter Gewalt in der Gegenwart –, »das Konfliktpotenzial von Religionen zu betonen und deren Friedens- und Versöhnungspotenzial zu vernachlässigen. Die Problematik religiöser Überzeugungen und ihres Einflusses auf politisches Handeln zeichnet sich vielmehr durch die Komplexität der Ambivalenz des Sakralen aus, in deren Folge sich Religionen im Spannungsfeld zwischen Toleranz und Fanatismus und zwischen Gewalt und Versöhnung bewegen (…). Ganz zweifelsohne wohnt den Religionen (jedoch) ein nicht zu unterschätzendes Gewaltpotenzial inne, das ganz erhebliche destruktive Kräfte freisetzen kann«.

Die Ambivalenz von Sakralität zeigt sich darin, dass sie viele Menschen betreffen kann, und zwar jenseits von ethnischen und nationalen Zuschreibungen. Sie kann jedoch auch Ausschluss zulassen: Durch vergleichsweise leichte Manipulationen und Auslegungen von Heiligen Schriften wie der Bibel sowie durch die Anrufung einer transzendenten Autorität (Gott) lassen sich ingroups von Gläubigen in Abgrenzung zu outgroups von Ungläubigen konstruieren. Eine solche Ingroup-Outgroup-Konstruktion kann in eine Freund-Feind-Bestimmung münden und Gewalthandeln legitimieren. Sobald solche Sakralität und Transzendenz einen politischen Charakter mit Macht- und Herrschaftsansprüchen erhalten und unter Umständen auch gewaltlegitimierend wirken, spricht Hildebrandt von einer politischen Theologie, durch die ein »kosmischer Krieg« um ein (fernes) »Friedensreich« auf Erden beschworen werden kann, wie es etwa Anders Breivik in seinem ‹Manifest› tut. Die Tempelritter sind hier die Kämpfer, die kompromisslos – auch, was das eigene Schicksal angeht – für die Befreiung Europas vom »kulturellen Marxismus« kämpfen und die Herrschaft übernehmen werden. Dabei spielt es keine Rolle, dass es die von ihm beschriebene Organisation der Tempelritter gar nicht gibt, diese also augenscheinlich nur in seiner Vorstellungswelt existiert. 2083 soll dieses Friedensreich errichtet sein – 400 Jahre nach dem gescheiterten Versuch des Osmanischen Reichs, Wien einzunehmen.

Vor diesem Hintergrund können extrem rechte Ideologien folglich auch religiös begründet werden. Denn sowohl »säkulare« als auch religiöse rechte Weltanschauungen können als dem historischen Prozess der Aufklärung, der Demokratisierung, der gesellschaftspolitischen Liberalisierung und der Herausbildung von Individualismus sowie von universellen Menschenrechten immanente Gegenbewegung verstanden werden. Religiöse Weltanschauungen richten sich zudem gegen den Prozess der Säkularisierung und damit gegen den säkularen oder laizistischen Nationalstaat. In der extrem rechten Auslegung – auch mit ihrer gewaltlegitimierenden Ideologie – ist sie dezidiert antidemokratisch. Die säkulare Variante unterscheidet sich von der religiösen dadurch, dass sie eine autokratische Herrschaft durch eine natürliche Elite anstrebt, die wiederum der Souverän ist. Extrem rechte Vorstellungen über Macht und Herrschaft,



^ *Ein Gottesdienst auf der Wartburg eigens für die völkisch-nationale »Deutsche Burschenschaft«.*

zumindest bei monotheistischen Religionen, sehen demgegenüber den Souverän in Gott, der die absolute Wahrheit verkörpert und Vertreter im Diesseits, das heißt in der Innenwelt findet, die legitimiert sind, eine theokratische Herrschaftsordnung zu konstituieren. Diese Vorstellungen sind sowohl im evangelikalen als auch im katholischen Denken zu finden.
In der Ideologie der Ungleichheit und der Ungleichwertigkeit der Menschen gibt es jedoch Unterschiede. Während diese in der säkularen Rechten naturalistisch oder biologistisch begründet wird und sich zumeist auf eine vermeintlich homogene Nation oder Ethnie sowie ihre hierarchische Binnenstrukturierung richtet und als geschlechtliche wie soziale Platzanweiser fungiert, muss bei der religiösen Rechten von einer quasi-naturalistischen Ideologie gesprochen werden. Die Ungleichheit zwischen Menschen, also die Konstruktion von einer höherwertigen ingroup aus Gläubigen und einer minderwertigen outgroup von Ungläubigen resultiert aus der Ambivalenz des Sakralen. Diese Ideologie ist dadurch variabler. Sie kann transnational, national oder ethnozentristisch ausgerichtet sein, ermöglicht jedoch im Grundsatz auch den Beitritt zur ingroup unabhängig von nationaler oder ethnischer Zuschreibung. Die Ingroup-Outgroup-Konstruktion beinhaltet aber auch eine klare Freund-Feindbestimmung, die rechtem Denken immanent ist. Weiterhin können über politische Theologien »kosmische Kriege« initiiert werden, die eine kompromisslose Gewaltdynamik in Gang setzen, die in dieser Intensität in der säkularen Rechten nicht zu finden ist. Trotz dieser Unterschiede sind die Gemeinsamkeiten offensichtlich, so dass bei politischen Theologien von einer Variante der extremen Rechten gesprochen werden kann.

Was folgt daraus?

Es ist irritierend, dass zumeist nur dann von einer christlichen Rechten die Rede ist, wenn es etwa um evangelikale Gruppen und Bewegungen in den USA geht, aber selten, wenn christliche Religionsgemeinschaften in Europa und damit auch in Deutschland Thema sind. Hier wird in aller Regel von christlichem Fundamentalismus gesprochen, so dass das Politische an diesen Gemeinschaften verschwimmt.
In den USA ist der Ku-Klux-Klan die älteste (religiöse) Terrororganisation. Aber das dürfte auch für Deutschland gelten. Frederik Obermaier und Tanjev Schulz haben in ihrem Buch »Kapuzenmänner. Der Ku-Klux-Klan in Deutschland« (2017) die nunmehr schon gut 100jährige und wechselvolle Geschichte dieses Geheimbundes zu rekonstruieren versucht, was aufgrund der schlechten Quellenlage ein schwieriges Unterfangen ist. Diese Aufarbeitung zeigt, wie wenig über die religiöse Rechte, hier sogar über einen terroristischen Geheimbund, bekannt ist.
Aber nicht nur das extreme Beispiel zeigt, wie notwendig es ist, die radikale und extreme Rechte auch unter dem Gesichtspunkt religiös legitimierter Ideologien zu betrachten. Dabei geht es zum einen darum, nicht zu vergessen, dass politische Theologien – wie Samuel Salzborn betont – integraler Teil der vermeintlich säkularen Rechten sind beziehungsweise auch historisch immer gewesen sind, wie etwa bei der »Konservativen Revolution« und bei ihrer Nachfolgerin in der Bundesrepublik, der »Neuen Rechten«. Und zum anderen sind die Verflechtungen von säkularer und christlicher Rechten bis hin zu VertreterInnen des Konservatismus etwa im Kontext der »Demo für Alle« und des »Marsches für das Leben« relevant, um deren Wirkungen abschätzen zu können. In diesen Verflechtungen gibt es einen ideologischen Kern oder Kristallisationspunkt, der alle AkteurInnen eint: der Antifeminismus, worüber Geschlechterkonstruktionen, Sexualität, Heteronormativität und letztendlich die Geschlechterverhältnisse thematisiert werden. Hier finden wir ein breites politisches Bündnis, das insbesondere durch die religiöse Aufladung weit in die Amtskirchen und etablierten Parteien hineinreicht und wo politische Abgrenzungen überhaupt nicht vorgenommen werden.

Ursula Birsl ist Professorin für Politikwissenschaften an der Universität Marburg.

»Christen in der AfD«

von Lucius Teidelbaum



^ *Beatrix von Storch*

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) war von Anfang an als Partei mit einem rechtsklerikalen Flügeln konzipiert. Gegründet wurde sie im Februar 2013 im Gemeindesaal der »Christuskirche« in Oberursel. Seit Anfang an engagierte sich in ihr der »Pforzheimer Kreis« für eine christliche Ausrichtung der Partei. 2014 gründete sich aus diesem Kreis – zuerst als lockerer Zusammenschluss, später als feste Struktur – die »Bundesvereinigung Christen in der AfD« (ChrAfD). Die Vereinigung ist überkonfessionell und hat nach eigenen Angaben zwar nur 130 Mitglieder, darunter aber hochrangige AfD-FunktionärInnen. Vor der Bundestagswahl im September 2017 warb die Vereinigung für neun KandidatInnen der Partei, drei von ihnen schafften es dann auch ins Parlament: Beatrix von Storch (Berlin), Volker Münz (Göppingen, Baden-Württemberg) und Ulrich Oehme (Chemnitz, Sachsen). Rund 60 Prozent der Vereinigung sind Katholiken, die anderen gehören zu evangelischen Landeskirchen oder Freikirchen. Sprecher ist seit Mai 2017 Wolfgang-Christian Fuchs aus Berlin.

»Gegenpol zu den herrschen Kräften«

Zur Bundestagswahl 2017 warb der »Regionalverband Süd (Bayern und Baden-Württemberg)« mit dem Flyer »Christliche Werte in den Bundestag« für die AfD. Darin hieß es, man stehe für den »Erhalt christlicher Werte«, die »traditionelle Familie« und »ideologiefreie Schulen« sowie gegen »Missbrauch der Religionsfreiheit«, die »Geringschätzung von Ehe und Familie« und »Frühsexualisierung und Abtreibung«. In der Satzung heißt es, die Bundesvereinigung habe das »Ziel, eine christlich-konservative Politik entsprechend der biblischen Ethik in unsere Gesellschaft und Politik hineinzutragen, insbesondere in den Bereichen Gesellschafts- und Sozialpolitik, Familienpolitik und Lebensschutz. Sie bildet einen Gegenpol zu den derzeit herrschenden Kräften der gesellschaftlichen Beliebigkeit.« Für christliche Rechte ist die AfD somit ein Instrument zur Umsetzung einer christlich-reaktionären Agenda.

Spende an die NPD

Zusammen mit dem Parteiaustritt von Frauke Petry kam den »Christen in der AfD« auch ihre bisherige Bundessprecherin Anette Schultner (Hameln, Niedersachsen) abhanden. Sie trat im Oktober 2017 aus, angeblich aufgrund des Rechtskurses der Partei. Allerdings war Schultner zuvor selbst Mitglied des rechten Flügels, der »Patriotischen Plattform«. Ebenso verließ Hubertus von Below (Grimma, Sachsen) die AfD. Er war zeitweise Sprecher des ChrAfD-Regionalverbands Mitteldeutschland. Und für einen Skandal sorgte Hardi Helmut Schumny (Blaustein, Baden-Württemberg), Schatzmeister der Bundesvereinigung. Der Burschenschafter hatte laut einem Bericht der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« 2009 der NPD im Saarland 40 Euro gespendet. Die ChrAfD stellte sich hinter ihn: »Herr Schumny hat bekannt und wir Christen vergeben ihm.«

»Keine Werte mehr«

Wichtigste Vertreterin des rechtsklerikalen AfD-Flügels ist die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch. Im Interview mit der katholischen Gruppe »Kinder in Gefahr« sagte sie im September 2013: »Ich stehe feste auf dem Fundament des christlichen Glaubens. Der Glaube gibt mir Halt und Orientierung in einer Zeit, die immer beliebiger wird, die keine Werte mehr kennt und die selbst die Natur in Frage stellt.« Nicht von ungefähr war von Storch als Europaabgeordnete in den Jahren 2014 bis 2016 Mitglied des »European Christian Political Movement« (ECPM). Dort sammeln sich fraktionsübergreifend christlich-konservative bis fundamentalistische Abgeordnete. Nach von Storchs Bejahung des Einsatzes von Schusswaffen an der Grenze gegen Frauen und Kinder wurde sie ausgeschlossen.

Christliche Wahlalternative?

Eigentlich verfügen christliche Rechte mit dem »Bündnis C – Christen für Deutschland«, der Nachfolgerin der »Partei Bibeltreuer Christen« (PBC) und »Arbeit, Umwelt, Familie – Christen für Deutschland« (AUF), über eine eigene Wahlpartei. Hinzu kommen die katholischen Kleinstparteien »Christliche Mitte« und »Zentrumspartei«. Andere WählerInnen aus diesem Spektrum geben ihre Stimme weiterhin der CDU/CSU, wo bis heute ein rechtsklerikaler Flügel existiert. Doch viele christliche Rechte sind vom Kurs der CDU unter Angela Merkel enttäuscht, zum Beispiel von der »Ehe für alle«, oder sind von der Erfolglosigkeit christlicher Kleinstparteien frustriert. Hier findet die AfD ein unausgeschöpftes Potenzial.

In evangelikalen Kreisen weiß man um die Attraktivität der AfD. So saß auf einem Podium der »Allianzkonferenz« der evangelikalen Dachorganisation »Deutsche Evangelische Allianz« (DEA) in Bad Blankenburg (Thüringen) am 23. Juli 2017 neben vier CDU-Vertretern auch die AfD-Landtagsabgeordnete Corinna Herold. Offenbar wird im organisierten Evangelikalismus die Partei als Alternative zur Union wahrgenommen. Auch FunktionärInnen christlicher Kleinstparteien sind zur AfD gewechselt, zum Beispiel der heutige Landtagsabgeordnete Daniel Rottmann (Baden-Württemberg), der zuvor in der PBC und AUF aktiv war, oder der frühere Generalsekretär der PBC, Heiko Evermann (Schleswig-Holstein).

Liebesbekundungen an die Kirchen

Die ChrAfD bereichert die AfD um eine Strömung, die gezielt um Stimmen wirbt – und sie nimmt Einfluss auf den Kurs der Partei. Allerdings ist sie nur eine kleine Strömung. Trotz Unterschieden ist das Bündnis der christlichen Rechten mit anderen Rechtsaußen in der AfD inhaltlicher Art. Das führte auch dazu, dass das Agieren von US-Präsident Donald Trump auf der ChrAfD-Facebook-Seite bejubelt wurde, obwohl er auch gegen christlich-konservative Postionen verstößt: »Präsident Trump setzt bedeutendes Zeichen für das Lebensrecht!« Zu den beiden großen Kirchen pflegt die AfD ein ambivalentes Verhältnis. Kirchenasyl oder Flüchtlingsunterstützung werden verteufelt. Doch zugleich wirbt man immer wieder um die Gunst der Kirchen. Diese Liebesbekundungen werden von den Hierarchien der großen Kirchen derzeit noch abgelehnt.

Vom Autor erscheint im März 2018 im »Unrast Verlag« das Buch »Die christliche Rechte in Deutschland. Strukturen, Feindbilder, Allianzen«.

Sprachrohr und Bindeglied

Die »Nachrichtenagentur idea« und ihre Zeitschrift »ideaSpektrum« sind in der evangelikalen Bewegung einflussreich.

von Jörg Kronauer

Es muss ein schwerer Schlag für Helmut Matthies gewesen sein. Die evangelikale Nachrichtenagentur »idea« wird ab 2020 nicht mehr von der »Evangelischen Kirche in Deutschland« (EKD) subventioniert. Die von ihr herausgegebene Zeitschrift »ideaSpektrum« ist das wichtigste Medium der evangelikalen Szene in Deutschland. Gleichzeitig stellt »idea« Verbindungen nach rechtsaußen her. Am 15. November 2017, nur wenige Wochen bevor Matthies zum 1. Januar 2018 seine 40-jährige Tätigkeit als Leiter der evangelikalen Nachrichtenagentur beendete, strich die Synode der EKD ihr die Zuschüsse. Hatte sie 2017 noch 132.000 Euro aus den Töpfen der Amtskirche erhalten, so werden es 2018 nur noch 90.000 Euro und 2019 lediglich 60.000 Euro sein. Ab 2020 soll der eingetragene Verein mit Sitz im hessischen Wetzlar keine EKD-Subventionen mehr erhalten. Er wird sich dann eigenständig finanzieren müssen.

Konservative bis rechte Bewegung

»idea« wurde 1970 als »Informationsdienst der Evangelischen Allianz« gegründet und einerseits als Sprachrohr, andererseits als einigendes Band für die konservative, teilweise weit rechts stehende evangelikale Bewegung in der Bundesrepublik konzipiert. »idea« gibt einen Pressedienst mit Meldungen heraus, die über die evangelikale Szene informieren oder evangelikale Positionen vermitteln. Zudem publiziert die Agentur seit 1979 die Wochenzeitschrift »ideaSpektrum«, die übergreifend von Evangelikalen unterschiedlicher Strömungen gelesen wird, zum Zusammenhalt der Bewegung beiträgt und längst das wichtigste Produkt der Agentur geworden ist. Das Blatt erscheint in einer Auflage von beinahe 28.000 Exemplaren, die laut eigenen Angaben jeweils von mehreren Personen gelesen werden. Ob es aber wirklich bis zu 100.000 LeserInnen pro Woche sind, wie »idea« behauptet, mag man bezweifeln, doch wird das Blatt von zahlreichen evangelikalen Gemeinden bezogen, in denen es zuweilen in Haus- und Gebetskreisen herumgereicht wird. Außer Frage steht, dass »ideaSpektrum« das einflussreichste Medium der evangelikalen Bewegung ist.

Gegen Linke, Feminismus und Islam

Die inhaltliche Ausrichtung der Nachrichtenagentur und vor allem der Zeitschrift hat Helmut Matthies maßgeblich geprägt. 1951 geboren, profilierte er sich während seines Theologiestudiums in den 1970er Jahren als scharfer Gegner linker Strömungen in der evangelischen Kirche. Er gab 1976 gemeinsam mit Jens Motschmann ein »Rotbuch Kirche« (Seewald Verlag) heraus, in dem mehrere Autoren für den Kampf gegen links warben und einer sich sogar für das südafrikanische Apartheidregime eine Bresche schlug. Matthies hat – wie einige andere »ideaSpektrum«-Redakteure auch – mehrmals Beiträge in der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) publiziert, die ihrerseits immer wieder Meldungen der Agentur abdruckt. Er hielt 2006 auf dem JF-Sommerfest eine Rede und bekam 2009 den »Gerhard-Löwenthal-Preis«, den die JF gemeinsam mit der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« vergibt. Auch in »ideaSpektrum« hat Matthies immer wieder rechte, insbesondere antifeministische und antiislamische Positionen vertreten. Typisch sind Überschriften wie das Broder-Zitat »Gehört der Islam zu Deutschland, gehört auch die Islamisierung dazu« oder auch »Kirchen spielen ‹unrühmliche Rolle› wie im 3. Reich«. Letztere Überschrift leitete im Dezember 2017 einen Artikel ein, der Äußerungen der Fraktionsvorsitzenden der »Alternative für Deutschland« (AfD) im Bundestag, Alice Weidel, breit referierte. Überhaupt finden Positionen der AfD – gerne unter dem Deckmantel angeblich neutraler Berichterstattung – eine erstaunlich positive Aufmerksamkeit in dem Blatt, das zuweilen auch Inhalte der JF in die evangelikale Szene transportiert hat.

Wirtschaftskontakte nach rechts

»idea«, die immer wieder aus linksliberalen und linken Spektren in der evangelischen Kirche heraus scharf kritisiert worden ist, führt seit 1999 einen »Kongress christlicher Führungskräfte« durch, der aus zwei Gründen eine größere Bedeutung hat. Zum einen versammelt er mit zuletzt 3.500 TeilnehmerInnen eine hohe Zahl teils einflussreicher konservativer ProtestantInnen. Zum anderen bringt er auch WirtschaftsvertreterInnen und Personen aus der äußersten Rechten zusammen. In der Vergangenheit gab es auf dem Kongress beispielsweise Vorträge des Direktors des »Instituts der deutschen Wirtschaft Köln«, Michael Hüther, sowie von ManagerInnen der »Commerzbank« und der »Deutschen Bank«, aber auch von Frauke Petry, als sie noch der AfD angehörte, und von der Antifeministin Birgit Kelle. Regelmäßig zugegen sind die evangelikalen Unternehmer Friedhelm Loh und Heinrich Otto Deichmann, zwei wichtige Sponsoren der evangelikalen Szene. Deichmann erwirtschaftet mit der größten Schuhhandelsfirma Europas einen Jahresumsatz von zuletzt 5,6 Milliarden Euro, während die »Loh Group« mit Sitz im hessischen Haiger – Unternehmenschef Friedhelm Loh gehörte zeitweise dem Präsidium des »Bundesverband der deutschen Industrie« an – auf einen Jahresumsatz von zuletzt 2,2 Milliarden Euro kam.

Kontinuität

Matthies bleibt »idea« auch nach dem Ende seiner Tätigkeit als Leiter erhalten. Er arbeitet seit dem 1. Januar 2018 im Vorstand des Vereins »idea e. V.« mit. Den Vorsitz hat mit Johannes Holmer ein Pastor aus dem mecklenburgischen Bülow inne, der sich mehrmals dafür ausgesprochen hat, AfD zu wählen. Dass sich der Kurs der Nachrichtenagentur und vor allem ihres wichtigsten Produkts »ideaSpektrum« unter Matthies Nachfolger Matthias Pankau ändern wird, steht kaum zu vermuten. Immerhin hat der sächsische Pfarrer schon in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein Volontariat bei dem Blatt absolviert und ab 2006 dessen Redaktionsbüro Ost aufgebaut – er trägt die Ausrichtung des Blattes also seit Jahren mit.

Martin Luther
rechter Kult um den »Propheten der Deutschen«

»Ohne Juda, ohne Rom, erbauen wir Germanias Thron!« hieß es bereits in der frühen völkischen Bewegung. Genau in dieser Haltung wurzelt auch die anhaltende Luther-Verehrung und -Rezeption der extremen Rechten.

von Lucius Teidelbaum



∧ Luther auf dem Cover der »Deutsche Stimme«. Juli 2017

Der 500. Jahrestag des Thesenanschlags in Wittenberg durch den damaligen Mönch Martin Luther (1483-1546) wird auch als Geburtstag der Reformation gefeiert. Luther und die Reformation wurden 2017 aber nicht nur von der evangelischen Kirche gefeiert, auch die extreme Rechte nahm darauf Bezug. Von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde der Reformator zuletzt als eine Art Popstar inszeniert. Diese Pop-Ikonisierung wurde von rechts-protestantischer Seite als inhaltsleer kritisiert. Der Berliner Theologe Michael Vulpius klagt in der Erstausgabe des neuen rechten Magazins »CATO«: »Rund um den 500. Jahrestag des Thesenanschlags zu Wittenberg verliert sich die EKD in lauter moralpolitisches Gerede und gendergerechte Sprache. Von Martin Luther und evangelischer Verkündigung will sie nichts mehr wissen; die Chance einer ‹alternativen Moderne› bleibt ungenutzt.« Auch andere rechte Publikationen machten mit Luther auf.

In der Ausgabe 44/2017 der »Jungen Freiheit« schmückt der Reformator das Titelbild und wird dort als »Der konservative Rebell« bezeichnet. Der Luther-Biograf Heimo Schwilk beklagt in einem Interview der gleichen Ausgabe den Zustand der EKD: »Mir erscheint sie eher wie ein esoterischer Winkelverein für Leute, die gerne spirituell ‹kuscheln› und eine Gemeinschaft ohne jede biblische Verbindlichkeit erleben wollen. Ein dünner Aufguß aus Pazifismus, Weltumarmung, Sozialgläubigkeit. Nicht nur ‹Ehe für alle›, sondern auch Verständnis für alles und jedes, auch wenn es im Gegensatz zur geoffenbarten Wahrheit steht. Der heutige Protestant widmet sich lieber gesellschaftlich-emanzipatorischen Problemen als der Herausforderung des Glaubens, seinem Seelenheil.«

Vorbild

Die Klage über einen entkernten Protestantismus in der Evangelischen Kirche Deutschlands passt zur Hinwendung der »Neuen Rechten« zum katholischen Traditionalismus, die Volker Weiß konstatiert. Demnach hat sich ein Teil der extremen Rechten vom Protestantismus abgewandt. Der Neonazismus richtet sich ohnehin eher areligiös, neuheidnisch und zum Teil auch antichristlich aus. Luther fungiert hier deswegen weniger als religiöser Erneuerer denn als säkularer Nationsgründer. Diese Darstellung hat eine längere Tradition – bereits im 18. Jahrhundert, in der Frühphase des deutschen Nationalismus, wurde er als nationaler Vorkämpfer der deutschen Sprache, Unabhängigkeit und Identität verehrt. Ironischerweise wurde er damit im protestantisch dominierten Deutschnationalismus so etwas wie ein nationaler Heiliger. Bis in die Weimarer Republik ging mit dem protestantisch dominierten Deutschnationalismus ein scharfer Anti-

katholizismus einher. Es bildete sich eine protestantisch-deutschnationale Synthese heraus. Luther taugte als Vorbild, weil er mit der katholischen Kirche als »fremder Macht« gebrochen hatte und ein rabiater Judenfeind war. An seine Schrift »Von den Juden und iren Lügen« von 1543 wurde auch im Nationalsozialismus angeknüpft. Hier existierte innerhalb der evangelischen Kirche die Strömung der »Deutschen Christen«, die sich für ein ‹judenfreies› Christentum einsetzte.

Parteien

Die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) versuchte zur Bundestagswahl im Lutherjahr durch ein Plakat mit dem Konterfei des Reformators und der Aufschrift »Ich würde NPD wählen« Aufmerksamkeit zu erregen. Dieser durchsichtige Versuch verpuffte weitgehend erfolglos. Ganz neu war der Slogan ohnehin nicht. Bereits 2009 war Michael Grunzel, ein ehemaliger Dom-Führer in Magdeburg, als NPD-Kandidat bei den Wahlen zum Magdeburger Stadtrat mit der Behauptung aufgetreten: »Martin Luther würde heute NPD wählen.«

Begleitend zu dem Plakat publizierte die NPD am 19. Mai 2017 ein Statement ihres Bundesvorstandsmitglieds Ronny Zasowk, in dem es heißt: »Staatlich geförderte Gotteshäuser, die Wirtschaftsflüchtlingen und Sozialtouristen Kirchenasyl gewähren, Politiker, die Millionen Menschen fremder Religionen und Kulturen zuwandern lassen und US-Kriegstreiber, die zu seinen Ehren in Berlin große Reden schwingen – Martin Luther würde sich im Grabe herumdrehen, könnte er sehen, was aus unserem Land geworden ist.« Auf den ersten Blick mag es irritieren, dass ein Funktionär der eher kirchenfernen NPD den Wandel in den Kirchen unter Verweis auf Luther anprangert. Doch dieser ist eben auch eine Projektionsfläche. Das wird an Zasowks weiteren Ausführungen deutlich: »Luther würde unsere abendländische Identität verteidigen, er würde unser Volk vor Zuwanderung schützen und er würde dem Missbrauch der Kirchen durch Asyl-Extremisten und Überfremdungs-Lobbyisten den Kampf ansagen.«

Die erfolgreichere Konkurrentin der NPD, die »Alternative für Deutschland« (AfD), bezieht sich ebenfalls immer wieder positiv auf Luther. In diesem Zusammenhang fordert sie eine Reformation im heutigen Deutschland, oder vergleicht sich gar mit ihm als unbeugsame Kämpferin gegen das Establishment. Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Udo Stein nannte Luther am 31. Oktober 2017 sogar »den ersten ‹Wutbürger› Deutschlands«. Im »Blauen Durchbruch«, der Fraktionszeitung der AfD in Sachsen-Anhalt, wird Luther unter der Überschrift »Wir sind Luther!« außerdem als »Islamkritiker« bezeichnet und aus seiner »Heerpredigt wider die Türken« von 1529 zitiert: »... sind alle des Teufels, und mit dem Teufel besessen, wie ihr Herr Mahomed.«

Mit derselben Berechtigung könnte man Luther auch einen »Judentum-Kritiker« nennen, wovon die AfD aber – vermutlich aus strategischen Gründen – absieht.

Verschiedene rechte Akteure nutzten also die Aufmerksamkeit im Jubiläumsjahr für die eigenen Zwecke: zur Parteiwerbung, zur Kritik an der Evangelischen Kirche. Und selbst die sogenannten Sprachschützer schafften es, Luther für sich zu instrumentalisieren. Die deutschtümelnde Zeitschrift »Deutsche Sprachwelt« formulierte sieben Thesen, in denen sie die Kirche dazu aufrief, ihre Sprache »gründlich zu überdenken« und wettert unter anderem gegen das »Kirchendenglisch«. Dabei berufen sich die Autoren explizit auf Martin Luther: »Der Reformator legte mit seiner Bibelübersetzung die Grundlage für eine einheitliche deutsche Schriftsprache. Diese ist heute jedoch durch Denglisch und Genderei bedroht. Statt gegenzusteuern, mischen die Kirchen dabei kräftig mit.«

Burschenschaften

Auch die Burschenschaften beschäftigten sich in diesem Jubiläumsjahr verstärkt mit Luther. Bereits in ihren Anfängen waren Burschenschaften sehr nationalprotestantisch geprägt, was auch dazu führte, dass das Wartburgfest 1817 am 300. Jahrestag des Thesenanschlags stattfand. Die Wartburg ist der Ort, an dem Martin Luther als »Junker Jörg« die Bibel ins Deutsche übersetzte. Die anlässlich des Wartburgfestes durchgeführte Bücherverbrennung orientierte sich an Luther, der 1520 die päpstliche Bannbulle gegen ihn und das kanonische Recht verbrannt hatte. Luther ist auch das Hauptthema der Ausgabe 1/2017 der »Burschenschaftlichen Blätter«, des Verbandsorgans der »Deutschen Burschenschaft« (DB). Zudem hatte die DB eine größere Veranstaltung »aus Anlass des Thesenanschlages von Martin Luther vor 500 Jahren und des Wartburgfestes der Burschenschaft vor 200 Jahren« in Eisenach zunächst groß angekündigt, diese musste dann jedoch mangels Interesses eine Nummer kleiner ausfallen. Sie fand schlussendlich am 6. Mai 2017 in Marburg bei der »Burschenschaft Rheinfranken« statt. Hier referierten der Theologie-Professor Sven Grosse aus Basel und der evangelische Theologe Karsten Jung aus Lauchringen. Jung lehrt an der christlichen CVJM-Hochschule in Kassel Religions- und Gemeindepädagogik und ist Mitglied der Burschenschaften »Rheinfranken« und »Redaria-Allemannia Rostock«. Weitere Veranstaltungen mit explizitem Luther-Bezug wurden 2017 vom »Studienzentrum Weikersheim«, der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP) oder der »Bibliothek des Konservatismus« organisiert. Letztere ist dem Umfeld der Wochenzeitung »Junge Freiheit« zuzurechnen. Deren Stammautor Karlheinz Weißmann, unter anderem evangelischer Religionslehrer, verleiht Luther den Titel »Der deutscheste Mann«. Weißmann hat im Verlag »JF Edition« 2017 das Buch »Martin Luther für junge Leser« veröffentlicht, worin Luther als »Prophet der Deutschen« bezeichnet wird. In der Buchankündigung heißt es: »Luther ist ein großer Deutscher. Ein Nationalheld, dessen Leistungen für unser Land nicht zu überschätzen sind. Ein Vorbild.«

Fehlende Kritik

Neben einer Verwendung Luthers als Projektionsfläche hat der Reformator in einigen Teilen der extremen Rechten immer noch eine wichtige Bedeutung als »Prophet der Deutschen« und ist als solcher fest im rechten Gedenkkanon verankert.

Doch so sehr die extreme Rechte Luther auch als Miterfinder der Deutschen bemüht: Diese früher dominante Deutung hat heute nur noch wenig Einfluss in der Gesellschaft. Die rechte Luther-Rezeption blieb somit minoritär und spielte im Lutherjahr keine große Rolle. Allzu offensichtlich enttarnte sich, wer Luther heute als absolutes Vorbild propagierte, selbst als reaktionär. Allerdings konnte sich auch keine fortschrittliche Kritik an ihm durchsetzen, viele durchaus kritikwürdige Aspekte blieben unterbelichtet. Wenngleich die Luther-Botschafterin Margot Käßmann immer wieder kritische Töne in ihre Werbung für das Lutherjahr einstreute, wurde Luther vor allem als Glaubenserneuerer, als Reformator, vorgestellt. Seine Untertänigkeit gegenüber den Fürsten, seine Leistungsethik bleiben außen vor. Auch seine Behindertenfeindlichkeit wird heute kaum thematisiert. Immerhin sprach er sich für die Tötung von »missgestalteten Wechselbälgern«, »seelenlosen Fleischklumpen« oder »Kielköpfen« aus. Lediglich der Antijudaismus seiner Äußerungen wurde immer wieder kritisch erwähnt und beispielsweise in Ausstellungen thematisiert. Trotzdem wird Martin Luther als Namensgeber oder Identifikationsfigur deswegen bislang nicht insgesamt in Frage gestellt.

»Papst auf Abwegen«

Die extreme Rechte attackiert die katholische Kirche und den Papst. Vor allem die Flüchtlingspolitik war Auslöser für Kritik und Hetze – aber auch soziale Forderungen werden abgelehnt. Beispiele aus der NPD, der »Alternative für Deutschland« und der neu-rechten Zeitung »Junge Freiheit«.

von Ernst Kovahl

»Papst auf Abwegen«, titelte die »Deutsche Stimme« (DS) im Oktober 2017. Der Aufmacher der NPD-Zeitung war ein Artikel des Parteivorstandsmitglieds Sascha A. Roßmüller über Papst Franziskus und die katholische Kirche. Der Vatikan sei »Teil der Migrations-Lobby«, hieß es. Dabei sei »Gastfreundschaft« nur »ein temporär begrenztes Entgegenkommen«, kritisierte Neonazi Roßmüller die Empfehlung von »Willkommenskultur« für Geflüchtete durch Franziskus. Er beklagt, dass das Kirchenoberhaupt sich nicht dafür interessiere, dass die von Einwanderung »direkt betroffenen autochthonen Völker überhaupt keine Einwanderung wünschen«. Es sei sogar »befremdlich«, dass der Papst angesichts islamistischer Anschläge in Europa Einwanderung begrüße oder zur Bekämpfung des Schlepperwesens Wege zur »legalen Auswanderung« fordere. Reichlich bemüht wirkt der Versuch der NPD, eine stringente Argumentation gegen den Kurs der Kirche aufzubauen, denn im Kern geht es um banalen Rassismus. Doch Roßmüller versucht seinen Rassismus hinter formalen Argumenten zu tarnen, wenn er zum Beispiel »Grenz- und vor allem Aufenthaltsverstöße« kritisiert oder bemängelt, der Papst ziehe »persönliche Sicherheit« der »nationalen Sicherheit« vor. Der Papst gebe, so die NPD, »leichtfertig Anreize zur Völkerwanderung« und sorge somit dafür, dass Europa nicht mehr lange ein »christliches Abendland« bleibe. Den Vorstellungen des katholischen Kirchenoberhauptes stellt Roßmüller die orthodoxe Kirche gegenüber. Hier gehörten »Nationalstolz, traditionelles Familienbild oder Ablehnung von Homosexualität« eng mit dem Glauben zusammen. Osteuropas Staaten, die orthodox geprägt seien, leisteten »entschieden mehr Widerstand gegen die Islamisierung des Abendlandes« als Westeuropa, lobte Roßmüller.

AfD: Hetze gegen Erfurter Bischoff

»Hängt dem Pfaffen seine Eier an die Gloriosa«, brüllte ein Demonstrant beim Aufmarsch der »Alternative für Deutschland« (AfD) auf dem Erfurter Domplatz Anfang 2016. Die »Gloriosa«, das ist die Glocke ganz oben im hohen Turm des Doms. Und der »Pfaffe«, das ist Bischof Ulrich Neymeyr. Er hatte entschieden, dass die Beleuchtung des Doms immer dann ausgeschaltet werde, wenn die AfD ihre abendlichen Kundgebungen auf dem Platz vor seiner Kirche abhielt. Der Erfurter Dom blieb 2015 und 2016 über Monate dunkel, wenn die AfD aufmarschierte. Dafür wurde er von der Rechtspartei und den TeilnehmerInnen der Aufmärsche angefeindet. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Thüringer Landtag, Wiebke Muhsal, schrieb in einer Pressemitteilung, sie sei »nicht nur wegen meines Glaubens in die Kirche eingetreten, sondern auch weil sie gegen den Zeitgeist für ihre Werte stand. (…) Heute muss ich mich fragen, ob die Kirche mich, meinen Mann und meine drei Kinder, die in einer katholischen Familie aufwachsen, nicht mehr willkommen heißt, wenn Bischoff Neymeyr den Dom verdunkelt, wenn unbescholtene Bürger friedlich protestieren, wie sie das auch schon vor 25 Jahren gemacht haben«. Aus der Menge auf dem Domplatz schrie es »Komm her, du Sau«, wenn wieder einmal ein Kundgebungsredner den Namen des Bischofs nannte. Dabei hatte Neymeyr zeitweise sogar auf den Dialog mit der AfD gesetzt. Doch selbst das ersparte ihm nicht den offenen Hass von Rechtsaußen auf den Kundgebungen, in Emails und den sozialen Netzwerken. Denn er stellte sich in zentralen Fragen gegen die Rechten, wie er dem »Deutschlandfunk« sagte: »Es ist eine Mahnung für Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, dass von den Menschen, die zu uns gekommen sind, so geredet wird, dass deutlich wird: Das sind Menschen! Und dass sie auch entsprechend behandelt werden und dass so über sie gesprochen wird, dass sie nicht nur als ein einziges Problem, eine große Welle, Woge und Masse gesehen werden.« Den Hass auf Neymeyr von Rechtsaußen steigert noch, dass er die Religionsfreiheit einer islamischen Gemeinde, die in Erfurt eine Moschee errichten will, gegen rassistische Hetze verteidigte. Um ihren kritischen Umgang mit der AfD zu fundieren, beauftragten die Bischöfe von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen das »Institut für Christliche Sozialwissenschaften« der Universität Münster sowie das »Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft« in München mit einer Studie zum Vergleich des Parteiprogramms mit katholischen Vorstellungen. Das im Sommer 2017 präsentierte Ergebnis war deutlich: »Bei nahezu allen Themen (…) zeigen sich tiefgreifende Differenzen zwischen der Programmatik der Partei ‹Alternative für Deutschland› und der Sozialverkündigung der katholischen Kirche«, unter anderem in Fragen von Religionsfreiheit, der katholischen Soziallehre, Demokratie und »gesellschaftlichem Pluralismus«.

»Junge Freiheit«: Schwindende Zustimmung

Nachdem im März 2013 der neue Papst gewählt worden war, stand ihm die neu-rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) anfänglich aufgeschlossen gegenüber. Der katholische Publizist und Hochschullehrer Wolfgang Ockenfels schrieb: »Papst Franziskus überrascht durch den einfachen, spontanen, schnörkellosen Stil, in dem er die alte Botschaft des Christentums neu belebt. Und auf liebenswürdige Weise radikalisiert« (JF 13/2013). Offenbar brachte Franziskus die Debatte um seine Rolle während der rechten argentinischen Militärjunta im neu-rechten Milieu Sympathie ein: »Aber was kümmert es schon den Papst, als Reaktionär zu gelten, wenn er die katholische Soziallehre realisiert?« Doch im Mai 2015 wurde die Kritik von rechts lauter. Der katholische und reaktionäre Schriftsteller Martin Mosebach warf ihm in einem Interview mit dem Magazin »Der Spiegel« eine Anpassung an den Zeitgeist vor (22/2015). Doch die JF verteidigte ihn noch. Der Dauerautor des Blattes, ehemaliger Redakteur des »Deutschlandfunks« und »Opus Dei«-Mann, Jürgen Liminski, schrieb, Franziskus habe zwar »einen anderen Stil«, vertrete »aber keine anderen Inhalte« als die traditionelle Kirche (JF 24/2015). Der Aufschwung des Katholizismus, den der neue Papst auslöste, schien hier erste Bedenken von rechts noch zu überlagern. Doch im Juni 2017 hatte sich der Wind in der Redaktion der JF gedreht. Widmeten sich bis dato gesetzte und mit dem rechtskatholischen Milieu fest verwobene Autoren



< »Der Vatikan als Teil der Migrations-Lobby« schreibt die NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«

dem Thema, durfte nun ein bis dahin nicht in Erscheinung getretener junger Autor und Rechtsanwalt Franziskus die Leviten lesen. Christoph-Maximilian Zeitler wütete in seinen »Anmerkungen zur gesinnungsethischen Radikalität der Kirchen« (JF 27/2017) fast im gleichen Tonfall wie später die NPD. Die »Geistlichkeit« sei »auf Abwegen«, befand der Autor der JF, später nutzte die neonazistische »Deutsche Stimme« dasselbe Vokabular. Auch die Bebilderungen der Artikel unterschieden sich in der Botschaft kaum. Die NPD zeigte ein montiertes Bild mit Franziskus im weißen Gewand, der mit offenen Armen eine Gruppe dunkler, kaum erkennbarer Menschen vor einer dramatischen Feuerwand in Empfang nimmt. Die JF zeigte den Papst »mit eingewanderten Afrikanern am Rande einer Generalaudienz«, wie die Bildunterschrift erklärte.

Kirche auf Linkskurs?

Der JF-Autor Zeitler kritisiert, dass »Vertreter der katholischen Kirche (...) politische Äußerungen tätigen, die mit dem Glauben an sich bestenfalls nur am Rande zu tun haben«. Das habe es früher »ausschließlich« in der Evangelischen Kirche gegeben, meint er. Sie verwechsle »Politik und Religion« und werde so zu einer »Partei«, »die sich überwiegend im linken politischen Spektrum bewegt«. Und er glaubt: »Die katholische Kirche ist diesem Trend in der Vergangenheit aus gutem Grunde nicht gefolgt.« Dass er damit schon in der Sache falsch liegt, ist das Eine. Auch die katholische Kirche hatte sich immer politisch geäußert. Doch Zeitler meint vor allem das Andere: Für ihn sind »politische Äußerungen« nur jene, die er als links ablehnt. Gegen konservative oder rechte Positionierungen durch die Kirche, zum Beispiel zum »Schutz des ungeborenen Lebens oder der Stärkung des familienrechtlichen Instituts der Ehe«, hat er nichts einzuwenden. Unter Franziskus habe »sich der Wind (...) offenbar gedreht«, fürchtet Zeitler und reiht in seinem JF-Aufsatz rechten Satzbaustein an Satzbaustein. Franziskus gebe »einem kollektivistisch ausgerichteten Wirtschaftssystem den Vorzug (...), ja er liebäugelt sogar mit einer Abschaffung des Privateigentums«, kritisiert er. Mit Empörung fragt der Jurist einer Berliner Bank: »Waren die Erfahrungen, die die Welt mit Sozialismus und Kommunismus machen mußte, etwa doch noch nicht schrecklich genug? Warum spricht der Papst hier nicht über die Erfolge der sozialen Marktwirtschaft?« Zudem solle die Kirche gerade in Deutschland den Unternehmen dankbar sein, denn die Kirchensteuer werde angeblich »von der Wirtschaft erarbeitet«. Zeitler meint sogar, dass die Kirchen in Fragen von gesellschaftlicher Umverteilung versuche, »die Linkspartei politisch zu überholen«.

»Gefährliches Terrain«

Doch es sind vor allem die Flüchtlingspolitik des Papstes und die klare Kante der katholischen Kirche gegen die Positionen der AfD, die Zeitler wütend machen. Die Kirche begebe sich »auf gefährliches Terrain«, warnt er: »So soll auch die Wahl der AfD nach aktueller deutsch-katholischer Auffassung mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar, ja sogar sündhaft sein.« Ihm sei »schleierhaft, warum die Kirche plötzlich ihre Neutralität verläßt«. Zudem sei es doch »gerade die AfD, die sich als einzige Partei neben der CSU klar für eine ‹Willkommenskultur› bei Neu- und Ungeborenen ausspricht, die den Erhalt von Ehe und Familie und die Zurückdrängung der Gender-Ideologie in ihre politischen Überzeugungen aufnimmt«, bricht der Jurist eine Lanze für die Rechtspartei.

»Wer sich mit dem Zeitgeist vermählt...«

Gegenüber dem Islam und islamistischem Terror gebe es in der Kirche offenbar eine »falsche Rücksichtnahme« sowie »oberflächliche Beschwichtigung und Verharmlosung«, meint der JF-Autor. Und sie lege mit ihrer Asylpolitik eine »kurzsichtige Gesinnungsethik an den Tag«. Wolle die Kirche mit ihrem Lob für Angela Merkels (CDU) Entscheidung im Herbst 2015 »unkontrollierte Zuwanderung«, »eine Intensivierung der Parallelgesellschaften in Deutschland« und den Verlust der »Hoheitsgewalt« der Polizei in Deutschland unterstützen? Und bedeuten nicht die Forderung der »Deutschen Katholischen Jugend« nach offenen Grenzen, die Kritik von Franziskus an einer geschlossenen Gesellschaft und die Forderungen bayerischer Ordensoberer nach einer humanen Flüchtlingspolitik nicht Terror wie in Paris, Brüssel, Berlin oder Stockholm? Zeitlers Text in der JF könnte mit seiner Stoßrichtung problemlos auch in der »Deutschen Stimme« erscheinen oder bei einem Pegida-Aufmarsch verlesen werden, so tief durchzogen ist er von rechten und rassistischen Ressentiments – und dem Glauben, die Kirche habe sich bereitwillig »dem linken politischen Lager« unterworfen und einen »Linksruck« vollzogen. Dramatisch endet der Text in der JF mit einer rechten Belehrung: »Die Kirche täte gut daran, wieder theologische Fragen in den Mittelpunkt zu stellen, die gesinnungsethische Radikalität zu verlassen und sich nicht zu einer politischen Partei zu wandeln, die das bürgerlich-konservative Spektrum vollständig aus den Augen verloren hat. Wie heißt es doch so treffend: Wer sich mit dem Zeitgeist vermählt, der wird bald Witwer sein!«

Vor allem durch die Positionierung der katholischen Kirche in der Flüchtlingspolitik – von der Spitze der Kirche bis zur Basis, die in der praktischen Flüchtlingshilfe aktiv war – entstand eine wichtige Bruchlinie nach rechts, die sich bis zur ausdrücklichen Ausladung der AfD von Podien des »Katholikentags« 2016 zeigte. Stand die Neonazi-Szene den christlichen Kirchen schon immer distanziert bis feindselig gegenüber, so gab es in der »Neuen Rechte« durch fundamentalistische ChristInnen, reaktionäre Strukturen wie »Opus Dei«, enttäuschte UnionsanhängerInnen oder National-Konservative immer Brücken – vor allem entlang von Fragen wie »Lebensschutz« oder konservativer Familienpolitik. Den Bruch in der Frage, wie mit Geflüchteten umzugehen ist, hat die AfD und die »Neue Rechte« durch ihr konfrontatives und aggressives Agieren weiter vertieft.

Lahmende Lobby »Lebensschutz«-Bewegung

Eine zumindest teilweise Änderung der Abtreibungsgesetzgebung ist seit Ende 2017 so greifbar wie schon lange nicht mehr – und sie ist trotz des gesamtgesellschaftlichen national-konservativen Aufwinds nicht von rechts angestoßen worden.

von Eike Sanders



Seitdem am 24. November 2017 die Ärztin Kristina Hänel wegen Verstoßes gegen den § 219a StGB zu 6.000 Euro Strafe verurteilt wurde, fordern große Teile der politischen Landschaft offen die Abschaffung dieses Paragrafen, der die »Werbung« für Schwangerschaftsabbrüche verbietet. Bereits vier Bundesländer wollen ihn nun mit einer Bundesratsinitiative streichen lassen. Über 150.000 Menschen haben eine Petition von Kristina Hänel an den Bundestag unterschrieben. Die Republik spricht über die offensichtliche Rückständigkeit und Repressivität des Paragrafen, der seit 1933 in den deutschen Gesetzbüchern steht und all jene mit einer »Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe« bedroht, die »öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften« ihres »Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise« »eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs« anbieten, ankündigen, anpreisen oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgeben. Kristina Hänel wurde verurteilt, weil auf ihrer Webseite das Wort »Schwangerschaftsabbruch« steht und man über einen Link ein Dokument mit Informationen über den Eingriff anfordern kann. Die Gesetzeslage, die nicht zwischen »Werbung« und »Information« unterscheidet, bietet damit ein Einfallstor, das AbtreibungsgegnerInnen seit Jahren nutzen, um Schwangerschaftsabbrüche anbietende ÄrztInnen und ihre PatientInnen einzuschüchtern und zu schikanieren. Wie viele Schwangerschaftsabbrüche anbietende ÄrztInnen und Kliniken Anzeigen bekommen haben, ist unbekannt, es dürften in den letzten Jahren wohl einige hundert wegen angeblichen Verstoßes gegen den §219a sein. Bisher sind es lediglich die Anzeigenden selbst, die damit Öffentlichkeitsarbeit betreiben und offenbaren, dass dies Teil der Propagandastrategie der »Lebensschutz«-Bewegung ist.

Zwischen »Babykaust« und moralischem Appell

Derzeitiger Hauptakteur dieser Strategie ist der »Lebensschützer« Klaus Günter Annen und dessen »Initiative Nie Wieder! e. V.«. Annen ist seit zwei Jahren stellvertretender Bundesvorsitzender der seit 2016 zum Verein degradierten ehemaligen Kleinstpartei »Christliche Mitte – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten« (CM), die eine fundamentalistische

Abspaltung der christlich-konservativen »Deutschen Zentrumspartei« ist. Die CM kombiniert nationalistische (»Deutschland den Christen!«) und islamfeindliche Positionen mit antifeministischen, homo- und transfeindlichen Positionen. Annen ist zwar durchaus gut vernetzt, seine Methoden und (Bild-)Sprache scheinen aber großen Teilen der professionalisierten Anti-Abtreibungs-Organisationen zu radikal und abschreckend zu sein, um Erfolg in ihrem Sinne zu versprechen: Auf seinen Homepages »Babykaust« und »Abtreiber« wimmelt es nur so vor Shoah-Vergleichen, blutrünstigen Bildern abgetriebener Föten und Diffamierungen gegen die »Abtreiber-Lobby«. Annen listet dort fast 200 Namen und Kliniken und fordert auf: »Rufen Sie an, schreiben Sie ein Fax oder eine E-Mail und sagen Sie den Ärzten und ‹ihrem› Personal, was sie von der Tötung ungeborener Kinder halten! Beten Sie aber auch für eine Umkehr dieser armen Geschöpfe.« Gegen alle hat er beziehungsweise sein Verein seit 2005 Strafanzeige wegen Verstoßes gegen § 219a gestellt. Obwohl es kaum Verurteilungen gab, sind der psychologische Druck und die Verunsicherung groß und einige, vielleicht sogar die meisten ÄrztInnen haben nach so einer Strafanzeige eine Veröffentlichung über ihr Angebot freiwillig aus dem Internet genommen.

ÄrztInnen als moralische Instanz

Da die »Lebensschutz«-Bewegung ihre Aktivitäten in den letzten Jahren verstärkt hat, zum »Marsch für das Leben« in Berlin mehrere tausend Teilnehmende kamen und rechts-konservative antifeministische Positionen zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz erfahren, wähnte sich die Bewegung als einziger Player auf dem Spielfeld des »Lebensschutzes«. Doch eine gemeinsame Kampagne zur erhöhten Strafverfolgung beim Verstoß gegen den § 219a hatte sie nicht in der Tasche, als es zum Prozess gegen Hänel kam. Noch vor gut einem Jahr hatte Dr. med. Paul Cullen, Vorsitzender der »Ärzte für das Leben e. V.«, selbstbewusst auf einer internen Tagung der »Lebensschutz«-Bewegung verkündet, es rege sich Widerstand gegen das »polit-mediale Establishment« und die Zeit des Anpassens und Zurückweichens sei vorbei. Die Bewegung selbst sei Kulturkampf und ihr Ziel sei nicht, »unseren Gegner zu überzeugen, sondern ihn zu besiegen«. Cullens Rede ist nur eines von mehreren Beispielen, wo sich der Eindruck verstärkt, dass sich die Bewegung im Aufwind sieht und sich der Ton massiv verschärft.

»Lebensschützer« haben die Funktion von ÄrztInnen als »Gatekeeper« erkannt: Abbrüche anbietende ÄrztInnen sind in Annens Weltbild »Tötungsspezialisten«, deren skrupelloses Treiben nicht nur durch den §219a, sondern überhaupt gestoppt werden müsse. In der Propaganda von professionelleren »Lebensschutz«-Organisationen wie dem »Bundesverband Lebensrecht« (BVL), dem »Ärzte für das Leben e. V. « oder den großen US-amerikanischen Vorbildern wie der »Alliance Defending Freedom« (ADF) hingegen sind sie potenzielle Verbündete und Verhindernde von Schwangerschaftsabbrüchen, wenn sie die moralische Verwerflichkeit von Abtreibungen erkennen und sich dem verweigern würden. In Deutschland steht im Schwangerschaftskonfliktgesetz (§12 Weigerung): Niemand ist verpflichtet, an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuwirken. Auf dieses Recht auf Gewissensfreiheit zielt die »Lebensschutz«-Bewegung, um Abtreibungen durch den Mangel an durchführenden ÄrztInnen zu verunmöglichen. Dabei setzt sie auf eine positive Propaganda, die geläuterte bekehrte Abtreibungsärzte wie Dr. Bernard Nathanson (1926 – 2011) als Kronzeugen gegen das »Verbrechen« inszenieren. Und so gehen, obwohl die professionalisierte »Lebensschutz«-Bewegung Annens Methoden der Drohung nicht mitträgt, die Strategie der Einschüchterung von ÄrztInnen durch Anzeigen und Strafverfahren auf der einen und der Appell an das ärztliche »Gewissen« und eine Verstärkung von medizinethischen Argumentationen auf der anderen Seite Hand in Hand.

Späte Lobby- und Kampagnenarbeit

Lobbyarbeit gehört zum Kerngeschäft der parlamentarisch relativ gut vernetzten »Lebensschutz«-Bewegung und so hat sich die »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALfA) schriftlich an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags gewandt und sie um die Aufrechterhaltung des Werbeverbots für Abtreibungen gebeten. Der BVL startete am 12. Dezember seine Kampagne »Keine Werbung für Abtreibung« und übergab mit einer kleinen »Demonstration« stellvertretend mehreren Abgeordneten des Bundestages »Nachbildungen von Embryonen in der zehnten Lebenswoche«. Die evangelikale Dachorganisation »Deutsche Evangelische Allianz« veranstaltete am 13. Dezember einen »parlamentarischen Abend« im Bundestag, ihr Generalsekretär Hartmut Steeb sagte den anwesenden ParlamentarierInnen von CDU/ CSU und FDP: »Wir (geben) keine Ruhe, solange 100.000 Menschen am Eintritt ins Leben gehindert werden.«

Überrascht von der Debatte, die zwar einer der ihren mit seiner Anzeige gegen Hänel angestoßen hatte, deren Richtung und Wucht aber mangels einer eigenen konzertierten Gegenpropaganda außerhalb ihrer Kontrolle liegt, werden allerdings auch Stimmen von einem »Eigentor« laut: Nun werde auch über den §218 geredet werden, der »Kompromiss« sei in Gefahr: »Es bröckelt an allen Ecken und Enden. Nach der ‹Ehe für alle›, der Diskussion um Leihmutterschaft und Sterbehilfe, nun wieder das Dauerbrennerthema Abtreibung. Das Töten in Deutschland erfährt Konjunktur«, schreibt Bernhard Limberg in der »ideaSpektrum«. Der Autor, der auch Vorsitzender der »Lebensschutz«-Organisation »Kaleb e. V.« im Lahn-Dill-Kreis ist, wünscht zweifelnd und verzweifelnd, dass Christen auf die Straße gehen, wenn nun womöglich nicht nur der §219a, sondern gar der §218 gekippt werden solle. Die Abschaffung des gesamten § 218 ff. scheint unrealistisch, doch die plötzliche Zulassung der Öffnung der Ehe für alle im Sommer 2017 und dann auch die Forderung des Bundesverfassungsgerichtes nach einer dritten Geschlechtsoption im Behördenregister haben auch die »Lebensschutz«-Bewegung getroffen: Für sie ist der Zusammenhang zwischen »Frühsexualisierung«, »Genderwahn«, der Bedrohung des Christentums, der angeblichen Auflösung der traditionellen Hetero-Familie und Abtreibungen sonnenklar. Die Größe der personellen Überschneidungen auf den »Demos für Alle«, die zu Hochzeiten in Stuttgart einige Tausend Menschen gegen mehr Diversity im Bildungsplan mobilisieren konnten, ergibt sich aus der ideologischen Kongruenz im Antifeminismus. Unterschiede in der Nähe oder Distanz zu Neonazis oder »Alternative für Deutschland« (AfD), abstoßende Holocaust-Vergleiche oder Uneinigkeit in der Frage, wie zentral Religion im eigenen Weltbild ist, haben bisher keine Zusammenarbeit zwischen der »Lebensschutz«-Bewegung und einem sich organisierenden Antifeminismus verhindert. Gesellschaftlich und ideologisch drohen gefährliche Diskursverschiebungen nach rechts und die Vertiefung diverser Gräben. Dennoch: Der gesellschaftlich erstarkende Antifeminismus (und mit ihm die latente bis offene Homo- und Transfeindlichkeit) der sich in den »Demos für Alle« zeitweilig materialisieren konnte, musste auf der realpolitischen Ebene Rückschläge einstecken, was auch Teile der »Lebensschutz«-Bewegung in Bezug auf den § 219a entmutigen dürfte.

Allein Waldemar Herdt von der AfD scheint derzeit Angriff für die beste Verteidigung zu halten, freut sich über die Verurteilung Hänels und fordert sogleich die Abschaffung des ersten Absatzes des §218a StGB. Er möchte, dass das »Ermorden eines unschuldigen Kindes« ausnahmslos wieder strafbewehrt ist, was eine »Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis hin zu fünf Jahren« bedeuten würde. Damit ist er natürlich nicht allein und der Aufwind der extremen Rechten schlägt sich nicht nur im Rassismus sondern auch im Antifeminismus nieder. Doch zumindest beim Fall Hänel hat sich die »Lebensschutz«-Bewegung bisher als schlecht aufgestellt präsentiert.

In nationaler Mission

Die katholische Kirche in Kroatien versteht sich als Wahrerin nationaler Interessen. Kirchenvertreter fallen immer wieder durch ultranationalistische Äußerungen auf. In Deutschland wird dieser politische Kurs auch in den kroatisch-katholischen Auslandsgemeinden propagiert.

von Danijel Majic



^ *Mahnwache gegen Abtreibungen vor der Beratungsstelle von »Pro Familia« in Frankfurt am Main*

Drei Dinge, lässt Velimir Bujanec das Publikum in Nieder-Olm bei Mainz wissen, erfüllten einen Kroaten mit Stolz: Der Unabhängigkeitskrieg, die kroatische Nationalmannschaft und die kroatisch-katholische Kirche. Applaus ist dem TV-Moderator gewiss. Schließlich spricht er bei der 60-Jahr-Feier der kroatisch-katholischen Gemeinde Mainz. Im Publikum sitzen neben hunderten Gemeindemitgliedern auch zahlreiche Pfarrer der kroatischen Gemeinden aus der Region. Einige Tage später findet der Auftritt in der deutschen Presse Beachtung. »Jubiläum mit einem Hetzer«, titelt die »Frankfurter Rundschau«. Bujanec moderiert in Kroatien nämlich keine Unterhaltungssendungen. Seine Talkshow »Bujica« gilt als inoffizielles Verlautbarungsorgan der extremen Rechten in Kroatien. Bujanec gehörte in der Vergangenheit extrem rechten Organisationen, wie der Nachfolgeorganisation der faschistischen Ustascha »Hrvatski Oslobodilački Pokret« (Kroatische Befreiungsbewegung, HOP) an. Das Bistum Mainz sah sich zu einer Distanzierung genötigt. Immerhin finanziert es – wie alle deutschen Bistümer – die Arbeit der Kroatenseelsorge in seinem Zuständigkeitsbereich. 96 kroatisch-katholische Gemeinden – die sich teilweise als Missionen bezeichnen – gibt es in Deutschland. Geleitet werden sie in der Regel von Pfarrern, die aus Kroatien nach Deutschland entsendet werden. Die kroatisch-katholische Kirche versteht sich als Nationalkirche, als Hüterin nationaler Interessen, historischer Wahrheiten und angeblich traditioneller Werte. Als solche befindet sie sich im permanenten Abwehrkampf gegen die Moderne. Ein Kampf, der auch in den Gemeinden in Deutschland geführt wird – gerne mit prominenter Unterstützung aus der Heimat.

Ustascha-Relativierung

Als der Film »Jasenovac – Istina« (»Jasenovac – die Wahrheit«) Anfang März 2016 seine Europremiere in der kroatischen Gemeinde Berlin feierte, waren zahlreiche prominente Besucher anwesend. Neben dem Regisseur Jakov Sedlar und Vertretern der kroatischen Botschaft zählte dazu auch Nikola Eterović, apostolischer Nuntius für Deutschland, das heißt der Botschafter des Vatikans. »Jasenovac – die Wahrheit« firmiert als Dokumentarfilm. Tatsächlich handelt es sich um ein hochgradig manipulatives Machwerk, in dem die These vertreten wird, es habe sich beim größten Konzentrationslager der mit Nazi-Deutschland verbündeten kroatischen Ustascha gar nicht um ein Vernichtungslager gehandelt und ein Todeslager sei erst unter dem sozialistischen Regime Jugoslawiens entstanden. Beide Hauptthesen des Films gelten in der internationalen Forschung als widerlegt. Dem Film selbst wurden bereits kurz nach dem Erscheinen zahlreiche Fehler bis hin zu Bildmanipulationen nachgewiesen. Dennoch stößt das darin zum Ausdruck kommende Bedürfnis, die kroatische Geschichte reinzuwaschen, in den kroatischen Gemeinden in Deutschland auf Zustimmung. Nach seiner »Europa-Premiere« in Berlin wurde der Film in weiteren Gemeinden gezeigt – dazu zählen mit München, Stuttgart und Frankfurt am Main die drei mitgliederstärksten »Missionen« in Deutschland.

Klerikal und nationalistisch

Bei der Aufführung des Films in Frankfurt zeigte sich die für Kroatien typische Überschneidung zwischen klerikalen und nationalistischen Kreisen. Organisiert wurde die Filmvorführung im kroatischen Gemeindezentrum vom lokalen Ableger der Vereinigung »U ime obitelji« (»im Namen der Familie«). Die Vereinigung hatte unter Vorsitz von Željka Markić im Jahr 2013 mit einer homophoben Kampagne ein Referendum erzwungen, durch das in der kroatischen Verfassung »Ehe« ausschließlich als Gemeinschaft von Mann und Frau definiert wird, wodurch die Einführung der Ehe für homosexuelle Paare verhindert wurde. Željka Markić selbst durfte im April 2013 im Frankfurter Gemeindezentrum für das Referendum werben. Einige Monate später gründete sich in Frankfurt einer der wenigen Ableger von »U ime obitelji« außerhalb Kroatiens. Federführend hierbei war der Frankfurter Rechtsanwalt Tomislav Čunović. Bei der Aufführung von »Jasenovac – Istina« im Jahre 2016 fungierte er als Gastgeber. Wiederum ein Jahr später, im Frühjahr 2017, organisierte Čunović eine 40-tägige Mahnwache gegen Abtreibungen vor der Frankfurter Beratungsstelle von »Pro Familia«. Unterstützt wurde die Aktion »40 Tage für das Leben« von der rechtskatholischen »Deutschen Vereinigung für eine christliche Kultur« (DVCK) um den Publizisten Mathias von Gersdorff. Die Planungstreffen für die Mahnwache fanden in den Räumen der kroatischen Gemeinde in Offenbach statt – im Beisein und mit dem Segen des Pfarrers der Gemeinde.

Verschwörungstheorien

Der Pfarrer der kroatischen Gemeinde in Offenbach, Tomislav Dukić, war kroatischen Medienberichten zufolge auch für die Einladung von Velimir Bujanec zur Jubiläumsfeier der Mainzer Gemeinde verantwortlich. Ende November berichteten kroatische Medien, der Geistliche sei auch als Organisator in die Lesetour des ehemaligen kroatischen Admirals Davor Domazet-Lošo involviert. Domazet-Lošo macht seit einigen Jahren vor allem durch die Verbreitung von Verschwörungstheorien von sich reden. Er behauptet, die Flüchtlingsbewegungen nach Europa würden maßgeblich vom US-Milliardär George Soros und den Freimaurern gesteuert, um das christliche Europa zu vernichten. Thesen, die offenbar nicht nur beim Pfarrer der Offenbacher Gemeinde auf Interesse stoßen. Bei Domazet-Lošos Auftritt in Heusenstamm saßen erneut zahlreiche Leiter kroatischer Gemeinden im Publikum.

Feinde der gleichgeschlechtlichen Ehe: Vom Straßenprotest zur Parteipolitik

von Bernard Schmid

»Gott kämpft auf unserer Seite«: Nein, diese vermeintliche Gewissheit durchströmte nicht nur Kreuzritter und Missionare, sie erfüllte auch einige AkteurInnen im französischen Wahlkampf des Jahres 2017. Nein, die Rede ist nicht von Gestalten, die in Ritterkostümen mit schweren Lanzen auf Pferden in die Arena reiten. Die eingesetzten Kommunikationsmittel waren modern, die Ideen dagegen reaktionär. In den letzten fünf Jahren hat sich in Frankreich eine politische Lobby herausgebildet, die gegen die – im Mai 2013 gesetzlich vollzogene – Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare eintritt. Außerdem kämpfen eben jene AkteurInnen auch gegen das geltende Abtreibungsrecht, zum Teil gegen Verhütung und das, was sie zu »Pornographie« erklären.
Einer ihrer prominentesten Vertreter ist Arnaud Le Clere. Seit den Regionalwahlen vom Dezember 2015 sitzt er als Abgeordneter der konservativen Hauptpartei des rechten Bürgerblocks, »Les Républicains« (LR) – ehemals »Union pour un mouvement populaire« (»Vereinigung für eine Volksbewegung«, UMP) –, im Regionalparlament der Hauptstadtregion Ile-de-France. Zugleich ist er Vizepräsident der Vereinigung »Sens commun« (»Gemeinsinn«, aber auch gleichbedeutend mit »gesunder Menschenverstand«), die laut Eigenangaben zwischen 9.000 und 10.000 Mitglieder zählt; die Zahl der tatsächlich Aktiven wurde im Mai 2015 durch das Wochenmagazin »Marianne« auf circa 6.000 geschätzt. Seitdem dürfte die Organisation eher noch leicht gewachsen sein.
Arnaud Le Clere ist aber auch einer der Mandatsträger, welche die Region Ile-de-France offiziell im Vorstand des »Centre régional d'information et de prévention du SIDA« (»Regionales Zentrum für AIDS-Aufklärung und -Vorbeugung«, Crips) vertreten. Und spätestens hier wird es hochproblematisch. Wie es auf der Webseite des Wochenmagazins »L'Obs« – früher »Le Nouvel Observateur« – am 2. Februar 2017 hieß, soll Le Clere dafür verantwortlich sein, dass eine an OberstufenschülerInnen gerichtete Broschüre zur Sexualaufklärung und AIDS-Prävention nicht verteilt, sondern zurückgezogen wurde. Grund für das Einstampfen: Arnaud Le Clere bemängelte unter anderem die Passagen zur sexuellen Orientierung, die seiner Auffassung nach zu sehr homo- und heterosexuelle Neigungen auf eine Stufe stellen würden. »Es wird gesagt, ein Paar könne aus zwei Männern, aus zwei Frauen, ja sogar aus einem Mann und einer Frau bestehen. Das ist unobjektiv. Und wenn man das liest, empfindet man das als eine Art von ideologischem Aktivismus«, begründete er gegenüber »L'Obs« seine Aktion. Le Clere nahm aber auch am 30. September 2016 an einer Sendung des extrem rechten Rundfunksenders »Radio Courtoisie« zu den Themen »Argumente zur Einwanderung« und »Vor dem Bürgerkrieg?« teil.

Von Protesten zur Parteipolitik

»Sens commun« ging direkt aus den Demonstrationen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe von 2012/13 hervor. Im Dezember 2013 schloss sich die Initiative der UMP an. Diese wiederum benannte sich 2015 in »Les Républicains« (LR) um. »Sens commun« mischt seither aktiv in den parteipolitischen Auseinandersetzungen mit. Am 1. September 2016 gab sie auf ihrer Webseite bekannt, bei der Vorwahl zur Bestimmung des konservativen Präsidentschaftskandidaten für 2017 den Bewerber François Fillon zu unterstützen. Und nicht nur dies, die aktiven Mitglieder der Bewegung waren auch in dessen Vorwahlkampagne sehr aktiv, verteilten unermüdlich Flugblätter und bearbeiteten SympathisantInnen und Mitglieder der Partei LR argumentativ. Eine entschlossene Minderheit in dieser Größe kann einiges bewirken. Und so wurde Fillon bei den Vorwahlen unter den konservativen SympathisantInnen, welche am 20. und 27. November 2016 stattfanden, mit einer komfortablen Zwei-Drittel-Mehrheit zum Präsidentschaftskandidaten dieses politischen Lagers gekürt. Dass Fillon jedoch fünf Monate später im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl scheiterte (jedoch immer noch 20 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt), steht hingegen auf einem anderen Blatt und ist vor allem den Enthüllungen der satirischen Wochenzeitung »Le Canard enchaîné« (»Die Ente in Ketten«) über seine korrupten Finanzpraktiken geschuldet.
Heute ist »Sens commun« ein Bestandteil der Koalition aus zum Teil weit rechts stehenden Strömungen, die den neuen LR-Chef vom konservativen Scharfmacherflügel – den am 10. Dezember 2017 in den Parteivorsitz gewählten Laurent Wauquiez, zugleich Präsident der Region Auvergne-Rhône-Alpes mit Sitz in Lyon – unterstützt. Ihre politischen Positionen haben sich seither radikalisiert. So forderte der damalige Chef der Vereinigung, Christophe Billan, im Oktober 2017 in einem Aufsehen erregenden Interview in der Tageszeitung »Le Figaro« unter anderem, die Zugehörigkeit zum Christentum müsse eine unabdingbare Einbürgerungsvoraussetzung werden. In demselben Interview erklärte er, der »Front National«-Politikerin und früheren Abgeordneten der Nationalversammlung (zwischen 2012 und 2017) Marion Maréchal-Le Pen »die Hand reichen« zu wollen.

»Front National«: Auch Rechtskatholizismus

Längerfristig ist auch eine Annäherung der RechtskatholikInnen an den »Front National« (FN) nicht auszuschließen. Dort tobt jedoch ebenfalls ein Linienkampf zwischen der eher antiklerikalen Linie von Marine Le Pen – die sich aus den Mobilisierungen gegen die Homosexuellenehe 2012/2013 persönlich heraus hielt und ihnen eher mit Desinteresse begegnete – einerseits, dem katholisch-»traditionalistischen« Flügel ihrer Partei andererseits. Letzterem gehört Marine Le Pens Nichte, die oben erwähnte 27-jährige Marion Maréchal-Le Pen, als wohl prominenteste Vertreterin an. Aktuell findet ihre Position im innerparteilichen Machtkampf allerdings keine Mehrheit, da sie sich im Mai 2017 vorläufig aus dem aktiven politischen Leben zurückgezogen hat. Derzeit ist sie beruflich damit befasst, eine Privatuniversität mit aufzubauen. Die Frage der Verteilung der innerparteilichen Gewichte, aber auch möglicher Annäherungen über die Parteigrenzen hinweg ist noch offen.

Kirche zwischen Ultrakonservativen und extrem Rechten

Kirche und Kreml sind in Russland enge Verbündete, um russische Werte zu verteidigen: gegen die Gleichstellung von Homosexuellen, gegen die Trennung von Kirche und Staat, gegen den »Individualismus der westlichen Kultur«.

von Lara Schultz



Zar Nikolaj II. gilt als Antisemit und Autokrat »zum Wohle des Volkes« und hatte sich von Gottes Gnaden selbst gekrönt. Vor 99 Jahren wurde er mit seiner gesamten Familie durch die Bolschewiki ermordet. Nachwirkungen der Februarrevolution, die ihn bereits zum Abdanken zwangen, und nicht zuletzt der Oktoberrevolution, deren 100. Jubiläum in Russland kein Grund für Feiern und Paraden ist. Die Zeichen stehen in Russland auf politischen Konservatismus, Umstürze sind derzeit nichts, woran gerne erinnert wird.

Als Märtyrer wurde Nikolaj II. im Jahr 2000 von der Russisch-Orthodoxen Kirche heiliggesprochen. Dass er eine voreheliche Liaison hatte, ist, obwohl gut belegt, unvorstellbar im Weltbild von Religiösen, NationalistInnen und MonarchistInnen. Um diese Affäre mit der Primaballerina Matil'da Kšesinskaja, die einer polnischen Familie entstammte und durch Heirat spätere russische Prinzessin wurde, geht es in dem aktuellen Kinofilm »Matil'da« (deutscher Titel: »Mathilde«) des russischen Regisseurs Aleksej Učitel'. Das 25 Millionen Dollar teure pompöse Kostümspektakel mit Palästen, Perücken, Dampflokomotiven, viel Tanz und ohne besonderen Tiefgang, beinhaltet eine Bettszene. In dieser hat der Thronerbe Sex mit der polnischen Ballerina, die zu Beginn des Filmes gar barbusig tanzt. Es war die Duma-Abgeordnete Natal'ja Poklonskaja, die noch vor dem Kinostart eine Kampagne gegen den Film startete. Der Film taste die Menschenwürde eines bedeutenden Teils der orthodoxen Christen an, indem ein falsches Bild des Souveräns vermittelt würde.

Duma-Abgeordnete und Kampftrupp

Poklonskaja hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Internet-Berühmtheit erlangt: Im März 2014 wurde sie auf die neugeschaffene Position der Generalstaatsanwältin der Krim berufen. Eine Pressekonferenz verschaffte ihr internationale Öffentlichkeit, in Japan diente sie in der Folge als Vorlage für Zeichnungen von ihr im Manga-Stil. Als Abgeordnete für »Edinaja Rossija« (»Einiges Russland«) hat sie aus ihrer Zarenverehrung nie einen Hehl gemacht. Der Film, so die Abgeordnete der nationalkonservativen Partei, die Ende 2016 mit der österreichischen »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) einen Kooperationsvertrag unterzeichnet hat, sei eine »Beleidigung religiöser Gefühle von Gläubigen«. Dies ist in Russland seit Juni 2013 ein Straftatbestand. Das Gesetz wurde nach dem Auftritt der Punkband »Pussy Riot« in der Moskauer Christi-Erlöser-Kathedrale erlassen, in dessen Folge die Frauen von »Pussy Riot« aufgrund eines fehlenden Paragraphen mit der abenteuerlichen Konstruktion »Rowdytum aus religiösem Hass« verurteilt worden waren.

Gleichzeitig mit der »Beleidigung der russisch-orthodoxen Kirche«, die selbst in den letzten Jahren gemeinsam mit der russischen extremen Rechten Hass gegenüber Homosexuellen (dann häufig »Sodomiten« oder »Pädophile« genannt) geschürt hat, wurde auch die »Propaganda nicht traditioneller sexueller Verhältnisse unter Minderjährigen« unter Strafe gestellt. Was das bedeutet, ist klar: Für Jugendliche soll es keine Möglichkeit geben, sich dem heteronormativen Mainstream zu entziehen. Auch hier war eine Frau Hauptakteurin – die Duma-Abgeordnete Elena Mizulina. Mizulina war eine der Rednerinnen bei Jürgen Elsässers Veranstaltung »Für die Zukunft der Familie« im November 2013 in Schkeuditz. Dort konnte sie ihre homophoben und antifeministischen Vorstöße, für die sie sich stets auf die Unterstützung der orthodoxen Kirche verlassen kann, kundtun. Über die Jahre hat sie Gesetzesentwürfe eingebracht, darunter eine obligatorische schriftliche Einverständniserklärung durch den Ehemann bei Abtreibungen, das Verbot von Babyklappen, das Verbot des Zigarettenverkaufs an junge Frauen, die noch kein Kind bekommen haben, und das Festschreiben des orthodoxen Christentums in der Verfassung als Grundlage der Eigenständigkeit Russlands. Die meisten dieser Vorstöße gelangten allein aufgrund des Widerstands durch gesellschaftliche Organisationen und feministische Initiativen sowie breitangelegter Kampagnen in den Medien nicht zu einer Erörterung in der Staatsduma. Dabei spiegeln die Positionen Mizulinas die offizielle Ausrichtung des Staates auf Bevölkerungspolitik und eine traditionelle Familienpolitik wider. Mitte 2016 lieferte sie dann einen Vorstoß zur »Entkriminalisierung« von häuslicher Gewalt. In diesem bezeichnete sie die derzeitige Gesetzgebung als »absurd« und forderte, das Gesetz zu ändern, so dass nunmehr für häusliche Gewalt keine Gefängnisstrafe mehr drohen solle. Frauen- und MenschenrechtsaktivistInnen reagierten empört und kritisierten die ohnehin sehr lasche Gesetzgebung und die schwache Auslegung des Rechts. Der Protest war nicht von Erfolg gekrönt: Anfang 2017 wurde



< orthodoxe Kirche Basilius-Kathedrale in Moskau

der Entwurf vom Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung gebilligt. Wenn Mizulina Maßnahmen zur »Verbesserung der demographischen Situation« initiiert oder unterstützt, liegen diesen ultrakonservative und patriarchale Geschlechterbilder zugrunde. Der Frau wird in völkischer Tradition die Rolle der »Hüterin des Volkes« zugewiesen.

»Matil'da« konnte im Herbst dieses Jahres in den russischen Kinos starten, wurde allerdings nicht beworben, um »Radikale nicht zu provozieren«. Die Premiere in Sankt Petersburg fand unter erhöhtem Polizeischutz statt und ohne den Hauptdarsteller Lars Eidinger, der sich Bedrohungen ausgesetzt sah. Tatsächlich kam es russlandweit zu Brandanschlägen auf Kinos und Autos, in vielen Kinos wurde der Film gar nicht erst ins Programm aufgenommen. Noch einmal: Die Darstellung einer historisch verbrieften vorehelichen Liebesbeziehung in prunkvollen Bildern wird nicht nur nahezu als Gotteslästerung angesehen, sie führt auch zu Bedrohungen für Leib und Leben der Beteiligten. In der Uralmetropole Jekaterinburg steuerte ein sich selbst so nennender »orthodoxer Aktivist« ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug in ein Kino, Menschen kamen dabei nur durch Glück nicht zu Schaden. Mit Anschlägen und Gewalt soll so die »christliche Identität Russlands« verteidigt werden. Dies geschieht auch offiziell mit dem Segen des Patriarchen von Moskau, dem Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche: Der orthodoxe Kampftrupp »Sorok Sorokov« (»Vierzig mal Vierzig«, nach den legendären 1.600 Kirchen in Moskau, die es aber nie gab), dem unter anderem Profiboxer, MMA-Kämpfer und Gewichtheber angehören, leistet beispielsweise Ordnerdienste bei kirchlichen Großveranstaltungen. »Sorok Sorokov« wiederum unterhält gute Beziehungen zum »Suworow-Institut der Gesellschaft zur Förderung des Österreichisch-Russischen Dialogs«, deren Pressesprecher Alexander Markovics ist, der die »Identitäre Bewegung Österreichs« mit gegründet hat. »Die Einrichtung [das Suworow-Institut, LS] verfolgt eine nationalistische, antiliberale und antiwestliche Agenda und trifft sich mit der hiesigen [österreichischen, LS] extremen Rechten«, so zitiert die österreichische Tageszeitung »Der Standard« den Forscher Bernhard Weidinger vom »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes« (DÖW).

Clubs und Think-Tanks

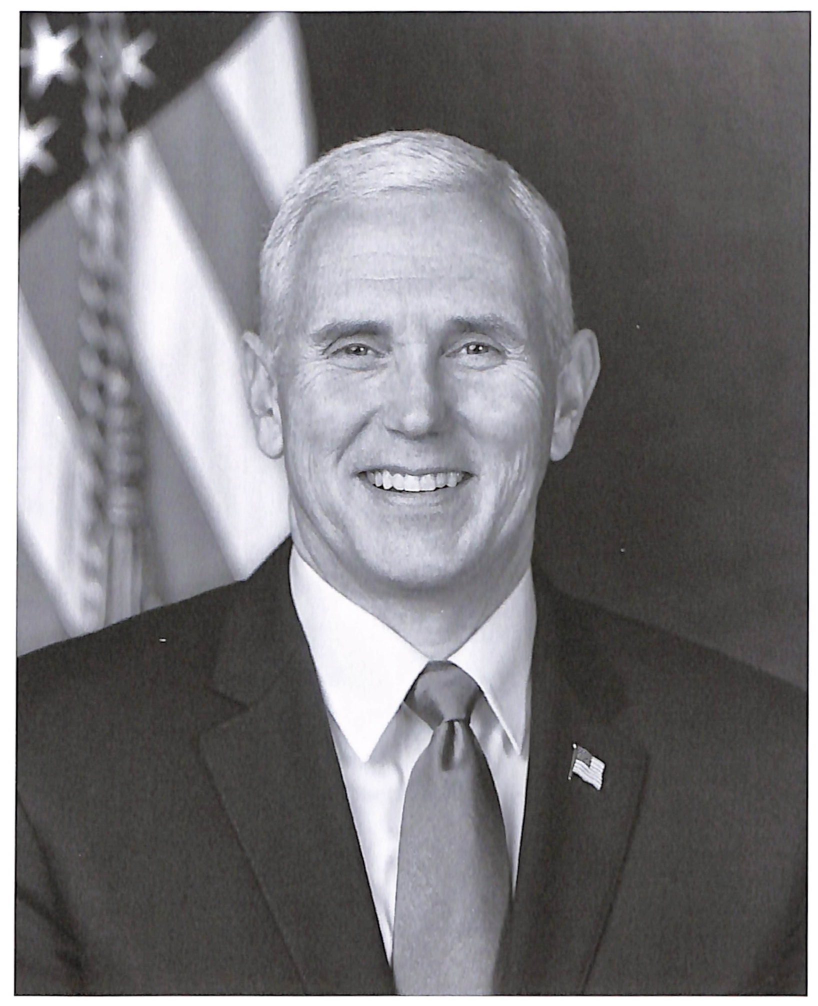
Aber bei weitem nicht nur Frauen wie Poklonskaja und Mizulina verfolgen einen ultrakonservativen Kurs. Auch Bischof Tichon warnte vor Verletzung von religiösen Gefühlen durch den Film »Matil'da«. Als Bischof und Vikar des Patriarchen von Moskau wird er oft als persönlicher Beichtvater des russischen Präsidenten Vladimir Putin bezeichnet. Das kommt nicht von ungefähr: Tichon ist Mitglied des »Präsidentiellen Rates für Kunst und Kultur«. Außerdem ist er Mitglied des ultrarechten Think-Tanks »Izborsker Club«, der zweite Bischof im Club neben Bischof Avgustin. Der 2012 in Izborsk gegründete Club ist die direkte Nachfolgeorganisation des »Instituts für Dynamischen Konservatismus«, das 2005 in seinem Gründungsdokument, der »russischen Doktrin«, die russische Nation in den Mittelpunkt stellte und eine notwendige Verbindung von Demokratie und Autokratie konstatierte: »Der zeitgenössische Westen ist eine Gemeinschaft von Individuen, die einander an nichts hindern, die aber versuchen, anderen Nationen ihren Stil aufzuzwingen. Russland dagegen ist ein Land, in dem ein neues ethisches System entsteht: Der Hass auf das Böse, die Verteidigung von Idealen. Das Ideal besteht darin, gemeinsam dem Bösen, der Barbarei, den Plünderern zu widerstehen.« Einige Jahre später trafen sich erneut, diesmal in Izborsk, konservative PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, PublizistInnen und Geistliche, um den »Izborsker Club« ins Leben zu rufen. Einer der Mitbegründer und Wortführer des Clubs ist der Neofaschist Aleksandr Dugin, auch Gründer der nationalistischen »Eurasischen Bewegung«. In Dugins »Vierter politischen Theorie« finden sich Einflüsse der »Neuen Rechten«, der »Konservativen Revolution« sowie des esoterisch-metaphysischen Denkens von Julius Evola. Der Deutschlandfunk zitiert Dugin im Juni 2014 folgendermaßen: »Was bedeuten Freiheit und Demokratie in den Debatten im Westen, in Europa? Wenn ein linker Liberaler mit einem rechten Liberalen streitet. Sobald jemand nicht liberal ist, gilt er als Faschist, Kommunist und wird abgeholt. Er wird nicht nur von Debatten ausgeschlossen, er gilt nicht mal als Mensch. In Europa gibt es diverse Gesetze gegen Links- und Rechtsextremismus und gegen politische Unkorrektheit. Wenn ein Kind seine Mama ‹Mama› nennt, droht ihm eine Jugendstrafe, denn es heißt: ‹einer meiner Eltern›. Mama gilt als Sexismus. Es gibt harte Gesetze, die die Normen der politischen Korrektheit festlegen – so wie sie die Liberalen verstehen.«

Der tatsächliche Einfluss Dugins ist umstritten – der Einfluss der Kirche hingegen ist es nicht. Das soziologische Institut »Levada-Zentrum« fragt regelmäßig nach dem Vertrauen in Organisationen und Einrichtungen. 2017 sprachen 94 Prozent der Befragten dem russischen Präsidenten hohes oder sehr hohes Vertrauen aus, der Kirche immerhin 72 Prozent – mehr als der Duma, der Polizei oder diversen NGOs.

Die evangelikale Rechte in den USA

Evangelikale ProtestantInnen stellen eine zentrale Basis an WählerInnen für die »Republikanische Partei« dar. Ihren Kampf für eine christliche Nation gemäß ihren reaktionären Vorstellungen führen sie seit der Wahl Donald Trumps wieder mit Unterstützung der Bundesregierung.

von Carl Kinsky



^ *Vize-Präsident Micheal Pence*

Trotz des laizistischen Staatswesens der USA hat der christliche Glaube seit der Staatsgründung eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung. Aufgrund der Kolonialherrschaft Großbritanniens, der Rolle als Zufluchtsort für verfolgte protestantische Gemeinden aus Europa sowie der Verbreitung antikatholischer Ressentiments ist der historische Einfluss des Protestantismus dabei dominant. Aus dieser Tradition speist sich die nach wie vor aktuelle religiös-nationalistische Vorstellung, wonach die USA ein von Gott gegebenes neues »gelobtes Land« seien und dazu auserwählt, als Speerspitze des christlichen Glaubens in der Welt zu wirken.

Innerhalb des Protestantismus nehmen Evangelikale eine zentrale Stellung als Teil der christlichen Rechten ein. Eine Untersuchung des »Pew Research Center« im Jahr 2014 ergab, dass rund 25 Prozent der erwachsenen US-AmerikanerInnen sich als evangelikale ProtestantInnen bezeichnen. Es sind mehrheitlich »weiße« WählerInnen der »Republikaner« im Alter zwischen 30 und 64 Jahren, die seit mindestens drei Generationen in den USA leben und vor allem in den Südstaaten einen hohen Anteil der erwachsenen Bevölkerung ausmachen. Die Mehrheit eint der Glaube an Himmel und Hölle, göttliche Schöpfung, die Ablehnung von Abtreibung und Homosexualität. Um die 81 Prozent der evangelikalen WählerInnen haben Donald Trump gewählt, nicht zuletzt da er mit dem evangelikalen Mike Pence einen prominenten politischen Vertreter der christlichen Rechten zu seinem Vize-Präsidenten ernannte.

Von der religiösen zur politischen Bewegung

Die Ursprünge der Evangelikalen in den USA lassen sich auf protestantische Erweckungsbewegungen des 18. Jahrhunderts zurückführen. Schon damals gehörten der Glaube an die Bibel als absolute Autorität, die Hinwendung zu Gott – welche als »Wiedergeburt« erfahren wird (»born-again«) – sowie die Missionierung anderer Menschen zu den Grundpfeilern dieser religiösen Bewegung. Historisch versuchten Evangelikale vor allem indirekt durch die Missionierung gesellschaftlichen Einfluss auszuüben, da Politik und Religion inkompatibel miteinander seien. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts änderte sich das Vorgehen, es wurde explizit die politische Einflussnahme gesucht.

Eine wichtige Rolle nahm dabei der evangelikale Fernseh-Prediger »Televangelist« Billy Graham ein, dessen Werke sich heute vermutlich in fast jedem evangelikalen Haushalt finden lassen. In den 1960er Jahren agitierte er gegen einen angeblichen moralischen Verfall der Gesellschaft, folgerichtig unterstützte er als erster prominenter Vertreter der Evangelikalen den republikanischen Präsidenten Richard Nixon. Graham sprach 1968 bei dessen Vereidigung; im Zuge linker Proteste gegen Nixons Kriegspolitik in Vietnam hielt Graham aus antikommunisitischer Überzeugung zu ihm. Doch angesichts des Rücktritts von Nixon in Folge des »Watergate-Skandals« kam es noch nicht zum politischen Durchbruch.

Erst mit dem republikanischen Präsidenten Ronald Reagan (1981 – 1989) gelang die Etablierung des heutigen politischen Einflusses von rechten Evangelikalen. Als zentrale Figur trat hierbei der »Televangelist« Jerry Falwell mit seiner 1979 gegründeten Organisation »Moral Majority« (»Moralische Mehrheit«) auf. Falwell definierte drei Hauptziele: die Rettung von Seelen, die Taufe und die Registrierung von Evangelikalen zur Wahl. Reagan verhalf diese Mischung aus christlicher Inszenierung und Nationalismus zu zwei Amtsperioden. Bis in die Gegenwart dient er nahezu allen konservativen PolitikerInnen und Medien als Vorbild.

Politisches Wirken der Bewegung heute

Die evangelikale Rechte ist zu einer fest verankerten Kraft in der politischen Landschaft der USA gewachsen, die von der kommunalen Ebene bis zur Bundesregierung wirkt. Ihre Organisationen reichen neben der jeweiligen – steuerlich befreiten – Kirchengemeinde über Denkfabriken und Lobbyorganisationen hin zu klassischen und neuen Medien. Verbindende Elemente sind die gemeinsamen Betätigungsfelder.

Kreationismus

Zentral für den Glauben der Evangelikalen ist die Erzählung, dass die Welt von Gott vor 6.000 Jahren in sechs Tagen erschaffen worden sei. Demnach gilt auch jede biblische Erzählung als historische Wahrheit. Entsprechend wehren sie sich gegen die Evolutionstheorie. Unter dem Begriff »intelligent design« verbreiten Denkfabriken wie das 1990 gegründete »Discovery Institute« die Schöpfungslehre als pseudowissenschaftliche Theorie, im Jahr 2015 mit einem Budget von über vier Millionen Dollar. Da Bildungspolitik Sache der jeweiligen Bundesstaaten und deren Kommunen ist, ist der politische Erfolg dabei unterschiedlich. Während der Oberste Gerichtshof 1968 zum ersten Mal die Verfassungswidrigkeit der Schöpfungslehre in öffentlichen Schulen feststellte, ignorierte beispielsweise Louisiana diese Entscheidung bis 1987. Andere umgehen diese Vorgabe einfach: Das Bildungsministerium von Alabama entschied 2016, weiterhin naturwissenschaftliche Schulbücher mit Hinweiszetteln zu versehen, auf denen die Evolution als »kontroverse Theorie« dargestellt wird. Insgesamt sehen sechs Bundesstaaten in ihren Bildungsvorgaben eine »kritische Analyse« der Evolutionstheorie vor. Zusätzlich gibt es zahlreiche christliche Privatschulen sowie die Möglichkeit der Beschulung zu Hause, um Kinder »bibeltreu« zu erziehen. Aber auch jenseits von Bildungsplänen arbeiten non-profit-Organisationen am kreationistischen Weltbild. Von »Answers in Genesis« (»Antworten im Buch Mose«) um Kenneth Alfred Ham, deren Einnahmen 2014 bei über 27 Millionen Dollar lagen, wurden 2007 in Kentucky das »Creation Museum« eröffnet, wo die Bibel als Wissenschaft vorgestellt wird, und 2016 das »Ark Encounter«, ein »originalgetreuer« Nachbau der »Arche Noah«, fertiggestellt .

Anti-Abtreibung

Ein zentrales Augenmerk liegt seit der Legalisierung der Abtreibung durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Jahr 1973 in der Verhinderung der Inanspruchnahme dieses Grundrechts. So bringen vor allem »Republikaner« immer wieder Gesetzesvorschläge ein, die das Betreiben von Abtreibungskliniken zu verhindern suchen – wohlwissend, dass die Arbeit dieser Kliniken oftmals der allgemeinen medizinischen Versorgung vor allem ärmerer Frauen dient. Allerdings waren Kliniken in den letzten Jahren mit mehreren Klagen gegen derlei Gesetze vor dem Obersten Gerichtshof erfolgreich, zuletzt im Bundesstaat Indiana. Ein im April 2016 vom damaligen Gouverneur und jetzigen Vize-Präsidenten Mike Pence unterzeichnetes Gesetz, das die Beerdigung oder Einäscherung jedes abgetriebenen Fötus vorsah, wurde im September 2017 verworfen. Ein Ende solcher Gesetzesvorhaben ist damit aber nicht abzusehen. Schließlich sind sie auch auf das Wirken vieler außerparlamentarischer Organisationen zurückzuführen, die den Kampf gegen Abtreibung finanzieren und auf die Straße tragen. Begleitet wurden diese Aktionen auch stets von massiver Gewalt und der Einschüchterung von AbtreibungsanbieterInnen und deren Patientinnen. So zählt die »National Abortion Federation« (NAF) seit 1977 mindestens 11 Morde, 42 Bombenanschläge, 186 Brandanschläge und 239 physische Übergriffe gegen AbtreibungsanbieterInnen. Zur beliebtesten Methode gehört das Protestieren und Bedrängen von Frauen vor Abtreibungskliniken; allein im Jahr 2016 zählte die NAF 61.562 solcher Aktionen. Dies wird legitimiert durch das Narrativ einer angeblichen »Abtreibungsindustrie«, die häufig mit Holocaust-Vergleichen (»babycaust«) angereichert wird – ein Vergleich, der von rechten Medienkonzernen wie »Fox News« oder dem »Christian Broadcasting Network« verbreitet wird.

Die göttliche Ordnung der Geschlechter

Entsprechend ihren kreationistischen Überzeugungen glauben rechte Evangelikale, eine heteronormative, patriarchale Familienordnung entspreche dem Willen Gottes. Beispielhaft hierfür ist das im August 2017 verbreitete Manifest »Nashville Statement«, das eine Zusammenarbeit des »Council for Biblical Manhood and Womanhood« (»Rat für biblische Männlich- und Weiblichkeit«) und der mehr als 15 Millionen Mitglieder zählenden »Southern Baptist Convention« darstellt. In 14 Artikeln werden die »gottgewollten Unterschiede zwischen Mann und Frau«, das Verbot von Sexualität außerhalb der Ehe sowie die »Sünde der Akzeptanz von homosexueller Immoralität und Transgenderismus« und deren »Heilbarkeit« festgehalten. Eben jene »Heilung« von nicht-heterosexuellen Menschen findet unter dem Stichwort »conversion therapy« (»Konvertierungstherapie«, CT) großen Widerhall als pseudowissenschaftliche Theorie. Hierbei werden die Gründe einer nicht heterosexuellen Identität zum Beispiel auf »Verweichlichung«, »mangelnden Glauben« oder Kindesmissbrauch zurückgeführt. Die Leugnung der eigenen sexuellen Identität aber führt zu schweren seelischen Schäden, häufig werden Depressionen und gar Selbstmorde im Nachgang solcher »Therapien« festgestellt. In den letzten Jahren haben sechs Bundesstaaten und einige Großstädte die Anwendung der CT bei Minderjährigen verboten. International tätige Organisationen wie das 1990 vom »Televangelisten« Pat Robertson gegründete »American Center for Law & Justice« um Jay Alan Sekulow agitieren andererseits erfolgreich in Ländern wie Simbabwe, Kenia und Uganda für homosexualitätsfeindliche Gesetzgebungen: In Uganda sollte 2014 Homosexualität unter Strafe gestellt werden, aufgrund internationalen Drucks verzichtet die Regierung jedoch momentan auf deren Umsetzung. In den USA entschied 2015 der Oberste Gerichtshof die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen – ein herber Schlag für die christliche Rechte.

Rechte Evangelikale und Trumps Regierung

Mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten zog auch die christliche Rechte wieder ins Weiße Haus. Mike Pence sprach im Januar 2017 als erster Vize-Präsident bei dem seit 1974 stattfindenden »March for Life« (»Marsch für das Leben«) vor zehntausenden AbtreibungsgegnerInnen – Trump dankte den Demonstrierenden auf Twitter. Auch Trumps Beraterin Kellyanne Conway sprach bei dem Aufmarsch. Der Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung Ben Carson wiederum betrachtet Homosexualität als »Lifestyle-Entscheidung« und der Justizminister Jefferson Beauregard Sessions zeichnet sich als besonders fleißig in der Umsetzung politischer Forderungen der christlichen Rechten aus: Neben der erleichterten Befreiung für Arbeitgeber von der Pflicht, Abtreibungen als Teil der Krankenversicherung ihrer Angestellten abzudecken, hob Sessions im Oktober den Schutz von Transgender vor Diskriminierung unter dem »Civil Rights Act« auf. Trump selbst trat darüber hinaus im Oktober bei der jährlichen Konferenz des »Family Research Council« um Tony Perkins, Erstunterzeichner des »Nashville Statement«, als Hauptredner auf – neben seinem ehemaligen Berater und dem ehemaligen Medienmacher von »Breitbart News«, Stephen Bannon. Zuletzt unterstützten Trump und Bannon in Alabama die Kandidatur des Republikaners Roy Moore als Nachfolger von Sessions zum Senat. Moore war berühmt geworden in der christlichen Rechten, da er als Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs in Alabama eine Steintafel mit den Zehn Geboten im Gebäude aufstellte und sich weigerte, sie zu entfernen. Berüchtigt ist er nicht nur aufgrund rassistischer Aussagen und seiner Nähe zur extremen Rechten sowie einer Aussage von 2005, wonach Homosexualität illegal sei, sondern vor allem aufgrund zahlreicher Anschuldigungen wegen sexueller Übergriffe und Kontakte mit Minderjährigen, als er bereits über 30 Jahre alt war. Zwar verlor Moore als erster Republikaner seit Jahrzehnten knapp die Wahl; die menschenverachtenden politischen Kampagnen und Gesetzgebungen der christlichen Rechten in den USA werden aber immer weitergehen.



Erste Schritte

Die Fraktion der »Alternative für Deutschland« im Bundestag versucht sich in parlamentarischer Seriosität und gezielter Provokation und zeigt Schwächen, wenn es hitzig wird.

von Gerd Wiegel

»Ich musste lange auf diesen Moment warten. Herzlich willkommen und vielen Dank.« Mit diesen Worten begrüßte der Thüringer Abgeordnete der »Alternative für Deutschland« (AfD), Stephan Brandner bei seiner ersten Rede weniger die anderen Mitglieder des Bundestages als sich selbst im Hohen Hause. Wo mit dem Einzug ins Parlament offensichtlich Lebensträume in Erfüllung gehen, da scheint die Distanz zur eigenen Rolle als Abgeordneter nicht dem selbstgestellten Anspruch der »Alternative« zu entsprechen. Karrierismus, soviel ist sicher, wird sich recht bald auch in den Reihen der AfD breit machen und was heute noch als Ausweis der ‹abgehobenen Politikerklasse› gilt, wird morgen schon zu den Gewohnheiten der AfD-Parlamentarier gehören.

Professionelle Auftritte ...

Zwei verkürzte Sitzungswochen hat der neue Bundestag erst hinter sich, aber sie boten einen ersten Eindruck von der ganzen Spannbreite, mit der die Partei in Berlin agieren wird. Dabei hat die tatsächliche Arbeit noch gar nicht begonnen. Weder tagen die Fachausschüsse, in denen die inhaltlichen Debatten stattfinden, noch gibt es eine Regierung, mit der die Auseinandersetzung zu führen wäre. So wie alle Fraktionen hat auch die AfD noch keine feste Struktur, weil Arbeitskreise und Zuständigkeiten analog zu Ministerien und thematischen Zuschnitten der Regierung gebildet werden. Der Aufbau eines MitarbeiterInnenstabes wird noch einige Monate in Anspruch nehmen. Der Start in die 19. Wahlperiode – auch das eine Folge des AfD-Erfolgs und der daraus resultierenden komplizierten Regierungsbildung – ist so schleppend wie noch nie.

Nachdem bei der Konstituierung des Bundestages der AfD-Abgeordnete Albrecht Glaser bei der Wahl zum Vizepräsidenten aufgrund seiner muslimfeindlichen Äußerungen zweimal deutlich durchgefallen war, wurde die erste inhaltliche Sitzung im November mit Spannung erwartet. Dafür hatte die AfD ihre beiden Anträge »Eurostabilisierung« und »Rückführung syrischer Flüchtlinge« eingebracht und wollte diese Kernthemen gleich zu Anfang in Szene setzen.

Hohe Disziplin bei der Anwesenheit im Parlamentsplenum, zumeist sachliche und professionelle Reden und gezielte Signale an die eigene AnhängerInnenschaft – das war der Eindruck der ersten Auftritte der AfD-Fraktion. Ganz offensichtlich ging es darum, die auf Provokation und aggressive Töne gerichteten Erwartungen zu unterlaufen. Der Antrag zur Rückkehr syrischer Flüchtlinge las sich auf den ersten Blick wie ein humanitär getarnter Vorschlag, weit jenseits der hässlichen Realität der tatsächlich durch die Bundesregierung veranlassten Abschiebungen nach Afghanistan. Nur um »freiwillige« Rückkehrer sollte es gehen, der Akzent lag auf der Sicherheit vor Repression und Verfolgung, die durch vertragliche Regelungen mit dem Assad-Regime gewährleistet werden sollten; Aufbauhilfen und finanzielle Anreize sollten der »Freiwilligkeit« nachhelfen. Zielgruppe ganz offensichtlich: die bürgerliche Mitte, der man mit pragmatischen Argumenten die eigene rassistische Position behutsam nahe bringen will. Von ganz anderem Zuschnitt war der Auftritt der Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel beim Kernthema Eurorettungspolitik. Schneidend im Tonfall und mit allen Gesten des Rechtspopulismus sprechend: Volk versus Elite, Anwalt der kleinen Leute und Kartell der Altpar-

< Beatrix von Storch spricht im Bundestag (Screenshot Phoenix)

teien. Dies brachte ihr aus der vollzählig angetretenen AfD-Fraktion Standing Ovations. Die zahlenmäßig schlecht vertretenen anderen Fraktionen nahmen diese erste Machtdemonstration verdutzt zur Kenntnis.
Ideologische Duftmarken wurden in der ersten Woche einzig vom Abgeordneten Gottfried Curio in der Debatte zu einem Einwanderungsgesetz hinterlassen. Hier waren alle Signalworte der modernisierten radikalen Rechten vorhanden. Von der »Flutung« des Landes mit »Geringqualifizierten« über das Volk, das »auszutauschen« beziehungsweise zu »entmündigen« das Ziel der anderen sei, bis zur »UN-Ideologie, die mittels weltweiter Massenmigration gewachsene Nationalstaaten auflösen« wolle. Auch Gauland schwadronierte beim Thema Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr von Afghanen, »die am Ku'damm Kaffee trinken«, während deutsche Soldaten ihr Land aufbauten, begründete sonst aber die Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr mit der Zurückweisung des Satzes, die deutsche Sicherheit werde auch am Hindukusch verteidigt.

... und peinliche Reden

Mit Sorge konnte man auf das weitere Geschehen im Parlament blicken, angesichts der gut vorbereiteten Beiträge der Rechten und der teilweise hilflos wirkenden Reaktionen aus den anderen Fraktionen. Jedoch zeigte die zweite Parlamentswoche im Dezember, dass die AfD sehr wohl schwache und peinliche Auftritte hinlegen kann und Debatten gegen sie rhetorisch und argumentativ zu gewinnen sind. In der Aussprache zur tatsächlich völlig unnötigen Diätenerhöhung der Abgeordneten wurde die AfD-Empörung über die »Selbstbedienungsmentalität der Altparteien« vom »Die Linke«-Abgeordneten Jan Korte gekontert, mit dem Verweis auf mehrere zehntausend Euro für »Schnittchen und Mettigel«, welche die AfD-Faktion bei internen Sitzungen auf Kosten der SteuerzahlerInnen verprasst hat.
Ebenso nach hinten los ging die von der AfD beantragte Aktuelle Stunde zu »Linksextremer Gewalt gegen die politische Betätigung demokratischer Parteien«. Während sich die AfD aus Anlass der antifaschistischen Proteste gegen ihren Parteitag in Hannover zum Opfer linker Gewalttäter machen wollte, wurde von SPD, »Die Linke« und »Grünen« die AfD als Katalysator politischer Gewalt gegen Geflüchtete und als Wegbereiter von Hass in der Gesellschaft gebrandmarkt. Untermauert von zahlreichen Beispielen wie der AfD-Forderung nach Schusswaffeneinsatz gegen Geflüchtete an den Grenzen, Gaulands »Entsorgung« der Integrationsbeauftragten Aydan Özoğuz nach Anatolien, der Mitgliedschaft mehrerer Bundestagsabgeordneter der AfD in der Facebookgruppe »Die Patrioten« – in der die Ermordung Anne Franks verhöhnt wurde – und des Postings des Abgeordneten Brandner mit dem Foto einer Machete. Mit gut vorbereiteten Reden wurde die Aktuelle Stunde zu einer Abrechnung mit der AfD, in die selbst CDU/CSU und FDP einstimmten. Höhepunkt war sicherlich der skurrile Auftritt von Beatrix von Storch, deren wirre Rede zu einer Werbung für das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« wurde.
Schließlich war ein teils widersprüchliches Agieren der AfD in sozialpolitischen Debatten zu beobachten. Während Steffen Kotré wegen der Massenentlassungen bei Siemens nicht den Hauch einer Kritik am Konzern verlauten ließ, bemühte sich der Höcke-Vertraute Jürgen Pohl beim Thema »Mindestlohnerhöhung« darum, die AfD als die tatsächliche Partei der abhängig Beschäftigten darzustellen. Hier wird die weitere Entwicklung zeigen, wie lange die AfD gegensätzliche Positionen überdecken kann.

Nutzung parlamentarischer Möglichkeiten

Ohne Regierung, Fachausschüsse und regelmäßige Plenardebatten beschränken sich die Möglichkeiten der Oppositionsfraktionen auf die Nutzung der sonstigen parlamentarischen Initiativen: Anträge, Kleine Anfragen, mündliche und schriftliche Anfragen. Mit einigen Anlaufschwierigkeiten macht sich die AfD-Fraktion nach und nach diese Möglichkeiten zu Nutze und agiert dabei wenig überraschend. 16 Kleine Anfragen wurden von ihr eingebracht, allein die Hälfte durch den Abgeordneten Anton Friesen aus Thüringen. Zum Vergleich: 77 Anfragen stellte »Die Linke«, sieben beziehungsweise sechs kamen von der FDP und den »Grünen«, die jedoch zunächst über eine »Jamaika«-Koalition verhandelten. Mit nur ein oder zwei Fragepunkten sind die Kleinen Anfragen der AfD inhaltlich häufig noch sehr dünn. Sie richten sich unter anderem auf die Situation von AussiedlerInnen in Deutschland, die Stellung der EU zur Unabhängigkeit Kataloniens oder die Kosten der Energiewende. Anträge hat die Fraktion bisher zwölf eingebracht, mit dem Schwerpunkt Flucht/Asyl. Bei den schriftlichen Fragen, mit denen man ein Thema schnell in die Öffentlichkeit bringen kann, suchte die AfD nach skandalisierbaren Punkten in ihren Kernthemen. Brandner fragte die Bundesregierung, ob diese Flüchtlinge beziehungsweise AsylbewerberInnen beim Kauf von Kraftfahrzeugen mit Bürgschaften unterstützt. Unklar bleibt, ob er hier Opfer der ‹Fake News› des eigenen Lagers wurde oder gängige Vorurteile mit einer Drucksachennummer des Bundestages versehen wollte. Lars Herrmann aus Sachsen fragte nach dem Migrationshintergrund von PolizeianwärterInnen und der Korrelation mit Disziplinarverfahren gegen Auszubildende bei der Polizei. In dasselbe Horn stieß der bayerische Abgeordnete Martin Sichert. Er erkundigte sich, ob die Bundesregierung die Durchsetzung der Bundespolizei mit »kriminellen Clanfamilien« ausschließen kann, wie viele BundespolizistInnen aus dem Libanon, der Türkei und Syrien kommen und welche die zwanzig häufigsten Herkunftsländer von BundespolizistInnen mit Migrationshintergrund sind. Alice Weidel will wissen, wie viele Moscheen im Vergleich zu Kirchen vom Verfassungsschutz überwacht werden und wie viele Anschläge es auf christliche Kirchen und Symbole seit 2014 gab. Geben die Antworten der Bundesregierung kaum Anlass zur Skandalisierung, so fallen sie in der Außendarstellung der AfD weg.

Provokationen

Den Abgeordneten der AfD stehen viele Posten in Beiräten, Kuratorien und ähnlichem zu: von der Bundeszentrale für politische Bildung, der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft«, der Stiftung »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« bis zur Stiftung »Aufarbeitung der SED-Diktatur« und vielen anderen Bundeseinrichtungen. Nur wenige dieser Gremien sind bisher neu besetzt, manche werden es erst im Laufe der Legislaturperiode. Für das »Bündnis für Demokratie und Toleranz«, das vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus auszeichnet, hat sich die AfD mit der Nominierung des Abgeordneten Jens Maier aus Sachsen eine besondere Provokation einfallen lassen. Als bekennender Fan der NPD – laut Meier »die einzige Partei, die immer zu Deutschland gestanden« habe – und selbsternannter Höcke-Anhänger wird er sicherlich für Wirbel im Beirat des Bündnisses sorgen. Mit Wilhelm von Gottberg (Niedersachsen) oder Martin Hohmann (Hessen) könnte man bekannte Geschichtsrevisionisten in Stiftungsbeiräte zur NS-Erinnerung entsenden.

Ausblick

Wenn der Bundestag erst einmal im Normalbetrieb läuft, wird besser zu sehen sein, ob und in welchen Themenfeldern die AfD tatsächliche Fachkompetenz erlangen kann und will. Die Aufstellung der Fraktion durch Gauland und Weidel lässt bisher vermuten, dass die Parlamentsorientierung gegenüber der Bewegungsorientierung stärker im Vordergrund stehen wird. Zumindest bisher lässt sich kein Übergewicht eines Flügels in der Fraktion beobachten und beide Fraktionsvorsitzenden müssen als intelligent genug eingeschätzt werden, diese Balance so lange wie möglich zu halten. Mit dem noch vor einer Regierungsbildung möglichen Untersuchungsausschuss »Anis Amri« zum Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz würde sich für die AfD ein weiteres prominentes Feld eröffnen, um ihre rassistisch grundierte Vermischung von Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik zu intensivieren.

Von Rissen und Brüchen

Nach ihrem Einzug als drittstärkste Fraktion in den Bundestag hat die »Alternative für Deutschland« im Dezember ihren Bundesparteitag in Hannover durchgeführt. Statt der viel beschworenen Einheit gab es Strömungskonflikte, Machtkämpfe und Hinterzimmergespräche.

von Wolfgang Schwarz



Ist die »Alternative für Deutschland« (AfD) auf ihrem Bundesparteitag am 2. und 3. Dezember 2017 in Hannover weiter nach rechts gerückt? Eine unnütze Frage, findet die Kolumnistin Margarete Stokowski bei »Spiegel Online«. Sie nennt die AfD eine »Partei, die eh schon so weit rechts ist, dass man es dort okay findet, von der Wehrmacht zu schwärmen, auf flüchtende Menschen zu schießen und eine Politikerin in Anatolien zu ‹entsorgen›. Offensichtlich ist es in Deutschland immer möglich, noch ‹weiter nach rechts› zu rücken, solange man noch nicht dabei erwischt wurde, freudig erregt eine Hitlerbüste abzulecken«.
Ein solcher Skandal blieb der AfD am ersten Dezemberwochenende erspart und es sei auch »kein Showdown à la Essen« zu erwarten, kündigte der Parteivorsitzende Jörg Meuthen zu Beginn des Parteitages an. Er spielte damit auf den Parteitag im August 2015 in Essen an, bei dem der damalige Vorsitzende Bernd Lucke seiner Widersacherin Frauke Petry unterlag. Die promovierte Chemikerin gilt nun selbst als persona non grata, seit sie am Tag nach der Bundestagswahl die AfD verließ. Die Partei gibt sich in Hannover allerdings davon unbeeindruckt, Meuthen spricht von »nur zu missbilligenden Parteiaustritten«. Ohnehin »gingen einige Dutzend Parteimitglieder mit, darunter einige wenige Funktionsträger – und das war es aber auch«, sagt Meuthen im Interview mit dem extrem rechten Blatt »Zuerst!« und fügt hinzu: »Die AfD ist eine Partei, die geschlossen zusammenhält und in der es unterschiedliche Strömungen gibt. Und darauf sind wir stolz.« Der neu-rechten Zeitung »Junge Freiheit« gab Meuthen auch ein Interview, das in der Ausgabe vom 1. Dezember 2017 erschien. Fast schon mahnend trägt das Gespräch den Titel »Im Vordergrund steht, was uns eint«, die Ausgabe wird kostenlos auf dem Parteitag verteilt.

Doch die angebliche Einheit der Partei zeigte auch im Hannover Congress Centrum Risse, wo selbst Nebensächlichkeiten wie ein Grußwort zum Streitpunkt verschiedener Lager wurden. Üblicherweise gehört zu Parteitagen ein Grußwort des Parteivorsitzenden des Bundeslandes, in dem die Veranstaltung stattfindet. Weil das Grußwort aber nicht auf der Tagesordnung stand, sollte Paul Hampel für die AfD in Niedersachsen es nicht halten dürfen, befand das Präsidium und wies damit einen Antrag zurück. Ohnehin »ist die AfD in Niedersachsen dabei auseinanderzubrechen«, fügte ein Delegierter aus dem Flächenland hinzu. Prompt sprang der Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke seinem Unterstützer bei und erntete Applaus. Fast mutete die Szene wie eine Übung an, um sich auf die Wahl des Bundesvorstandes vorzubereiten. Auf Unterstützung bei den Parteimitgliedern konnte jedoch keine Seite bauen, denn anders als das Ergebnis einer Mitgliederbefragung hatte der Konvent der AfD beschlossen, statt eines Mitglieder- einen Delegiertenparteitag durchzuführen. Mit Spannung wurde vor allem die Wahl der Parteispitze erwartet, doch davor mussten die knapp 600 Delegierten erst einmal beratschlagen, ob die Spitze aus einem, zwei oder drei SprecherInnen bestehen soll. Man habe die Erfahrung gemacht, dass eine Doppelspitze nicht funktioniere, gab der Landesvorsitzende Uwe Junge aus Rheinland-Pfalz zu bedenken, sie eröffne Spaltungen nur bessere Chancen. Eine andere Delegierte wollte die Doppelspitze als »Altlast Luckes, die wir schon zu lange mit schleppen, über Bord werfen«. Doch trotz der markigen Worte entschied sich die Mehrheit der Delegierten erneut für zwei SprecherInnen. Im Vorfeld hatte Meuthen, der vom baden-württembergischen Landtag ins Europaparlament in Brüssel wechselte, bereits seine Bereitschaft zur Kandidatur signalisiert. In seiner Bewer-

< Alexander Gauland und Jörg Meuthen zeigen beim Pressebild wo es hingeht – immer weiter nach Rechts

bungsrede wandte er sich auch an Höcke und den »Flügel«: »Ich stehe zum ‹Flügel›, der ist für mich ein integraler Bestandteil unserer Partei«, sagte Meuthen. Er wurde bei der ungefährdeten Wahl zum ersten Bundessprecher als einziger Kandidat erwartungsgemäß bestätigt, erhielt jedoch nur 72 Prozent der Stimmen, knapp ein Viertel der Delegierten stimmte gegen ihn. Auch der Berliner Landes- und Fraktionschef Georg Pazderski hatte vor dem Parteitag öffentlich seinen Hut in den Ring geworfen und kandidierte für das Amt des zweiten Bundessprechers. Eine Personalie, die bei der grauen Eminenz der AfD, Alexander Gauland, auf Kritik stieß, er »würde jemanden aus den neuen Bundesländern bevorzugen, weil wir dort besonders stark sind«, hatte er der Presse gesagt. Wegen Pazderskis politischen Kurses hatte sich auch der extrem rechte Flügel um Björn Höcke mit der Bitte an Gauland gewandt, den Berliner in der Doppelspitze zu verhindern. Pazderski hatte sich wiederum für einen Parteiausschluss von Höcke stark gemacht, weil dieser das Holocaust-Denkmal in Berlin als »Denkmal der Schande« bezeichnet und eine »erinnerungspolitische Wende« gefordert hatte.

Prompt wurde in Hannover die bislang eher unbekannte Landesvorsitzende der AfD in Schleswig- Holstein, Doris von Sayn-Wittgenstein, als Gegenkandidatin zu Pazderski präsentiert. In ihrer Bewerbungsrede erklärte sie, erst seit 2016 Parteimitglied zu sein: »Vorher erschien mir diese Partei als Lucke-Partei nicht vielversprechend.« Selbst Mitglieder desselben Landesverbandes wie Karl Heinz Lenz werfen der Rechtsnationalen vor, sie klinge »eher nach Drittem Reich als nach Demokratie«. In Hannover bestätigte Sayn-Wittgenstein diese Einschätzung, als sie sagte: »Die Deutschen sind in ihrer Geschichte immer stark gewesen, wenn sie einig waren.« Sie verharmloste die »Identitäre Bewegung« als junge Menschen, die Volkstänze üben wollten, und lieferte eine deutliche Absage an die moderne Gesellschaft, in der sie gar nicht erst ankommen wolle, denn: »Das ist nicht unsere Gesellschaft.« Höcke kenne sie zwar nicht gut, auf den von ihm initiierten jährlichen »Kyffhäuser-Treffen« des extrem rechten »Flügels« sei sie aber gerne dabei. Da passt es gut, dass sie an den beim »Flügel« beliebten Stolz der AfD appellierte: »Ich wünsche nicht, dass ich Koalitionsgespräche anbieten muss, sondern dass die anderen um Koalitionsgespräche betteln.« Sayn-Wittgenstein erhielt viel Beifall für ihre Rede, von der Gauland später sagen wird, sie habe das Herz der Partei getroffen.

Bei der anschließenden Wahl zeigt sich die Zerrissenheit der AfD zwischen der vom »Flügel« propagierten »Fundamentalopposition« und der Vorbereitung auf eine Verantwortungsübernahme in einer möglichen Koalition, wie sie Pazderski vertritt. Im ersten Wahlgang landete Sayn-Wittgenstein mit 49,4 Prozent knapp vor dem Berliner AfD-Chef, doch für die Wahl zur Co-Sprecherin reichte das Ergebnis nicht. Bei der folgenden Stichwahl lag Pazderski knapp vor der Rechtsnationalen aus Schleswig-Holstein, konnte aber nicht die für die Wahl nötigen Stimmen erreichen. Nach dem mehrstündigen Hin und Her sowie der Pattsituation zwischen den beiden KandidatInnen unterbrach die Leitung kurzfristig den Parteitag. Der weitere Verlauf zeigte dann, dass die vielen Gespräche hinter verschlossenen Türen doch eine Lösung gebracht hatten: Nachdem die Liste der KandidatInnen wieder geöffnet wurde, gab Alexander Gauland seine Kandidatur bekannt, weil es für die Partei »gefährlich« geworden sei. Sayn-Wittgenstein und Pazderski zogen ihre Kandidatur zurück und der AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag wurde mit 67,8 Prozent der Stimmen als Co-Sprecher von Meuthen gewählt.

Der zuvor abgestrafte Pazderski wurde mit schlechten 51,2 Prozent für einen Job als stellvertretender Bundessprecher entschädigt, weitere Stellvertreter sind Albrecht Glaser und Kay Gottschalk. Als Bundesschatzmeister wurde Klaus-Günter Fohrmann in seinem Amt bestätigt, sein Stellvertreter ist Frank Pasemann aus der »Patriotischen Plattform«, der als einer der Verbindungsleute in die »Identitäre Bewegung« (IB) gilt. Das siebenköpfige Beisitzergremium besteht aus Andreas Kalbitz vom »Flügel« um Björn Höcke und Steffen Königer, einem ehemaligen Redakteur der neu-rechten Zeitung »Junge Freiheit«, der behauptet hatte, die 68er hätten einen »totale[n] Krieg gegen das Volk der Dichter und Denker« geführt. Außerdem gehören dem Gremium Joachim Kuhs, Stephan Protschka, Guido Reil, Beatrix von Storch und Alice Weidel an. Nach dem Parteitag legte die ehemalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry nach und nannte Meuthen und Gauland zwei Marionetten von Höcke, gegen den sie das Parteiausschlussverfahren eingeleitet hatte. Die AfD sei seit dem Parteitag »jetzt faktisch in Höckes Hand«, sagte sie gegenüber der Presse. Petry wird innerparteilich noch immer die Schuld an jeglichen Spaltungen gegeben, doch in Hannover hat sich gezeigt, dass es die AfD auch nach ihrem Einzug in den Bundestag nicht vermag, eine gemeinsame Klammer zu finden. Die einzige Figur mit Integrationswirkung ist Alexander Gauland, dem seine Doppelbelastung als Partei- und Fraktionschef schwer zu schaffen machen könnte. Auf dem Bundesparteitag wurden Strömungskonflikte und Machtkämpfe ebenso geboten wie Hinterzimmerrunden für geheime Absprachen – alles das also, was die AfD vehement an den »Altparteien« kritisiert.

Die Gewinner des Parteitages sind Björn Höcke, der »Flügel« und deren Umfeld. Die Bundes-AfD wird jetzt von zwei Männern geführt, die im Bundesvorstand gegen das Ausschlussverfahren gegen den Thüringer AfD-Chef gestimmt haben. Damit könnten sie jetzt den aktuellen Bundesvorstand überzeugen, das Verfahren gegen ihren Parteifreund zurückzunehmen, falls das Thüringer Landesschiedsgericht im Frühjahr erwartungsgemäß den Antrag ablehnen wird. Der »Flügel« jedenfalls hat in Hannover bewiesen, dass er eine breite Machtbasis bei den Delegierten hat und mit seinem Muskelspiel um die Kandidatur für das Amt des oder der Co-SprecherIn erfolgreich andere ihm unliebsame Kandidaten verhindern kann. Von der von Meuthen so gepriesenen Einigkeit kann in der AfD weiterhin keine Rede sein. Was die Partei eint und ihr weiterhin Erfolge bescheren wird, ist ihr striktes Feindbild Angela Merkel – auch das hat der Bundesparteitag bewiesen. Die Anti-Merkel-Rhetorik kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der AfD ganz profane Machtkämpfe toben, die es auch dem neuen Führungsduo schwer machen werden. Denn unter Petry konnten Gauland und Meuthen mit Höcke innerparteilich als Einheit gegen die ehemalige Vorsitzende punkten. Ohne die gemeinsame Gegnerin werden die Brüche in der Partei auch nicht vor dem Männerbund haltmachen. Bis auf weiteres wird die AfD der »gärige Haufen« bleiben, wie Gauland den Zustand der Partei beschrieb, und damit höchst explosiv und eine Gefahr für eine offene Gesellschaft.

Nachwuchs aus den Universitäten

Hochschulgruppen der »Alternative für Deutschland« haben an den Universitäten bisher keine politischen Erfolge zu verbuchen. Während die Feindbilder Feminismus und linke Studierendenvertretungen weiter geschärft werden, arbeitet die Partei an Wichtigerem: der Mitgliederrekrutierung von den Burschenschaften bis zur »Identitären Bewegung«.

von Sara Entzberg

Seit 2013 hat die »Alternative für Deutschland« (AfD) nicht nur einen rasanten Aufstieg zur drittstärksten Fraktion im Bundestag geschafft. Auch ihre Parteijugend »Junge Alternative« (JA) hat sich bundesweit flächendeckend einen Namen gemacht, nicht zuletzt durch ihre Nähe zur »Identitären Bewegung« (IB). Schon kurz nach der Parteigründung entstanden AfD-Hochschulgruppen, die aber kaum Erfolge zu verbuchen haben (s. drr Nr. 162). Zwischen April 2013 und Dezember 2016 wurden an 26 Standorten solche Studierendenvereinigungen gegründet. Die meisten von ihnen sind nicht mehr aktiv; eine aktuelle Internetpräsenz betreiben lediglich die Ableger in Erfurt, Düsseldorf, Frankfurt, Göttingen und Paderborn. Bisher konnten sie nur vier Mandate in Studierendenparlamenten gewinnen: David Eckert in Düsseldorf (2015 und 2016), Marius Dilli in Kassel (2016) und eine namentlich nicht bekannte Person an der Fernuniversität Hagen (2017). Hinzu kommt ein Sitz für den »Bund Freiheitlicher Studenten« in Kiel, der aus mehreren AfD-Mitgliedern besteht. Nur sieben Gruppen traten jemals zu Hochschulwahlen an. Die Einrichtung eines bundesweiten Dachverbandes, wie er bei anderen parteinahen Hochschulgruppen besteht, wurde zwar 2016 angekündigt, blieb jedoch aus.

Dabei sind die Universitäten für die AfD ein wichtiges ideologisches Feld. Analog zum burschenschaftlichen Selbstverständnis sieht sie in ihnen prestigeträchtige, altehrwürdige Institutionen, die eine künftige deutsche Elite hervorbringen sollen. So fragt sich die »Campus Alternative Bayern«, »wie wir als ‹Bildungselite› unserer besonderen Verantwortung nicht nur für unser Studium, sondern für unsere Universität und damit für Volk und Vaterland, gerecht werden können«. Aber auch aus einem ganz praktischen Grund ist dieser Bereich für die AfD interessant. Er kann als Rekrutierungspool für zukünftige MitarbeiterInnen genutzt werden, denn das Engagement bringt Erfahrungen in Wahlkampf, Öffentlichkeitsarbeit, Bürokratie und Parlamentarismus. Damit fungiert die Hochschulpolitik als Zwischenschritt vom studentischen Verbindungsmilieu in die Parteipolitik und macht die AfD-Gruppen auch für Burschenschaften attraktiv (s. drr Nr. 167).

In Österreich hat sich die akademische Rechte als wichtigstes Standbein der parlamentarischen Rechten etabliert, wie die ideologischen und personellen Überschneidungen von »Freiheitlicher Partei Österreichs« (FPÖ) und Burschenschaften zeigen (siehe Seite 4). Aufgrund ihrer hohen Akzeptanz in der FPÖ und der weiterhin linken Mehrheit an österreichischen Hochschulen läuft die Mitgliederrekrutierung allerdings auf direktem Wege und weniger über Hochschulgruppen der Partei.

Antifeministen für die Meinungsfreiheit

Nicht alle AfD-Hochschulgruppen beziehen sich auf die Universitäten, einige fungieren allenfalls als erweiterte Präsenz der jeweiligen JA. Wo sie sich tatsächlich auf hochschulpolitische Strukturen und Themen einlassen, erklären sie, wie die AfD selbst, »die Etablierten« zum Feindbild. An den Universitäten sehen sie diese in den gewählten Studierendenvertretungen beziehungsweise Allgemeinen Studierendenausschüssen (AStA) und den linken Hochschulgruppen, die bei den Wahlen die Mehrheit der Listen stellen. Die »Campus Alternative Düsseldorf« verbreitet ein Bild, auf dem David Eckert erklärt: »Wofür steht der AStA? Nach unserer bisherigen parlamentarischen Erfahrung vor allem für folgendes: Verschwendung – Gender-Mist – Unnötige Referate – Links-Ideologie«. Die Göttinger JA-Hochschulgruppe um den Rechtsaußen Lars Steinke (s. drr Nr. 169) hetzt via Facebook vor allem gegen »die Antifa«. Aus der Verortung der universitären Linken als Hauptfeind ergeben sich zwei inhaltliche Schwerpunkte: Antifeminismus und der vermeintliche Kampf für Meinungsfreiheit.

Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Bereichen sind Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit an den Universitäten von größerer Bedeutung. Es existieren Programme zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft, häufig gibt es Lehrstühle für Gender Studies und interdisziplinäre Lehrveranstaltungen zum Thema. In Studierendenparlamenten werden nach Geschlecht quotierte Redelisten geführt, Frauen-, Feminismus- oder Queer-Referate betrieben und es wird Wert auf geschlechtergerechte Sprache gelegt. Die AfD-Hochschulgruppen negieren die Existenz des Patriarchats und damit die Notwendigkeit von Feminismus – ein Leitmotiv innerhalb der gesamten Rechten. Deshalb lehnen sie Frauenförderung oder Aufklärung über sexuelle Vielfalt als »Ideologie« und »Geldverschwendung« ab. In einer feministischen Agenda sehen die AfD-Hochschulgruppen, auch wegen ihres auffällig geringen Frauenanteils, ein Hindernis für ihren politischen Erfolg und eine Bedrohung für ihre Männlichkeit.

Bedroht sehen sie sich auch beim Thema Meinungsfreiheit. Die »Campus Alternative Bayern« schreibt: »Zuvorderst ist die Meinungsfreiheit eines der wichtigsten Schutzgüter, denn ohne sie ist ein demokratischer Diskurs, im Rahmen dessen sich die beste Meinung durchsetzen wird, schlechterdings undenkbar.« Somit geben sie sich als Retter des freien Denkens und Redens, ganz so als wäre es ihnen genommen, einen politischen Standpunkt zu vertreten. Hinter dieser Suggestion steht etwas anderes: Sie gerieren sich als Opfer, wollen wie die AfD Diskursmacht erlangen und die demokratische Meinungsbildung nach rechts polarisieren und popularisieren.

Passend dazu wurden mehrere Anträge im Rahmen einer »Transparenzoffensive« eingebracht. Ein Versuch, linke Studierendenvertretungen zu delegitimieren. Im Namen der Meinungsfreiheit, und nicht zuletzt aufgrund der personellen Überschneidungen und Sympathien, wird für Studentenverbindungen Partei ergriffen und eine höhere Präsenz an den Hochschulen gefordert, beispielsweise mit einem »Korporationsreferat« in Düsseldorf.
Mit den Studentenverbindungen haben die Hochschulgruppen noch etwas gemeinsam: Den autoritären Wunsch nach einem deutschen Nationalismus. In Düsseldorf wurde eine Deutschlandfahne auf dem Universitätsgelände gefordert und die »Campus Alternative Passau« beschreibt sich selbst als »ein Bündnis völkisch denkender und patriotisch gesinnter Studenten«. Letztere wird offiziell von Andreas Meißner geführt, der bis 2016 Vorstandsmitglied der JA Bayern war.
Dem Feminismus – ihrem Sinnbild für die linke Dominanz – werden die traditionellen Werte und Strukturen der Burschenschaften und der Bezug auf ein deutsches Kollektiv entgegengestellt. Die AfD-Hochschulgruppen wären gerne diese autoritär durchgreifende Instanz. Gleichzeitig sind sie sich jedoch bewusst, dass sie sich in den Universitäten auf dünnem Eis bewegen. Die besonders streitbaren Forderungen der AfD, wie beispielsweise eine Reform des Geschichtsunterrichts, der »identitätsstiftend« wirken und Deutschland als »selbstbewusste Kulturnation« vermitteln soll, werden trotz des leicht zu spannenden Bogens zur Hochschulpolitik gemieden. Die Hochschulgruppen schweigen zu Nationalsozialismus und Geschichtsrevisionismus. In seltenen Fällen thematisieren sie bekannte Themen, indem sie sich gegen Anwesenheitspflicht, eine Zivilklausel oder gegen ein Solidarmodell des Semestertickets aussprechen. Da die Hochschulgruppen aber meist nicht zur Wahl antreten, haben nur wenige von ihnen – Düsseldorf, Bonn und Kiel – ein einsehbares Wahlprogramm.

Mitgliederrekrutierung und öffentliche Präsenz

Generell ist den AfD-Hochschulgruppen weniger an der Hochschulpolitik, denn an der Hochschule als Betätigungsfeld selbst gelegen. Hier können sie ein Verbindungselement zwischen verschiedenen Rechten, vor allem zu Burschenschaften und der IB, darstellen. Das kann aber auch zu Problemen führen. In Düsseldorf verhüllten im Mai 2016 Mitglieder der Hochschulgruppe eine Statue Heinrich Heines mit einer Burka und brachten ein Schild mit der Aufschrift »Bildungsbombe« an. Dass die Aktion eher an die »Identitären« erinnert, liegt auch daran, dass mit John David Haase ein Gründungsmitglied der IB Teil der Hochschulgruppe ist. Die Aktion kam bei der AfD weniger gut an, denn kurz darauf verkündete die Gruppe eine Umbenennung von »AfD an der HHU« in »Campus Alternative Düsseldorf«. Dazu erklärten sie, dieser Schritt wurde unternommen, um »für unsere teilweise durchaus provokanten Aktionen nicht die gesamte AfD in Mithaftung [zu] nehmen.«
Nach dem Wahlerfolg der Partei bei der Bundestagswahl im September vergangenen Jahres gab es keine offiziellen Statements ihrer Hochschulgruppen. Wenngleich sich einige vorher im Wahlkampf immerhin auf die lokalen Direktkandidaten bezogen hatten, verwundert die mangelnde Präsenz des erfolgreichen Wahlergebnisses. Dies spricht dafür, dass zahlreiche Gruppen ihre Aktivitäten größtenteils eingestellt haben, zumal diese Gruppen aufgrund des fehlenden Dachverbandes oftmals auf erfahrene und gut vernetzte Führungsfiguren angewiesen sind.
Da es in den meisten Fällen weder darum geht, die Hochschulen mit konstruktiven Vorschlägen zu verändern, noch darum, das AfD-Parteiprogramm durchzusetzen, bezwecken die Hochschulgruppen einerseits Mitgliederrekrutierung; andererseits wollen sie Präsenz zeigen und den öffentlichen Raum einnehmen.
In Halle an der Saale nutzt die AfD dafür die Nähe zur IB, ganz ohne eigene Vertretung an der Universität. Stattdessen avancierte die IB im vergangenen Jahr zur inoffiziellen extrem rechten Hochschulgruppe. Das im Sommer 2017 eröffnete Haus der »Identitären« in direkter Nähe zum Campus bietet neu-rechten Studierenden die Möglichkeit, ihren Intellektuellenhabitus mit Propaganda und militanten Aktionen zu verbinden. Der AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider betreibt im Haus ein Wahlkreisbüro. Auch das »Institut für Staatspolitik« (IfS) und die Initiative »Ein Prozent« unterstützen das Projekt. Ähnlich wie in Göttingen ist in Halle ein Verschmelzen von AfD und militanter Neonazi-Szene zu beobachten. Am 13. November durchsuchte die Polizei das Haus, nachdem am 12. Juni in der Mensa Studierende von IB-Mitgliedern mit Pfefferspray, Quarzsandhandschuhen und einem Messer bedroht wurden. Genau eine Woche nach der Razzia kam es zum nächsten Angriff: Zwei Männer stürmten mit Baseballschlägern, Schutzschilden und Helmen aus dem Haus und attackierten zwei Zivilbeamte mit Pfefferspray, weil sie diese für Linke hielten. Laut Medienberichten ließen die »Identitären« erst von den Polizisten ab, als diese ihre Dienstwaffen zogen.
Hochschulpolitische Erfolge gab es für die AfD-nahen Gruppen aber weder in der Vergangenheit, noch sind sie in naher Zukunft in Aussicht. Die Mitgliederrekrutierung hat dennoch funktioniert. David Eckert, Gründer der AfD-Hochschulgruppe Düsseldorf, verließ im Mai 2017 die Universität, war Direktkandidat der AfD in Düsseldorf und wurde im Dezember 2017 in den Vorstand der JA Berlin gewählt. Kurze Zeit später musste er gemeinsam mit anderen Vorstandsmitgliedern zurücktreten. Ihnen wurde eine zu große Nähe zur IB vorgeworfen.

Querelen und neue Gesichter in Hessen



Der Landesverband der hessischen »Alternative für Deutschland« hat sich neu aufgestellt. Im Herbst 2018 stehen Landtagswahlen an.

von Sascha Schmidt

Es war der zweite Versuch des Landesverbandes der »Alternative für Deutschland« (AfD), einen neuen Vorstand zu wählen. Mitte November mussten die Wahlen wegen technischer Probleme verschoben werden. Am 16. Dezember sollte es im mittelhessischen Gießen-Allendorf nun gelingen. Im Vorfeld der Wahlen hatte sich der seit langem gärende Streit zwischen den beiden Landessprechern Peter Münch und Albrecht Glaser zu einer öffentlich ausgetragenen Schlammschlacht entwickelt (s. drr Nr. 167). Die Vorwürfe: Intrigen und Machtbesessenheit. Der Höhepunkt: Zwei Wochen vor der Wahl zeigte Münch seinen Kontrahenten Glaser »wegen des Verdachts der Untreue pp.« an. Hintergrund waren Investitionen in Höhe von rund 200 Millionen D-Mark, die Glaser als Kämmerer der Stadt Frankfurt im Jahr 2000 angelegt hatte. Mit großen Verlusten musste die Stadt die Anlagen wieder verkaufen. Münchs Anzeige wiederum animierte nach Angaben von Rolf Kahnt, Landessprecher Nummer drei, 27 »hohe Funktionäre« zu einem Abwahlantrag gegenüber Münch. Diesem kam Münch mit seinem Rücktritt zuvor – nicht jedoch ohne nachzutreten. Den KandidatInnen für den neuen Landesvorstand warf Münch vor, die »Arbeit als Geschäftsmodell« zu betrachten. »Nach viereinhalb Jahren«, so Münch, »ist die AfD nicht besser als die Altparteien«, »der Zustand noch schlimmer, als in der CDU«. Glaser und Kahnt hatten ihren Rückzug bereits im Vorfeld angekündigt, Glaser mit Verweis auf sein Bundestagsmandat, Kahnt gab an, »amtsmüde« zu sein. Schließlich trennte sich auch dieses Sprecher-Trio, wie gewöhnlich in Hessen, im Streit.

»Alternative Mitte« ohne Bedeutung

Ohne öffentlichen Widerspruch seitens Glaser und Kahnt blieben dagegen Münchs Attacken auf den hessischen Ableger der »Alternativen Mitte« (AM). Die AM versteht sich als »konservativ-bürgerliche« Interessengemeinschaft in der AfD. Die AM Hessen hatte sich Ende Oktober gegründet. An der Versammlung, die symbolträchtig in Oberursel (Taunus) – dem Gründungsort der AfD – stattfand, nahmen jedoch nur 14 der 2.343 hessischen Parteimitglieder teil. Münch hatte die AM als nicht »satzungsgemäß« bezeichnet und Maßnahmen gegen beteiligte Parteimitglieder angekündigt. Nur zehn Tage später legten zwei der drei Sprecher der AM ihre Ämter nieder. Frustriert verblieb, als einziger Sprecher, der Hanauer Rechtsanwalt Walter Wissenbach.

Aufrufe zur Geschlossenheit

Schon zu Beginn des Landesparteitages zeichnete sich ab, dass die Mehrheit der 220 Delegierten weniger an inhaltlichen Debatten als an einer möglichst reibungslosen Neuwahl der Landesspitze interessiert war. Deutlich wurde dies an der Streichung des, vermutlich mit Kontroversen verbundenen, Punktes »Satzungsänderungen« sowie der thematischen Ausrichtung der Reden. Hier dominierten Angriffe auf politische GegnerInnen, Aufrufe zur Geschlossenheit und eine zum Teil herbe Kritik am alten Vorstand. Das Resultat war ein in Gänze neu aufgestellter Landesvorstand. Zudem hatte eine deutliche Mehrheit für die Reduzierung der Posten der LandessprecherInnen, deren StellvertreterInnen sowie der BeisitzerInnen von jeweils drei auf zwei gestimmt.

Andreas Lichert ohne Mehrheit

Zu den Leidtragenden dieses Ergebnisses gehörte auch der bisherige Beisitzer im Landesvorstand, Andreas Lichert. Der im Vorfeld als Landessprecher gehandelte Vorsitzende des neu-rechten »Instituts für Staatspolitik« (IfS) fiel unerwartet und deutlich durch – sowohl bei der Wahl zum Sprecher als auch zum Stellvertreter. Eine Rolle dürfte hierbei die ausgiebige mediale Thematisierung von Licherts Wirken im IfS sowie als Bevollmächtigter eines Hauskaufs in Halle, dessen Räume auch von der »Ein-Prozent«-Initiative und der »Identitären Bewegung« (IB) genutzt werden, gespielt haben. Vor Ort musste sich Lichert nicht nur von Seiten der Presse, sondern auch von Delegierten, Fragen zu seiner Nähe zur IB gefallen lassen. Licherts Wahl wäre, das war vielen der Anwesenden offensichtlich klar, medial als Rechtsruck des Landesverbandes bewertet worden.

»Gemäßigte« Gesichter

Überraschend deutlich wurden Robert Lambrou und Klaus Herrmann als neues Landessprecher-Duo gewählt. Beide verbanden in ihren Reden Kritik an ihren VorgängerInnen mit versöhnlichen Tönen. Lambrou (50), zwei Jahre lang SPD-Mitglied und seit März 2016 Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Wiesbadener Rathaus, gilt ebenso wie das ehemalige CDU-Mitglied Herrmann (57), als gemäßigt. Doch die von beiden geforderte Geschlossenheit der Partei steht offenkundig auch für eine Akzeptanz des extrem rechten Flügels. Lambrou hatte in Bezug auf Lichert ge-





^ *Robert Lambrou und Klaus Herrmann sind die neuen Landessprecher der AfD in Hessen. Stellvertreter wurde Florian Kohlweg von der »Jungen Alternative« (JA) (Bild ganz links, auf der rechten Seite). Weder Sprecher noch Stellvertreter wurde Andreas Lichert vom IfS (Bild in der Mitte, gratuliert Lambrou. Zweiter Sprecher wurde Klaus Herrmann (Ex-Polizist), zu sehen im rechten Bild rechts.*

genüber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) betont: »Die AfD hat verschiedene Strömungen und Flügel. Ich denke, dass wir alle auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.« Diese Haltung kennzeichnete aus Sicht des Wiesbadener Stadtverordneten Wilfried Lüderitz auch Lambrous Fraktion in Wiesbaden. Lüderitz verließ die Partei nach der Bundestagswahl wegen »fehlende[r] klare[r] Abgrenzung der AfD-Fraktion Wiesbaden zu der innerparteilichen Radikalisierung der Bundespartei«. Auch der Abgeordnete Wilfried Bröder verließ die Fraktion. Wiederholt stand die AfD Wiesbaden öffentlich in der Kritik, mal wegen rassistischer Hetze eines Referenten, mal wegen des Aufrufs zur Gründung von »Wehrsportgruppen« durch ein Mitglied. Distanzierungen erfolgten – jedoch stets infolge der öffentlichen Thematisierung.
Auch Herrmann lässt jegliche Distanz gegenüber Lichert, mit dem er im Wetterauer Vorstand sitzt, vermissen. Er sei »froh«, so der ehemalige Kriminalbeamte im Mai 2016, dass Lichert »Vorstandsmitglied ist«. Eine mögliche Zusammenarbeit mit der ebenfalls im Wetterauer Kreistag sitzenden NPD schloss Herrmann zwar aus, stellte bezüglich der NPD jedoch auch klar: »Wenn jemand etwas Wahres sagt, muss man das akzeptieren, auch wenn einem die Partei nicht gefällt.«

»Junge Alternative« rückt nach

Als Stellvertreter der Landessprecher wurden der Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Frankfurter Stadtparlament, Rainer Rahn, und der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Kreistag Kassel, Florian Kohlweg, gewählt. Rahn, langjähriges Mitglied im Stadtparlament für die Fraktionen »Flughafenausbaugegner« und FDP, schlägt im »Römer« regelmäßig aggressive Töne an. Dies brachte ihm Mitte November eine Anzeige wegen »Volksverhetzung« ein. Der 21-jährige Kohlweg ist einer von drei VertreterInnen der »Jungen Alternative« (JA), die in den Landesvorstand gewählt wurden. Als BeisitzerInnen fungieren zukünftig der »gläubige Lutheraner« und Korporierte des »Wingolf Frankfurt«, Maximilian Müger, sowie, als einzige Frau im Landesvorstand, Mary Khan, die Vorsitzende der AfD Rodgau. Khan und Kohlweg wurden Anfang November bereits in den Landesvorstand der JA in Hessen gewählt. Mitgliedern der hessischen JA konnten in der Vergangenheit immer wieder Kontakte zur IB und der »Ein-Prozent«-Initiative nachgewiesen werden (s. drr Nr. 167). Im August stellte das Hessische Innenministerium auf Anfrage im Landtag fest: »Aufgrund der Beobachtung rechtsextremistischer Objekte ist der Landesregierung (...) bekannt, dass vereinzelt Verbindungen in Form von Personenüberschneidungen zwischen rechtsextremistischen Gruppierungen und der ‹Jungen Alternative› bestehen.« Khan sorgte Ende August in Frankfurt für Aufsehen, als sie auf einer Kundgebung mit ihrem Vater und PEGIDA-Redner, Zahid Khan, sowie Raffie Chohan von der »Dutch Defense League« sprach. Die dort anwesenden GegendemonstrantInnen bezeichnete Khan in ihrer Rede als »Faschisten«. Demgegenüber tritt Kohlweg in der Öffentlichkeit eher moderat auf. Doch Distanzierungen von Antisemitismus und Rassismus fallen auch dem Vorsitzenden des Kasseler Kreisverbandes nicht leicht, wie der Fall Klasen zeigt. Gottfried Klasen, Mitglied im Kreisverband Kassel, hatte im Sommer 2016 auf Facebook behauptet, der »Zentralrat der Juden« habe die »politische Kontrolle über Deutschland« inne. Auch warnte er davor, dass sich »edle Menschen« mit anderen »Rassen« vermischen. Die gegen Klasen gemachten Vorwürfe stufte Kohlweg zunächst als »teilweise abstruse Behauptungen« ein. Erst im Mai 2017, infolge weiterer Berichte über Klasen, kündigte er ein Ausschlussverfahren an. Nicht verwunderlich: Konnte doch noch im gleichen Monat im Kreisverband Kassel, vor laufender Kamera des Hessischen Rundfunks, und unter Beteiligung Kohlwegs, wie selbstverständlich über »Rassen« schwadroniert werden.

Zweistellig in den Landtag?

Entgegen ursprünglicher Planungen endete der Parteitag bereits nach einem Tag. Der neue Landesvorstand kündigte die Auseinandersetzung über inhaltliche Fragen für Frühjahr 2018 an. Dann gelte es auch, sich für die im Herbst 2018 stattfindende Landtagswahl aufzustellen. Vollmundig kündete Lambrou in seiner Rede an: »Wir kommen zweistellig – deutlich zweistellig – zu Ihnen in den Hessischen Landtag«. Mehr als 15 Prozent sollen es werden. 11,9 Prozent hatte die AfD in Hessen bei der Bundestagswahl erreicht – und damit das gleiche Ergebnis wie bei den Kommunalwahlen im März 2016. Die öffentlich geführten Auseinandersetzungen haben der Partei offenbar nicht geschadet. Der Einzug der AfD in den hessischen Landtag gilt als sicher. Welches Ergebnis die Partei erzielen wird, dürfte jedoch davon abhängen, wie stark der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen die Partei sein wird.

Hamburg: Grabenkämpfe und Skandale

von Felix Krebs

Es lief in den letzten Monaten nicht gut für den Landesverband der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Hamburg. Erst der antifaschistische Widerstand beim Wahlkampf zur Bundestagswahl, dann bekam der Landesverband kaum Räume für Veranstaltungen und riskierte kritische Begleitung bei Infotischen. Das Wahlergebnis mit 7,8 Prozent war das schlechteste im Ländervergleich, die Wahlparty musste wegen spontanen Protests vorzeitig abgebrochen werden. Und dann ging noch der fähigste Kopf aus Hamburg nach Berlin. Das war der Startschuss für weitere Probleme und eine parteiinterne Schlammschlacht.

Weggang

In den Berliner Reichstag zog der frühere Landes- und Fraktionschef Bernd Baumann ein, der als einer der wenigen vorzeigbaren Köpfe und über alle Lager hinweg als akzeptiert gilt. Nun ist er Geschäftsführer der Bundestagsfraktion. Jens Eckleben begleitet ihn als parlamentarischer Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Der Ex-Beisitzer im Landesverband ist zwar nicht so eloquent und klug wie Baumann, dafür aber im Netz und auf der Straße einer der fleißigsten Aktivisten. Zeitgleich erklärte der Abgeordnete Joachim Körner seinen Austritt aus der Fraktion zum Ende des Jahres. Dann verkündete Nachwuchsstar Delphine Thiermann (s. drr Nr. 167) medienwirksam ihren Austritt aus der AfD – wegen angeblich erst jetzt bemerkter Rechtstendenzen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Austrittserklärung eine Taktik der Jurastudentin ist, um Imagepflege für eine angestrebte Karriere zu betreiben. Thiermann hinterlässt eine Lücke insbesondere für die wenigen Frauen der AfD und die »Junge Alternative« (JA).

Machtkämpfe

Währenddessen tobte vor dem Landesparteitag am 25. und 26. November innerparteilich schon munter der Kampf um die zukünftige Parteispitze. Der frühere Parteichef und Ko-Fraktionschef Jörn Kruse ist zwar mit seinem hanseatischen Understatement ein Liebling der Medien, jedoch nicht der Partei. Hier wurde er schon 2015 abgewählt, weil er zu viel Kritik an den eigenen Leuten geübt hatte. An vorzeigbarem Personal blieben somit nur der Ex-«Schill-Partei«-Mann und kurzzeitige Innensenator Dirk Nockemann sowie der Rechtsanwalt Alexander Wolf aus der völkischen »Burschenschaft Danubia«. Ko-Fraktionschef Wolf hatte zum 8. Mai 1994 ein bisher unbekanntes Liederbuch namens »Schlachtruf – Nationale Lieder« mit mehreren Neonazi-Songs herausgegeben, mit einer geschichtsrevisionistischen Einleitung versehen und darin die in Deutschland verbotene Hitler-Jugend-Hymne in leicht veränderter Form abgedruckt. Innerparteiliche GegnerInnen von Wolf stachen dieses Buch kurz vor dem Parteitag an die Medien durch und sorgten damit für einen Skandal. Der Rechtsanwalt gilt als fleißig und eloquent im Auftreten. Er verfügt durch seine knapp 30-jährige Sozialisation im burschenschaftlichen Milieu, seine kurzzeitige Tätigkeit für den »Republikanischen Hochschulverband« und die »Junge Freiheit« sowie durch familiäre Bezüge im völkischen Milieu über eine umfassende ideologische Vorbildung und bundesweite Kontakte.

Zum Landesvorsitz kandidierte des Weiteren die Ex-Schatzmeisterin Nicole Jordan, doch hatte sie wenig Chancen. Ihr wird innerparteilich Faulheit vorgeworfen und außerdem klagt sie momentan vor dem Arbeitsgericht gegen ihren Chef Kruse. Da sie Parteigängerin von Nockemann ist, muss sowohl ihr Gerichtsprozess als auch die Schlammschlacht zwischen Nockemann und Wolf als Machtkampf um die Parteispitze interpretiert werden. Zwar schlugen sich Kruse und Baumann öffentlich auf die Seite von Wolf, doch war dieser nun nicht mehr als Parteivorsitzender haltbar und verlor mit 54 zu 74 Stimmen. Der Wahl ging eine hitzige Debatte beim Parteitag voraus, von der die Medien ausgeschlossen worden waren. Öffentlich hatte Kruse zuvor seinem langjährigen Gegner und neuen Landesvorsitzenden Nockemann Verbalradikalität vorgeworfen und erklärt, dieser habe abgesehen von der Innenpolitik politisch nicht gerade viel Ahnung.

Sein und Schein

In seiner Rede beim Landesparteitag rief Ex-Chef Baumann seinen Verband schon fast verzweifelt zu Geschlossenheit auf. Die Streitigkeiten dürften aber weitergehen: Im Vorfeld des Bundesparteitages stand zum Beispiel die Frage an, ob die Hamburger AfD ehemalige Lucke-AnhängerInnen wieder weitgehend ungeprüft aufnehmen wolle. Das Hauen und Stechen kann allerdings nicht so einfach als der Kampf eines völkischen Höcke- gegen ein konservatives Lager interpretiert werden. Das einzige »Der-Flügel«-Mitglied auf Funktionärsebene ist der Abgeordnete Ludwig Flocken, der jedoch wegen zu eindeutig rassistischer Reden die Fraktion schon vor zwei Jahren verlassen hatte. Eine Landesgruppe der »Alternativen Mitte« gibt es in der ehemaligen Lucke-Hochburg Hamburg auch nicht. Und die immer noch als gemäßigt verkauften Spitzenmänner Baumann und Kruse haben sich in Sachen NPD-Verbot, Beleidigung von Aydan Özoğuz, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, und jüngst im Skandal um das Wolfsche Liederbuch eher rechts positioniert.

Durch die Grabenkämpfe scheint der Landesverband so gelähmt, dass die politische Arbeit fast brachliegt und er ausschließlich negative Schlagzeilen produziert. Zu allerletzt dadurch, dass der ehemalige NPD-Spitzenkandidat Björn J. Neumann mit offen erklärter Ankündigung für den Bundesvorstand der AfD kandidierte. Er ist trotz Unvereinbarkeitsbeschluss seit über vier Jahren immer noch Mitglied der Hamburger AfD. Bemerkt hatte dies angeblich niemand.

Zwar sind viele Probleme des Hamburger Landesverband hausgemacht, der ständige Druck durch Antifa und Zivilgesellschaft dürfte allerdings die Probleme noch verschärft haben. Landesverband und Fraktion sind weitestgehend isoliert, finden kaum noch Räume und dürften sowohl auf WählerInnen, erst recht jedoch für AktivistInnen wenig attraktiv wirken. Karrierechancen gibt es auf dem Hamburger Ticket momentan kaum. Ob Baumann jemals zurückkommt und Kruse 2020 für eine zweite Legislaturperiode kandidiert, bleibt zweifelhaft. Und ohne diese sähe es dann noch düsterer aus.

Alle Jahre wieder Remagen

Remagen. Am 19. November 2017 haben Neonazis erneut einen Gedenkmarsch zum ehemaligen Gefangenenlager der Alliierten, auch als »Rheinwiesenlager« bekannt, durchgeführt. Nach Polizeiangaben fanden sich etwa 200 Neonazis, hauptsächlich aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ein, um eine »Totenehrung« abzuhalten. Angeführt wurde der Aufmarsch von Ralph Tegethoff. Neben Tegethoff sprachen Sven Skoda und Christian Häger, die bis vor kurzem noch wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Körperverletzung und Sachbeschädigung vor Gericht standen. Beide gehörten dem »Aktionsbüro Mittelrhein« an. Der Prozess gegen die »Freie Kameradschaft« war Ende Mai wegen »überlanger Verfahrensdauer« geplatzt. Im Dezember wurde bekannt, dass das Verfahren neu aufgerollt werden soll. Der Aufmarsch fand zum neunten Mal statt, etwa 350 Menschen protestierten unter anderem mit einem historischen Gedenkspaziergang, einer Gegendemonstration und einem Gottesdienst gegen die Neonazis.

Preisverleihung

Berlin. Am 28. November 2017 haben etwa 300 Personen an der Verleihung des »Gerhard-Löwenthal-Preis« der neu-rechten Zeitung »Junge Freiheit« und der Förderstiftung »Konservative Bildung und Forschung« in Berlin-Spandau teilgenommen. Chefredakteur Dieter Stein leitete durch den Abend, unter den Gästen waren zahlreiche AfD-Abgeordnete, darunter Beatrix von Storch und Martin Hohmann. Den mit 10.000 Euro dotierten Hauptpreis bekam die pakistanisch-österreichische Aktivistin Sabatina James, die sich mit einer Videobotschaft bedankte. Bruno Bandulet, der früher für »Die Welt« schrieb und heute im »Kopp-Verlag« publiziert, erhielt den Preis für sein Lebenswerk. Der Preis, der nach dem ZDF-Journalisten Gerhard Löwenthal benannt ist, wird seit 2004 vergeben, frühere PreisträgerInnen waren unter anderen die Antifeministin Birgit Kelle und Ellen Kositza, Redakteurin der neu-rechten »Sezession«.

Franco A. freigelassen

Am 29. November 2017 hat der Bundesgerichtshof den Haftbefehl vom 24. Oktober gegen Franco A. aufgehoben. Der ehemalige Bundeswehrsoldat saß seit April 2017 in Untersuchungshaft. Ihm wurde vorgeworfen, Anschläge auf linke PolitikerInnen und Personen des öffentlichen Lebens geplant und sich dafür eine Waffe und eine Tarnidentität als syrischer Geflüchteter zugelegt zu haben. Nach Ansicht des dritten Senats des Bundesgerichtshofes besteht nach dem »derzeitigen Stand der Ermittlungen kein dringender Tatverdacht«, heißt es in dem Beschluss.

Prozesse in Sachsen

Dresden / Leipzig. Im Zusammenhang mit dem Neonazi-Angriff am 11. Januar 2016 im Leipziger Stadtteil Connewitz wurden die ersten beiden – noch nicht rechtskräftigen – Urteile gesprochen. Weitere sechs Anklagen wurden erhoben. Das geht aus einer Antwort des Justizministers auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Juliane Nagel (»Die Linke«) hervor. Die Mehrheit der 216 Verfahren sei noch nicht abgeschlossen, heißt es dort. Zwei Beteiligte müssen voraussichtlich 2018 auch in Leipzig vor Gericht antreten. Insgesamt hatten sich am ersten Jahrestag des LEGIDA-Aufmarsches vor zwei Jahren mehr als 200 Neonazis konspirativ verabredet, um den linken Stadtteil Connewitz anzugreifen. Bei dem Überfall wurden zahlreiche Wohnhäuser, Autos und Geschäfte zerstört. Die Polizei hatte 215 der beteiligten Neonazis kurz darauf festgesetzt.

»Compact«-Konferenz

Leipzig. Am 3. Dezember 2017 hat das Magazin »Compact« erneut seine »Konferenz für Souveränität« ausgerichtet. Veranstaltungsort war der Eventpalast Leipzig an der Alten Messe. Bei dem Treffen sollte unter dem Motto »Opposition heißt Widerstand« die Vernetzung zwischen rechten Bewegungen, Initiativen und PolitikerInnen vorangetrieben werden. Laut Angaben der VeranstalterInnen nahmen etwa 800 Personen teil, darunter auch PEGIDA-Initiator Lutz Bachmann. Oliver Hilburger, Ex-Gitarrist einer Neonazi-Band und heute Daimler-Betriebsrat. Weiterhin traten als Redner neben »Compact«-Chefredakteur Jürgen Elsässer der Thüringer Fraktionschef der »Alternative für Deutschland«, Björn Höcke, und Martin Sellner von der »Identitären Bewegung Österreich« auf. Einer der führenden Köpfe der »Identitären Bewegung Berlin-Brandenburg«, Robert Timm, wurde mit dem Preis »Held des Widerstands« ausgezeichnet, den er der gesamten »Identitären Bewegung« widmete. Die Konferenz fand zum sechsten Mal statt. Der Vermieter der Räumlichkeiten gab an, bei der Anmietung getäuscht worden zu sein und will rechtliche Schritte einleiten. Etwa 350 Menschen der Initiative »NoCompact« demonstrierten vor dem Veranstaltungsort.

Winterakademie Nummer 18

Schnellroda. Vom 19. bis 21. Januar 2018 veranstaltete das »Institut für Staatspolitik« (IfS) seine diesjährige »Winterakademie« unter dem Motto »Wirtschaft: Hegung und Entgrenzung«. Neben bekannten Autoren der »Sezession« wie Erik Lehnert, Michael Wiesberg und Benedikt Kaiser sind Prof. Dr. Lothar Fritze vom »Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden« und Michael Beleites, ehemaliger Akteur der Umweltbewegung in der DDR, eingeladen. Damit befindet sich das IfS im Fahrwasser diverser anderer rechter Akteure, die sich dem Thema Ökonomie widmen und versuchen, in Betriebsräten Fuß zu fassen. So sollte auch die Kampagne »Werde Betriebsrat!« von »Ein Prozent« vorgestellt werden. Gleich zwei Beiträge sollten sich mit Karl Marx beschäftigen. Ohne Berücksichtigung des Mitautors des »Manifest der Kommunistischen Partei« kann auch das IfS nicht entlang der »Ökonomie« tagen.

An einer Gegendemonstration nahmen rund 100 Personen teil.

Plädoyers der Nebenklage im NSU: einig, tiefschürfend, berührend



Seit dem 15. November 2017 plädieren die NebenklagevertreterInnen und die NebenklägerInnen im NSU-Prozess. Bis zur Weihnachtspause am 21. Dezember konnte die große Mehrzahl von ihnen ihre Plädoyers halten.

von Björn Elberling

Dass es nach dem Ende des Plädoyers der Bundesanwaltschaft über zwei Monate gedauert hatte, bis die Nebenklage beginnen konnte, lag vor allem an Verzögerungstaktiken der Verteidigung des Angeklagten André Eminger, der nach dem Plädoyer der Bundesanwaltschaft in Untersuchungshaft genommen worden war. Als die Plädoyers dann endlich begonnen hatten, wurden sie mehrfach von Interventionen der Verteidigung unterbrochen. Vor allem Wolfgang Heer, Wolfgang Stahl und Anja Sturm, die VerteidigerInnen von Beate Zschäpe, meinten bestimmte Themen wie etwa institutioneller Rassismus in den Polizeibehörden dürften im Plädoyer nicht erwähnt werden. Die Nebenklage stellte sich diesen Versuchen klar entgegen – Mehmet Daimagüler, den viele ihrer Interventionen trafen, formulierte eindeutig: »Was ich hier vortrage, ist die ungefilterte Sicht der Überlebenden des NSU, meiner Mandanten. Sie werden diese Stimmen nicht zum Schweigen bringen.« Alle Beanstandungen wurden auch vom Gericht in klaren Beschlüssen zurückgewiesen, dennoch versuchten es Heer, Stahl und Sturm immer wieder. Schon der Versuch, einem anderen Beteiligten den Inhalt seines Plädoyers vorschreiben zu wollen, ist ein strafprozessualer Tabubruch. Zudem wollten hier die VerteidigerInnen augenscheinlich allein ihre eigenen Vorstellungen durchsetzen, handelten sogar objektiv gegen die Interessen ihrer Mandantin – denn für diese könnten sich die fehlerhaften Ermittlungen der Polizei und die Verstrickung des Verfassungsschutzes gegebenenfalls sogar strafmildernd auswirken.

Eine Verteidigungsrede und zwei Distanzierungen

Teile der Presse verbreiteten gegen Ende der Plädoyers die These, die Nebenklage sei stark zerstritten. Sie bezogen sich vor allem auf die absurden Plädoyers dreier NebenklagevertreterInnen: Ralf Wohlleben gehöre nicht auf die Anklagebank; es gebe keinen Rassismus in den Ermittlungsbehörden; das eigentliche Problem seien diejenigen, die das immer wieder behaupteten; die NebenklagevertreterInnen hätten ihren MandantInnen den Wunsch nach weiterer Aufklärung ausreden müssen – diese und ähnliche, noch steilere Thesen wurden dort vertreten. Dass diese drei Personen eindeutig nicht für die Mehrzahl der NSU-Überlebenden sprechen, wurde schnell klar: Im ersten Fall kündigte die Nebenklägerin ihrer Rechtsanwältin mit den Worten »vielen Dank, dass ich als Showbühne benutzt wurde für Ihre eigenen Interessen« das Mandat, der zweite Anwalt vergaß vor lauter Abgrenzungsbemühungen auch nur mitzuteilen, welchen Nebenkläger er überhaupt vertritt. Der letzte teilte mit, er habe das Plädoyer seinem Mandanten schriftlich vorgelegt – was natürlich schwer nachzuprüfen ist.

Und tatsächlich zeigte sich anhand der anderen Plädoyers, dass diese drei die Ausnahme sind, welche die Regel bestätigt: Die Nebenklage ist, bei allen Unterschieden in der Nuancierung und Betonung, ansonsten sehr einig und so wurden auch immer wieder dieselben Aspekte beleuchtet.

Netzwerk NSU, Rassismus, Verfassungsschutzes

Auf der einen Seite stehen die Aspekte, die von VertreterInnen der Nebenklage schon im Verfahren immer wieder betont wurden, weil sie die These der Bundesanwaltschaft von der isolierten Dreier-Zelle nicht teilen. Zu klar die Verwurzelung der NSU-Kernmitglieder in der breiteren Neonazi-Szene, zu versteckt und für Ortsunkundige kaum als Anschlagsziel erkennbar viele der Tatorte. Alexander Hoffmann stellte dar, dass die Ideologie des NSU und die der UnterstützerInnen aus NPD, »Thüringer Heimatschutz«, »Blood & Honour« und »Hammerskins« letztlich an der Behauptung vom drohenden »Volkstod«, vom kommenden »Racial Holy War« zusammenlaufen – und darin auch Gemeinsamkeiten mit den »Umvolkungs«-Phantasien von Höcke, Gauland und Co. haben.

Von vielen attackiert wurde auch der Verfassungsschutz, der trotz vieler V-Leute im Umfeld des Trios und klarer Möglichkeiten, der Untergetauch-

< Keupstraße, Aktionstag am 20. Januar 2015

ten habhaft zu werden, keine relevanten Informationen an die Polizeibehörden weitergegeben hatte, der nach 2011 Akten vernichtet hatte und dessen V-Männer und V-Mann-Führer vor Gericht extrem unglaubhafte Aussagen gemacht hatten. So stellte Sebastian Scharmer anhand eines Schaubildes dar, wie viele V-Leute im Umfeld des NSU tätig waren – am Ende standen dabei über 30 Namen beziehungsweise Decknamen. Und Antonia von der Behrens verknüpfte in einer historischen Darstellung von den frühen 1990ern bis hin zum 4. November 2011 jeweils die beiden Themen »Kontakte des NSU zur weiteren Neonazi-Szene« und »Wissen und Nicht-Handeln des Verfassungsschutzes«. Besonders thematisiert wurde die Rolle des Inlandsgeheimdienstes natürlich im Plädoyer der Nebenklage Yozgat, da VS-Mitarbeiter Andreas Temme während des Mordes an Halit Yozgat am Tatort gewesen war und völlig unglaubhaft abgestritten hat, etwas mitbekommen zu haben. Ismail Yozgat, der Vater von Halit Yozgat, wies das Gericht eindrücklich darauf hin, dass der Agent Temme lüge, und Alexander Kienzle erläuterte die »beihilfenahen Verstrickungen« des Verfassungsschutzes im Einzelnen.
Ebenfalls von vielen auf- und angegriffen wurde die Tatsache, dass die Polizei die Ermittlungen ausschließlich gegen die Betroffenen selbst geführt hatte – trotz klarer Hinweise auf »deutsche«, rassistisch motivierte Täter. So stellte etwa Carsten Ilius einerseits dar, wie viel zusätzliches Leid diese Ermittlungen im Falle des Mordes an Mehmet Kubaşik der Familie zufügten, und andererseits auch, wie viele klare Hinweise auf rassistische Täter es gab und wie breit und militant die Dortmunder Neonazi-Szene, aus der sich mögliche UnterstützerInnen rekrutiert haben könnten, aufgestellt war. Mit Blick auf die Keupstraße, wo die Ermittlungen und die begleitende Medienberichterstattung als »Bombe nach der Bombe« bekannt wurden, formulierte Stephan Kuhn klar: »Für die erste Bombe (…) trägt die Verantwortung der NSU, für die zweite trägt sie der deutsche Staat.« Abschließend stellte er fest: »Der NSU-Komplex zeigt uns beide Formen und wie sie zueinander in Beziehung stehen: Zum einen die individuelle Form des Rassismus, die die hiesigen Angeklagten verkörperten und verkörpern, der sich in offen rassistischen Aktionen und Handlungen gegen einzelne Personen oder Gruppen offenbart. Zum anderen sind es die Handlungen oder Unterlassungen der Gesellschaft gegenüber ebenjenen Minderheiten, die den offenen Rassismus flankieren und so seine Macht und Bedeutung steigern. ‹Aktion Dönerspieß› (die Bezeichnung des NSU für den Nagelbombenanschlag) und ‹Dönermorde› gehen nicht nur sprachlich Hand in Hand.«

Zu den Angeklagten

Dass die fünf Angeklagten in München wegen aller Taten in der Anklage zu verurteilen sind, darauf verloren die NebenklagevertreterInnen wenige Worte – hierzu hatte die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer auch alles Nötige gesagt. Dennoch nutzten einige die Gelegenheit, sich zu den Angeklagten, vor allem zu Beate Zschäpe und ihren Einlassungen zu äußern. Eberhard Reinecke und andere nahmen anhand konkreter Beispiele die Zschäpes Einlassung auseinander und zeigten, dass sie durch die Beweise widerlegt ist. Kiriakos Sfatkidis charakterisierte das Zschäpes Prozessverhalten treffend als »Griff in die Lisa-Dienelt-Trickkiste« (Lisa Dienelt war Zschäpes Deckname). Mehrere appellierten an die Angeklagte, ihr tatsächliches Wissen zu offenbaren. Gamze Kubaşik, die Tochter von Mehmet Kubaşik, versprach ihr sogar, sich in diesem Fall für eine geringere Mindestverbüßungsdauer bei der zu erwartenden lebenslangen Freiheitsstrafe einzusetzen. Und es wurde auch immer wieder klar, was alles nicht aufgeklärt wurde – nur ein Beispiel: Eberhard Reinecke stellte nach einer Analyse der Kommunikationsstrategie des NSU die These auf, der NSU habe 2011 einen großen, möglicherweise antisemitischen Anschlag geplant, was angesichts der Beweismittel durchaus plausibel ist, obwohl in diese Richtung anscheinend überhaupt nicht ermittelt wurde.

Die NSU-Überlebenden ergreifen das Wort

Sehr berührend waren die Momente, in denen die Familienmitglieder der Ermordeten und die Verletzten der Bombenanschläge selbst das Wort ergriffen, entweder persönlich im Gerichtssaal oder über ihre AnwältInnen. Sie richteten sich einerseits an das Gericht und die Bundesanwaltschaft – so zog Ayşe Yozgat ein bitteres Fazit zu ihren Hoffnungen auf Aufklärung des Mordes an ihrem Sohn Halit: »Sie waren meine letzte Hoffnung und mein Vertrauen, aber ich sehe, dass bei Ihnen auch kein Ergebnis herauskommt. Sie haben wie Bienen gearbeitet, aber keinen Honig produziert.« Gamze Kubaşik bezog sich auf das Aufklärungsversprechen der Bundeskanzlerin und warf der Bundesanwaltschaft vor: »Sie haben vielleicht viel dafür getan, dass diese fünf hier verurteilt werden. Aber was ist mit den ganzen anderen? Ich glaube nicht daran, dass Sie noch irgendwann jemanden anderes anklagen. Für Sie ist die Sache doch hier abgeschlossen.(…) Sie haben das Versprechen gebrochen!«
Marcel Matt richtete aus, sein Mandant, ein Verletzter aus der Keupstraße, habe volles Vertrauen, dass das Gericht »für all die Traumata, die Verletzungen, die Angst und den Schrecken, dafür, dass Schwestern und Brüder plötzlich ohne ihre geliebten Geschwister waren, dafür, dass Väter und Mütter plötzlich ohne ihre geliebten Kinder leben mussten, dafür, dass geliebte Kinder plötzlich ohne ihre geliebten Väter aufwachsen mussten, für die große Trauer, das fast unendliche Leiden, das unermessliche Leid der vom sog. NSU und seiner Unterstützer Betroffenen (…) jeweils angemessenen Strafen für die Angeklagten finden« werde.
Und die Überlebenden richteten sich auch direkt an die Angeklagten, um das ihnen angetane Leid auszudrücken, aber auch, um ihnen zu sagen, der NSU sei trotz allen Leids gescheitert. Ayşe Yozgat an Zschäpe: »Können Sie einschlafen, wenn Sie Ihren Kopf auf das Kissen legen? Ich kann seit elf Jahren nicht einschlafen, denn ich vermisse meinen Sohn so sehr. Was haben Sie dadurch erreicht? (…) Gab es überhaupt Gott bei Ihnen?« Elif Kubaşik, die Witwe von Mehmet Kubaşik, fasste die Folgen des Mordes für sie zusammen in dem Satz »Mein Herz ist mit Mehmet begraben«. Trotzdem erteilte sie, die sich als »Kurdin, Alevitin, Dortmunderin, deutsche Staatsangehörige« vorgestellt hatte, dem NSU und seinen UnterstützerInnen am Ende die klare Ansage: »Die, die das gemacht haben, die diese Taten begangen haben, sollen nicht denken, weil sie neun Leben ausgelöscht haben, dass wir dieses Land verlassen werden. Ich lebe in diesem Land, und ich gehöre zu diesem Land. Ich habe zwei Kinder in diesem Land zur Welt gebracht, und mein Enkel Mehmet ist hier zur Welt gekommen. Wir sind ein Teil dieses Landes, und wir werden hier weiterleben.«

Björn Elberling ist Rechtsanwalt und Nebenklagevertreter im NSU-Prozess. Zusammen mit Rechtsanwalt Alexander Hoffmann betreibt er das Blog www.nsu-nebenklage.de, auf dem sie über jeden Prozesstag auf Deutsch, Türkisch und Englisch berichten.

Strukturentwicklung auf dem Lande

Neonazis gründen in Mecklenburg-Vorpommern eine Immobilien-Genossenschaft

von Lisa Krug

Nahezu unbemerkt gründeten Mitglieder der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) sowie deren Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) im Sommer 2016 die »Mecklenburg-Vorpommersche Strukturentwicklungs-Genossenschaft eG«. Mit dem Zweck der Förderung sozial- und strukturschwacher Regionen wird die extrem rechte Genossenschaft genügend Ansatzpunkte finden, um eigene private Lebensräume zu schaffen und rechte Ideologien gerade im ländlichen Raum weiter zu verbreiten.

Mehr Graswurzelarbeit

Ein verpasster Wiedereinzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und ein gescheitertes NPD-Verbotsverfahren – die vergangenen zwei Jahre waren für die Partei im Bundesland turbulent und prägend. Gerade nach dem Verbotsverfahren im Januar 2017 hätte man ein Comeback der Partei auf den Straßen und in den Kommunalparlamenten erwartet, doch das Gegenteil ist der Fall. Die Parteimitglieder scheinen sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen zu haben. Der NPD-Kreisverband Westmecklenburg ist verschwunden. Außerdem hat der NPD-Personenschützer David Böttcher seine Mandate im Kreistag Nordwestmecklenburg und in der Stadtvertretung Grevesmühlen niedergelegt. Außer den jährlichen festen Terminen zum 1. Mai und 8. Mai, bei denen die Aufmärsche auch schon mal kämpferischer waren, und dem Stralsunder NPD-Kinderfest im September, fanden nicht einmal zu den Bundestagswahlen 2017 öffentlich wahrnehmbare größere Veranstaltungen statt. Doch der Schein des Rückzugs aus der Öffentlichkeit trügt. Die Mitglieder sind nicht etwa in eine Massenlethargie verfallen, sondern haben ihre politische Arbeit neu fokussiert. Erste Anzeichen für eine Umorientierung gab es bereits kurz nach den verlorenen Landtagswahlen im September 2016. Der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN), Sebastian Richter, kündigte kurz nach dem verpassten Wiedereinzug an, die JN-Bundesführung werde der Thematik ‹Siedler auf dem Lande› und ‹Graswurzelarbeit› mehr Gewicht geben. Auf der Titelseite des JN-Blatts »Der Aktivist« posierte er vor einem Traktor und warf die Frage auf: »Treckersitz oder Parlamentssessel?« Zu diesem Zeitpunkt war bereits die »Mecklenburg-Vorpommersche Strukturentwicklungs-Genossenschaft eG« (MVSE) von Mitgliedern der NPD, JN und ehemaligen Angehörigen der 2009 verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) gegründet worden.

Vom Kader zum Genossen

Der in Jamel wohnende NPDler und Schweißfachingenieur Tino Streif lud am 15. Juli 2016 zur Gründungsversammlung der MVSE im Neonazi-Treffpunkt »Thinghaus« in Grevesmühlen ein. Zugleich übernahm Streif die Funktion als Versammlungsleiter. Das »Who's Who« der NPD-Nachwuchskaderschmiede fand sich an diesem Tag in der Kleinstadt ein. Neben NPD-Funktionären wie David Petereit und Hannes Welchar waren auch ehemalige Kader der verbotenen HDJ, etwa Alf Börm und Ragnar Dam, oder von der »Dorfgemeinschaft Jamel«, darunter etwa Sven Krüger und Steffen Meinecke, anwesend. Insgesamt umfasst die Liste 23 Gründungsmitglieder, die alle aus Verbindungen zu einschlägig neonazistischen Strukturen bekannt sind. Gemeinsam mit Andreas Kolb (JN) erklärte der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete David Petereit nach Eröffnung der Versammlung das Gründungsvorhaben der Genossenschaft mit Sitz im »Thinghaus«. In den Aufsichtsrat wurden die NPD-Funktionäre Klaus Streif, Torgai Klingebiel und David Petereit gewählt. Der ehemalige NPD-Kreistagsabgeordnete aus Lübtheen, Torgai Klingebiel, übernimmt die Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender. Als sein Stellvertreter fungiert der Maurermeister und NPD-Gemeindevertreter in Bobitz, Klaus Streif. Die Aufgabe als Schriftführer übernimmt David Petereit. Petereit, Inhaber des Neonazi-Versandes »Levensboom«, machte in jüngster Vergangenheit auf sich aufmerksam, als er mit der Terrororganisation »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) in Verbindung gebracht wurde. Das Bundeskriminalamt hatte im Mai 2012 einen 2002 erstellten Brief des NSU in seiner Wohnung gefunden. Im gleichen Zeitraum erschien im Szenemagazin »Der Weiße Wolf«, an dessen Herausgabe David Petereit beteiligt war, eine Grußbotschaft: »Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht weiter …« Zum ersten Mal wurde hier das Kürzel NSU publik gemacht.
Der Aufsichtsrat bestellte einstimmig den Vorstand der Genossenschaft. In den Vorstand wurden Tino Streif, der aus Süddeutschland stammende JN-Kader Andreas Kolb sowie der eher unauffällige Projektmanager Andreas G. gewählt.

Eigene Strukturen stärken

Die MVSE soll die Strukturen in den eigenen Reihen aufbauen und stärken: »Zweck der Genossenschaft ist die Förderung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Belange ihrer Mitglieder (…) durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb.« Weitere Aufgaben der Genossenschaft sind »die Schaffung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Wohn- und Gewerberäumen« sowie »die Unterstützung bei Unternehmensgründungen und der Erhalt von bestehenden Unternehmen«. Hierfür kann die Genossenschaft Grundstücke und Gebäude erwerben, errichten oder bewirtschaften. »Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallende Aufgaben übernehmen.« Einschränkungen auf eine bestimmte Art von Einrichtungen werden dabei nicht getroffen. Finanziert wird das Vorhaben mit den Geschäftsanteilen der Mitglieder. Jedes Mitglied muss sich mit einem Anteil von mindestens 500 Euro einbringen; dieser kann bei Bedarf auf bis zu 50.000 Euro erhöht werden. Auch das Einbringen von Sachmitteln wird nicht ausgeschlossen. Des Weiteren müssen die Mitglieder ein Eintrittsgeld zahlen, wobei die Höhe »vom Vorstand und Aufsichtsrat nach gemeinsamer Beratung beschlossen« wird. Finanziell ist die MVSE damit stabil aufgestellt. Gut ein Jahr nach dem offiziellen Eintrag ins Handelsregister ist die Genossenschaft öffentlich noch nicht in Erscheinung getreten. Auch der Webauftritt gibt nicht viel Aufschluss über ihren Zweck. Neben dem Slogan »Alle für eine Idee!« und dem Kreuzknoten als deren Logo erhält man lediglich Informationen zum Vorstand, dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Sitz im »Thinghaus«. Außerdem ist ein Online-Formular für MitgliedschaftsinteressentInnen zum Download bereit gestellt.

Erste Ansatzpunkte

Die MVSE soll bereits erste Ansatzpunkte zum Erfüllen der auferlegten Aufgaben gefunden haben. Unter den Mitgliedern befinden sich etliche Unternehmer und Selbstständige, die die in der Satzung formulierte Unterstützung für ihre Unternehmen nutzen können. Dies erscheint notwendiger denn je: Nachdem Gelder durch das Ausscheiden der NPD aus



dem Landtag weggefallen sind, sehen sich einige NPDlerInnen wieder gezwungen, ihren eigentlichen Berufen nachzugehen. Eines der Gründungsmitglieder ist der NPDler Steffen Meinecke. Der Jameler ist Inhaber des Unternehmens »Ostsee Hüpfburgen« und hat mittlerweile Referenzen vorzuweisen, die von den völkisch-nationalen Brauchtumsfeiern in Jamel bis hin zum Osterfeuer der Freiwilligen Feuerwehr Wismar-Altstadt reichen. Auch der einschlägig bekannte Neonazi Sven Krüger ist Unternehmer. Seine Firma »Abriss Krüger – die Jungs fürs Grobe« wurde aufgrund eines zerschlagenen Davidsterns in ihrem Logo bekannt. Der Aufsichtsratsvorsitzende und ehemaliges NPD-Kreistagsmitglied Torgai Klingebiel besitzt in Lübtheen einen Malerbetrieb. Auch der Vorstandsvorsitzende Tino Streif ist erst seit kurzem als freiberuflicher Schweißfachingenieur tätig. Die Genossenschaft kann für sie und auch für andere InhaberInnen von Unternehmen den Kauf von Immobilien oder anderweitige Förderungen übernehmen.
Welche Bedeutung solchen Vorhaben zukommt, zeigt auch die Existenz von Immobilien, die seit Jahren in Besitz extrem rechter Strukturen sind – fernab des bundesweit bekannten »Thinghauses« in Grevesmühlen. Der ehemalige Dorfkonsum in Klein-Belitz wurde wiederholt im Verfassungsschutzbericht für 2016 erwähnt. Die Immobilie dient laut Verfassungsschutz dem NPD-Kreisverband Mecklenburg-Mitte als Treffpunkt, bei dem der MVSE-Schriftführer David Petereit der Vorsitzende ist. 2016 veranstaltete die NPD-Jugendorganisation dort ihr Wahlkampflager. Bereits ein Jahr zuvor kam das Objekt aufgrund eines verbotenen Rechts-Rockkonzertes in die Lokalpresse. Auch in Jamel, das seit Jahrzehnten von Neonazi-BewohnerInnen dominiert wird, ist noch nicht alles ausgebaut. Es gibt Bauplanungen für die Sanierung und den Ausbau eines baufälligen Gebäudes auf dem Privatgrundstück von Sven Krüger.
Gerade in den strukturschwachen Regionen und den vergessenen Orten, von denen es im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern etliche gibt, werden InvestorInnen, die Höfe und Immobilien erwerben, mit offenen Armen empfangen. Es sollte der MVSE also nicht schwer fallen, geeignete Gebäude und Höfe für ihre Vorhaben zu finden. Vor allem auch baufällige Objekte, die in den Speckgürteln größerer Städte liegen, könnten zukünftig in das Blickfeld der rechten Genossenschaft geraten.

Landflucht-Revival

Die Idee, eine eigene Gesellschaft auf dem Lande aufzubauen, um sich dort ideologisch zu verankern, ist nicht neu. Seit Jahrzehnten versuchen völkisch-nationale Siedlerbewegungen mit ihrer eigenen Gegenkultur und Volksgemeinschaft im ländlichen Raum Fuß zu fassen. Vor allem in der Region Mecklenburgische Schweiz ist ihnen dies zum Teil auch gelungen. Nicht nur, dass die Wohndichte an Siedlerfamilien, die zum Beispiel dem »Sturmvogel – Deutscher Jugendbund« oder den »Ludendorffern« angehören, relativ hoch ist, es existiert auch ein Siedlungsprojekt in Koppelow. In den 1930er Jahren kauften Anhänger des »Bund Artam e. V.« das bankrottgegangene Gut in Koppelow. Noch heute wird der Hof von Neo-Artamanen bewohnt und bewirtschaftet, die dort nahezu ungestört ihre völkisch-nationalen Brauchtumsfeiern abhalten und ihre Gesinnung pflegen können. In anderen extrem rechten Strukturen zeichnet sich ebenfalls der Trend ab, das Vorantreiben ländlicher Strukturentwicklung in den Fokus ihrer politischen Arbeit zu rücken. Das identitäre Projekt »Ein Prozent« stellte Ende November 2017 ihre AG »Netzwerk Landraum« vor. Ziel der AG ist »die Stärkung des ländlichen Raumes«, der »maßgeblich für den Identitätsgehalt des Ganzen« sei. Ausgewählt wurden fünf Modellregionen, in denen die sogenannten »Pioniere« Strukturen aufbauen, nachhaltig festigen und sich mit den LandbewohnerInnen vernetzen sollen. Diese Idee weist starke Parallelen zu den Intentionen der MVSE auf. Die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft ermöglicht den Neonazis eine systematische und langfristige Besiedelung sowie Prägung des ländlichen Raumes. Jamel, wo einige der Gründungsmitglieder wohnen, ist ein erstes Beispiel für eine derartige Modellregion. Seit Jahren prägt die rechten Einstellung der BewohnerInnen das Dorf. Die Neonazis haben sich dort ihren privaten Lebensraum, Arbeitsplätze für die eigenen KameradInnen und eine Erlebniswelt geschaffen – fernab von Öffentlichkeit und demokratischem Engagement. Bereits jetzt schon sind Bestrebungen sichtbar, dieses Konzept auch auf außerhalb von Jamel zu erweitern. Schon längst ist das Dorf kein Einzelfall mehr. Die Gründung der »Mecklenburg-Vorpommerschen Strukturentwicklungs-Genossenschaft eG« ist der erste Schritt, derartige Enklaven überall in Mecklenburg-Vorpommern entstehen zu lassen, in denen extrem rechtes Gedankengut dominiert.

Zwischen Selbstinszenierung und Drohung

von Kai Budler

Nachdem 2014 das erste Handbuch zur »Identitären Bewegung« (IB) von österreichischen AutorInnen erschien und inzwischen bereits seine dritte Auflage erlebte, präsentieren nun erneut HerausgeberInnen aus Österreich einen umfangreichen und vielseitigen Sammelband zum Thema. Schon der Titel »Untergangster des Abendlandes« zeigt, zu welchem Schluss die AutorInnen kommen: Er lehnt sich an den Begriff für die NationalsozialistInnen an, den Karl Kraus 1933 benutzt hatte. Die 14 Beiträge beleuchten verschiedene Facetten der IB, die auch diejenigen überraschen, die sich mit dem Thema schon länger beschäftigen. Im Kapitel über Geschlechterpolitik, Antifeminismus und Homophobie zeigt Judith Goetz auf, dass es bei diesen Themen durchaus verschiedene Auffassungen innerhalb der IB gibt, die jedoch hinter der Propagierung normativer Zweigeschlechtlichkeit und der heterosexuellen Familie verschwinden. Wie bei der bisherigen Forschung zu extrem rechten Frauen arbeitet Goetz verschiedene Identifikationsangebote für Frauen heraus, die sich nicht nur auf »die Freundin des Aktivisten« beschränken. Lesenswert ist auch der Beitrag von Heribert Schiedel, der Konzepte wie Identität, Männlichkeit, Todeskult und Wahn vom bevorstehenden »apokalyptischen Endkampf« als Ähnlichkeiten zwischen djihadistischen und extrem rechten Gruppen wie den »Identitären« analysiert. Die Annäherung von »Identitären« und der russischen Rechten beleuchtet Ute Weinmann und liefert mit den ideologischen Hintergründen das Rüstzeug zur Auseinandersetzung mit anderen Teilen der Rechten, die von »Eurasien« träumen. Die Rezeption »identitärer« Selbstinszenierungen wird im Buch zwar anhand österreichischer Medien analysiert, kann aber auf die Berichterstattung deutscher Medien und deren Fehler übertragen werden. Auch mit einigen von den »Identitären« selbst verbreiteten Mythen räumen die AutorInnen auf und zeigen, dass die AktivistInnen mitnichten gewaltfrei vorgehen oder sich vom Antisemitismus fernhalten. Die Politikwissenschaftlerin Elke Rajahl belegt vielmehr, Antisemitismus bei der IB »findet sich auf allen Ebenen – strukturell, codiert und offen«. Die Stärken des Sammelbandes sind die analytischen Ansätze der AutorInnen, die über manche Wiederholung in den Beiträgen hinwegtrösten. Interessierten LeserInnen bietet er einen fundierten und detaillierten Überblick über Vorläufer, Hintergründe, Strategien und wichtige Themenbereiche der »Identitären«, der mit Tiefe und Analyse glänzt.

Judith Goetz/Joseph Maria Sedlacek/Alexander Winkler (Hg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‹Identitären›. Hamburg 2017, Marta Press, 436 Seiten, 20 Euro.

Propaganda 4.0

von Sascha Schmidt

In seinem Buch »Propaganda 4.0 – Wie rechte Populisten Politik machen« setzt sich der ehemalige Wahlkampfmanager und jetzige Politik- und Kommunikationsberater, Johannes Hillje, mit Kommunikationsstrategien »rechtspopulistischer Parteien« in Europa auseinander. Sein Schwerpunkt: die »Alternative für Deutschland« (AfD). Dabei geht Hillje unter anderem den Fragen nach: Mit welchen Mitteln gelingt es »Rechtspopulisten«, aus den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen politisches Kapital zu schlagen? Wie konnte die AfD eine mediale Aufmerksamkeit erreichen, die überproportional zu ihrer politisch-institutionellen Bedeutung ausfällt?
»(Rechts-)Populismus« definiert Hillje nicht als politisches Stilmittel. Der Populismus sei, aufgrund des ihn kennzeichnenden Alleinvertretungsanspruchs für »das Volk«, für Hillje ein »Statement gegen Parteienpluralismus«, eine antidemokratische Ideologie. Trotz der an dieser Stelle etwas holzschnittartigen Beschreibung des Phänomens und begrifflicher Unschärfe, handelt es sich aufgrund von Hilljes kommunikationspolitischen Analysen um ein sehr lesenswertes Buch.
So beschreibt der Autor, wie die AfD mittels verschiedener Instrumente – zum Beispiel dem Framing von Begriffen und sprachlichen Grenzverschiebungen – diskursiven Einfluss auf Politik und Medien erringen konnte. Dabei macht Hillje deutlich, dass diese diskursiven Terraingewinne auch deswegen möglich waren, »weil andere Politiker und Medien kräftig mit angeschoben haben«, indem von der AfD verwendete Begriffe (wie »Lügenpresse« oder »Flüchtlingswelle«) und damit einhergehende Assoziationen, ebenso wie Themen der AfD, vielfach (zu unkritisch) übernommen wurden. Statt sich mit den politischen Positionen der AfD auseinanderzusetzen, finde zudem oftmals eine Fokussierung auf Personen statt.
Ausführlich und anschaulich beschreibt Hillje, wie die AfD über die Strategie der Delegitimierung der Medien und der Selbstdarstellung als ‹Wahrheitspartei›, mittels Social Media zu einer digitalen Macht mit einem alternativen Informationsangebot werden konnte. So erreicht die AfD durch Facebook, Twitter und YouTube bei einzelnen Meldungen bis zu vier Millionen Menschen – und somit zeitweise mehr als die »Tagesschau« oder »heute«. Vor diesem Hintergrund fordert der Autor eine »digitale Konterrevolution«, um »den digitalen Raum nicht den antidemokratischen Kräften« zu überlassen. Hierzu bietet Hillje zahlreiche Gegenstrategien an.

Johannes Hillje: Propaganda 4.0 – Wie rechte Populisten Politik machen. Berlin 2017, Dietz Verlag, 179 Seiten, 14,90 Euro.

Autoritäre Zuspitzung

von Nina Rink

Der Sammelband »Autoritäre Zuspitzung – Rechtsruck in Europa« stellt die Frage nach den Faktoren, die die Entstehung der neueren rechten Bewegungen begünstigt haben, aber auch nach Wechselwirkungen und möglichen Gegenstrategien. Entstanden ist der Band als Ergebnis der Diskussion, die Ende 2016 auf einem Kolloquium des »Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung e. V.« (DISS) stattgefunden hat. Dementsprechend unterschiedlich sind die Beiträge in Stil, Sprache und inhaltlicher Schwerpunktsetzung. Zu Beginn widmet sich Jobst Pauls »Aufriss« entlang den Thesen Didier Eribons den Bedingungen für den Aufstieg rechter Kräfte. Tino Heim macht Wechselwirkungen zwischen dem Anpassungsdruck der Parteien der »Mitte« an rechte Diskurse und die Rolle rechter AkteurInnen als »Katalysatoren genereller gesellschaftlicher Trends« deutlich. Ein Schwerpunkt ist die Analyse der deutschen Verhältnisse, die in Beiträgen zu Verschiebungen im Diskurs um Migration und Flucht, der öffentlich-medialen Verhandlung der Silvester-Ereignisse, der Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über PEGIDA und neonazistische Organisationen wie die NPD dargelegt werden. Sebastian Chawalas Diskursanalyse stellt die Annahme in Frage, der »Front National« habe durch die Besetzung der »Sozialen Frage« vor allem Zuspruch aus den »sozial abgehängten Arbeitermilieus« erhalten. Cordula Heß erklärt, wie die »Schwedendemokraten« mit der »Politisierung der ‹schwedischen Kultur›« eine Grundlage für die Akzeptanz zuletzt massiver Asylrechtsverschärfungen geschaffen haben. Im Blick ist der »Rechtsdrift« im EU-Nachbarland Ukraine. Lara Schulz' Analyse der dort vorherrschenden Erzählungen zu Nationalmythos und Erinnerungskultur sind aufschlussreich im Hinblick auf gesamteuropäische Tendenzen. Graeme Atkinsons Beitrag beschreibt, wer in Großbritannien für den Austritt aus der EU gestimmt hat und warum sich die damit verbundenen Hoffnungen nicht erfüllen dürften. Der Beitrag »Democracy in the USA – After the 2016 election« legt dar, warum nicht nur Neonazis und »White Supremacists« Donald Trump zum Sieg verholfen haben sondern auch das Wahlsystem der USA. Da Länder wie die »Visegrad-Gruppe«, die südeuropäischen Länder oder Österreich fehlen, eignet sich der Band nur bedingt als Gesamtüberblick. Ein stärkerer Bezug der Texte aufeinander und das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten mit gesamteuropäischer Perspektive hätten die These, dass eine Konkurrenz der völkisch/nationalistischen und »neoliberalen bürgerlichen Eliten« in bestimmten Bereichen zu einer autoritären Zuspitzung geführt haben, bekräftigt.

Isolde Aigner/ Paul Jobst/ Regina Wamper (Hg.): Autoritäre Zuspitzung – Rechtsruck in Europa. Münster: Unrast Verlag 2017, Edition DISS Band 40, 220 Seiten, 24 Euro

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ E-Mail-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung. Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Bildung & Publizistik – IBAN DE68250501800910222045 – BIC SPKHDE2HXXX

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name ______________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig. Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Roland Geisheimer/attenzione (Seiten 1, 26)
Raul Mee (Seite 3)
APA (Seite 4)
Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 7, 9, 10, 30, 31)
Lucius Teidelbaum (Seite 12)
Archiv »der rechte rand« (Seiten 15, 24)
Laika Alva / apabiz (Seite 16)
Anna Kirschner (Seite 18)
Lara Schultz (Seite 20)
White House / D. Myles Cullen (Seite 22)
Alexander Hoffmann (Seite 34)
Recherchegruppe AST (Seite 37)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr